

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement: Preis: vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungskarte. Unter Anzeigeband für Deutschland und Österreich: Langens 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Inserions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsstelligen Anzeigenzeile über deren Raum 80 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berufungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pfg. (zulässig 2 Zeilen dicke Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Einzeilenlange und Schloßzeilen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 6. März 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Ein Jubiläum der Schmach.

(Zur Dreihundertjahrfeier der Dynastie Romanow am 6. März.)

Alle Kirchenglocken im ganzen russischen Reiche läuten heute die Dreihundertjahrfeier der Dynastie Romanow ein, die vom offiziellen Rußland mit unerhörtem Brunk gefeiert wird. Weil der junge Michael Romanow in Anbetracht seiner Jugend und Dummheit von der damals allmächtigen Bojarenkaste, die in 15 Jahren 6 Zaren ernannt und entthront hatte, am 6. März 1613 auf den Moskauer Zarenthron erhoben wurde, benutzte der heutige Träger der russischen Kaiserkrone, Zar Nikolaus der Dritte, die Wiederkehr des 300. Jahrestages dieser historischen That zur pomphaften Verherrlichung seiner Dynastie, zur weiteren Festigung des russischen Absolutismus.

Von rein dynastisch-geschichtlichem Standpunkte aus hätte Nikolaus II. wäherlich keine Veranlassung, diesen Tag festlich zu begehen. Denn mit den Romanows hat das festige russische Herrscherhaus nur die äußeren Anzeichen ihrer unbeschränkten Macht gemein. Der letzte Sproß dieses Geschlechts, das 150 Jahre, von Palastrevolutionen und Zarenmorden zerissen, über Rußland herrschte, Zar Peter III., wurde von seiner Gemahlin Katharina II. gestürzt und am 17. Juli 1762 in ihrem Auftrage ermordet. Die eigentliche Stammutter des heutigen Zarenhauses war Katharina II., eine geborene Prinzessin von Anhalt-Berbst, die die Zarenkrone an sich riß und erst die Grundlage schuf für die innere und äußere Politik des modernen russischen Absolutismus. Der eigentliche Ursprung ihrer Nachkommenschaft, der in Rußland streng geheim gehalten wird, wird selbst von der deutschen Univeritätswissenschaft nicht in Zweifel gezogen. So bestätigt der bekannte Jeneser Geschichtsprofessor E. Herrmann in seiner „Geschichte des russischen Staats“ (Hamburg 1853), auf Grund unanfechtbarer Geschichtsquellen, daß Katharinas Nachfolger, Paul I., der Sohn des Kammerherrn Saltykow und Katharinas war. Ueber die Kaiserin selbst schreibt derselbe Prof. Herrmann: „Für sie gab es kein Vater und kein Verbrechen, das sie nicht ihrer Herrschaft dienstbar machte.“ Von ihr, die von Friedrich II. mit der Katharina von Medici verglichen wurde, nimmt die heutige russische Dynastie, die preußisch-mongolische Dynastie Saltykow, ihren Ursprung, und ihre Anfangsdate ist nicht der 6. März 1613, sondern der 9. Juli 1762, da Katharina II., die Mörderin ihres Gatten, sich „von Gottes Gnaden“ zur Kaiserin und Selbstherrscherin aller Reußen ausrufen ließ.

Zarenmord und Palastrevolutionen standen auch weiterhin an der Wiege des russischen Herrscherhauses. Katharinas Sohn, der wahnsinnige Paul I., wurde unter der nächsten Beteiligung seines Sohnes Alexanders I. ermordet, und erst nach dessen, von inneren Wirren begleiteter Abdankung im Dezember 1825 setzte jene Reihe von russischen Zaren ein, die die Völkerschichten Auslands seit einem Jahrhundert in ihrem blutigen Bann halten. Diese Zarenreihe wird gleichsam gekrönt von Nikolaus II., in dessen Gestalt die schmachvollsten Seiten des russischen Absolutismus zur Verherrlichung gelangt sind.

Man kann sich kaum eine trefflichere Illustration und zugleich eine schärfere Verhöhnung des Systems der erblichen Monarchie denken, als diesen Herrscher von Gottes und der Gnade, den Vorkönig der Bojaromiten, den Beschützer der edelrussischen Diebe und Straßenräuber, den Protektor der Henker und der Gefängnisbüttel. Wurde Alexander I., der als Mensch höher stand, als viele aus seinem Geschlecht, von diesem System zum Vatermord getrieben, so wird Nikolaus II., an der Weltwende der modernen Umgestaltung Rußlands von demselben System zum Mörder, zum Eiddrücker an den Völkerschichten Rußlands gemacht, und in dieser ihm von der Geschichte auferlegten „Mission“ gelangen alle Keime der Grausamkeit, des Menschenhaßes, alle Lasten und Verbrechen zur Entfaltung, die seine Abneigung in die Seele dieses mit unbeschränkter Herrschermacht ausgerüsteten Degeneranten gelegt hat. Gerade weil die Geschichte ihn am historischen Wendepunkt Rußlands zum Träger der absoluten Regierungsgewalt und damit zum „Leitimen“ Vertreter aller Privilegierten und Besitzenden gemacht, tritt er durch seine ganze Politik das blöde Märchen von dem „über den Parteien“ stehenden Monarchen mit eigenen Füßen in den Staub.

Will man jetzt, anlässlich des „Regierungsjubiläum“ des Zarenhauses, das Fazit seiner geschichtlichen Bedeutung ziehen, so muß man vor allem die charakteristische Eigenart der letzten Regierung in Betracht ziehen. Hier tritt mit aller Deutlichkeit hervor, daß die nach Selbstbestimmung ringenden Völkerschichten Rußlands in ihrer kulturellen Entwicklung aufgehalten und daß die wirtschaftliche Entwicklung des ganzen Reiches gehemmt wird. Der Zarismus, als die Verkörperung der korruptesten, unfähigsten, eigennützigsten Form der Regierungsgewalt, als der Vertreter der engen Standesinteressen junkerlich-plutokratischer Sippen, hat sich in den schärfsten Gegensatz gestellt zu allen kulturellen und wirtschaftlichen Bestrebungen des 160-Millionenreiches. Daran ändert die äußerliche Europäisierung des Staatswesens mit ihren pseudo-konstitutionellen Einrichtungen nur sehr

wenig. War der Zarismus nach der japanischen Niederlage selbst mit seinen bisherigen Bundesgenossen zerfallen, so steht er jetzt, unterstützt von dem Großgrundbesitz und dem Großkapital, ausgerüstet mit allen Machtmitteln des Militarismus, der Kirche und der Verwaltung, feindselig allen Kräften gegenüber, die den Volkseinstaat Rußland, mit seinen Salgen und Kertern, mit seiner Kulturfeindschaft und Barbarei, in einen modernen Rechtsstaat verwandeln wollen, in dem die treibenden Kräfte der kapitalistischen Entwicklung erst zur freien Entfaltung gelangen können.

Die energischste Vorkämpferin einer solchen Entwicklung ist die revolutionäre Arbeiterklasse Rußlands, und eben deshalb richtet sich der ganze Haß des in Nikolaus II. verkörperten Regierungssystems gegen sie. Er klammert sich mit der Angst der Verzweiflung an die überlieferte Gewalt, er zieht aus den ihm nahestehenden Schichten Verbündete heran, er scheut keinen Eidbruch und kein Blut, um den Ansturm dieses gefährlichen Feindes von sich abzuwehren. Er kämpft allerdings auch gegen die „Fremdstämmigen“, die Polen, die Juden, die Armenier und Brasser; er zertrümmert, alle seine Eide brechend, die Selbständigkeit und Freiheit Finnlands; er sucht fieberhaft jeder Irredenta in den Grenzmarken vorzubeugen, und begünstigt deshalb die chauvinistische, nationalistische Verleumdung der Volksmassen. Aber seinen Hauptkampf führt er doch gegen die Arbeiterklasse, die Trägerin der russischen Revolution. Der Blutsonntag in Petersburg, die Strafexpeditionen der Revolutionsjahre, der Staatsstreich vom 16. Juni, das Bluturteil gegen die sozialdemokratischen Dumaabgeordneten, die Zehntausende von Gefangenen und Verbannten, die Massengräber der Arbeiter in den Lenagoldminen sprechen eine beredte Sprache dafür. In dieser Haltung der revolutionären Arbeiterklasse gegenüber scheint der Zarismus instinktiv den Weg gefunden zu haben, den der heutige Entwicklungsgrad des westeuropäischen Kapitalismus ihm weist. Die westeuropäische Wölfe war es, die den Absolutismus in Rußland 1906 vor der Kapitulation rettete; der westeuropäische Imperialismus ist es heute, der den innerlich faulen russischen Zarismus zu einem Eckstein der Weltpolitik gemacht hat, und den russischen Volkseinstaat als einen Schutzwall gegen die steigende Flut der proletarischen Bewegung aufrichtet.

Dieser fundamentale Zweispalt ist es, der in allen Ländern Westeuropas eine diametral entgegengesetzte Haltung zu der russischen Zarenfeier hervorruft. Die herrschenden Klassen vergessen anlässlich dieser Feier der Romanow-Dynastie alle politischen Gegensätze zu Rußland, denn die Festigung der russischen Monarchie bedeutet auch für sie einen wesentlichen Gewinn. Im schroffsten Gegensatz hierzu nimmt das internationale Proletariat auch zu dieser monarchischen Feier die feindseligste Haltung ein. Nicht nur, weil es in dem russischen Zarismus die widerwärtigste, kulturfeindseligste Form des monarchischen Regierungssystems sieht, nicht nur, weil die mörderische innere und äußere Politik des Zarismus den schärfsten Protest herausfordert, sondern vor allem deshalb, weil der Zarismus, trotz seiner europäischen Schönheitspflasterchen, ein wichtiges Hemmnis bildet für den Aufschwung der internationalen Arbeiterbewegung, für den Kampf um den Sozialismus.

## Die dreijährige Dienstzeit in Frankreich.

Der internationale Rüstungsstau melde legt den Völkern Europas neue und schwerere Lasten auf, deren Druck sich sehr bald fühlbar machen wird. Die unverantwortliche Rüstungstreiberi des deutschen Militarismus hat jenseits der Vogesen ein Echo gefunden, und in nervöser, übereilter Hast suchen die französischen Militaristen dem Gegner zuvorkommen. Daher die fast fieberhaft anmutende Eile, mit der die französische Regierung die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit betreibt. Diese Maßnahme, die das wirtschaftliche und soziale Leben Frankreichs schwer belastet, wird unter dem Geschrei der chauvinistisch überreizten bürgerlichen Presse, der das Verhalten Deutschlands Wasser auf die Mühlen liefert, in Szene gesetzt. Das Volk selbst ist noch gar nicht zu Worte gekommen. Es wird aber sehr bald merken, wie recht unsere französischen Genossen haben, wenn sie mit aller Energie den Marktschreier des Kasernenprinzips entgegenreten.

Ueber die einseitigen Schritte, die zur Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit gemacht werden, liegen folgende offizielle Meldungen vor:

**Das Gutachten des Obersten Kriegsrates.**  
 Paris, 5. März. Ueber die gestrige Sitzung des Obersten Kriegsrates, der sich einstimmig für Annahme der dreijährigen Dienstzeit ausgesprochen hat, wird gemeldet: Die Generale wiesen auf die bedauerlichen Folgen der zweijährigen Dienstzeit hin. Sie erklärten, daß sie bei den Befähigungen wiederholt den geringen Mannschaftsbestand der Kompagnien, Batterien und Schwadronen feststellten und die Bohrerzeugung gemacht hätten, wie sehr unter diesen Umständen die Ausbildung der Soldaten gelitten habe. Ein großer Teil der Debatte bezog sich auf die Frage der Deckungstruppen. Mehrere Generale hoben dabei hervor, daß für ein Land, dessen allgemeine Politik einen wesentlichen Charakter habe, eine um so bringendere Notwendigkeit bestehe, starke Deckungstruppen zu besitzen. Die Vermehrung des Mannschaftsbestandes

durch die dreijährige Dienstzeit werde es ermöglichen, die Infanterie-Kompagnien der Armee an der Ostgrenze auf zweihundert Mann zu erhöhen, so daß die Deckungstruppen den ersten Angriff aushalten können, ohne das Eintreffen der Reservisten abwarten zu müssen. Als eine Milderung der dreijährigen Dienstzeit wurde ein regelmäßiger Urlaub von dreißig Tagen vom Obersten Kriegsrat in Aussicht genommen, der hauptsächlich dem Zweck dienen soll, den Soldaten die Beteiligung an den landwirtschaftlichen Arbeiten zu ermöglichen. Mit der Frage, ob das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit bereits auf die unter den Fahnen stehenden Truppen angewendet sein werde, hatte sich der Oberste Kriegsrat nicht zu befassen, da der Kriegsminister auf Grund der besichenden Befehle ermächtigt ist, die freierwerbende Jahresklasse zurückzubehalten, falls er es für notwendig hält. Er ist lediglich verpflichtet, dem Parlament davon Mitteilung zu machen, sobald es ihm tunlich erscheint.

### Die Entscheidung des Ministerrates.

Paris, 5. März. Der unter dem Vorsitz des Präsidenten Poincaré abgehaltene Ministerrat genehmigte den der einmütigen Aeußerung des Obersten Kriegsrates entsprechenden Gesetzesentwurf betreffend Einführung der dreijährigen Dienstzeit ohne Ausnahme und ohne Vergünstigung. Der Gesetzesentwurf wird schon morgen der Kammer vorgelegt werden.

Die jetzt dienenden Mannschaften sollen ein Jahr länger in den Kasernen bleiben.

Paris, 5. März. Der Gesetzesentwurf über die dreijährige Dienstzeit wird rückwirkende Kraft erhalten und Anwendung finden auch auf die augenblicklich bei den Fahnen befindlichen Jahrgänge. Die Regierung wird auf baldmöglichste Beratung bestehen und aus der Annahme des Gesetzes eine Vertrauensfrage machen.

### Aeußerungen der Presse.

Paris, 5. März. Die gemäßigt-republikanischen, die republikanischen, die konservativen und die nationalistischen Blätter sprechen ihre lebhafteste Befriedigung über die vom Obersten Kriegsrat abgegebene Aeußerung aus. Dagegen machen mehrere radikale Organe ernste Vorhalte. So schreibt „Lanterne“: Wir begreifen, daß die Ansicht des Obersten Kriegsrates, der für die Armee verantwortlich ist, großen Eindruck macht. Aber auch das Parlament hat Verantwortlichkeit. Es wird zu sagen haben, ob die Opfer, die man vom Lande verlangt, einerseits möglich, andererseits wirksam genug sind. Bevor man zu einem so drückenden Mittel greift, wie es die dreijährige Dienstzeit ist, wäre es gut gewesen, alle anderen Mittel zu versuchen.

Mehrfach verlautet noch, der Oberste Kriegsrat habe empfohlen, den Univeritätsstudien dadurch eine Erleichterung zu gewähren, daß sie das dritte Dienstjahr gruppenweise in einer Univeritätsstadt ableisten können.

### Die Rüstungskosten.

Paris, 5. März. Nach einer Blättermeldung nahm der Budgetausschuß den Bericht Elementels, der sich für die von der Regierung verlangten militärischen Kredite von 500 Millionen ausspricht, einstimmig an und beschloß sodann, der Kammer einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der eine ständige Kontrolle über die Verwendung der für die nationale Verteidigung bestimmten Kredite verlangt.

### Die sozialistische Gegenagitation.

Paris, 5. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Annahme des Projekts im Ministerrat übertrifft nicht nach Befanntwerden des Resultats des gestrigen Kriegsrates, der nur eine Formalität war, um das Land an eine nationale Gefahr glauben zu machen. Der Widerstand gegen die Vorlage konzentriert sich in der Aktion der sozialdemokratischen Partei. Wohl schwankt ein Teil der radikalen Presse, „Aurore“, „Kappel“, „Lanterne“ und „Revue Republicaine“ glauben an die Möglichkeit, daß sich andere Mittel zu einer zureichenden Grenzdeckung finden lassen werden. Im „Journal des Debats“ tadelt Senator Humbert die Heeresleitung, weil sie militärische Maßnahmen, insbesondere die Verlegung wichtiger Truppenteile an die Ostgrenze und eine genügende Befestigung von Montmedy unterließ, die die jetzige unerhörte Vorlage erspart hätten.

Die Stimmung im Lande ist keineswegs so militaristisch, wie sie die Presse darstellt. Uebrigens sichert die Wahrheit selbst in der vom Temps“ publizierten Enquete durch. Die sozialistische Provinzpresse greift in die Agitation energisch ein. Von größter Wichtigkeit zur Verstärkung der stellenweise nicht unwirksamen Verleumdungen ist, daß die Opposition der deutschen sozialdemokratischen Partei gegen die Militärvorlagen demonstrativ kundgemacht werde. In der „Humanité“ schlägt Copin vor, in allen französischen und deutschen großen Städten Versammlungen mit Rednern beider Sprachen abzuhalten. Die Konföderation und der Gewerksverband des Departements Seine bereiten eine große Pariser Manifestation vor. Die Konföderation gab ein Flugblatt und eine Resolution heraus, die von allen Gewerkschaften dem Parlament, den Behörden und der Presse zugesandt werden soll und die Organisationen auffordert, an allen geeigneten Agitationen teilzunehmen. Das bedeutet die Vereinigung mit der Partei. Kampfgest und internationale Solidarität besetzt das französische Proletariat.



# Süßsaure Begeisterung.

Der Vorschlag der Erhebung einer Kriegs-Vermögenssteuer wird von den Herren Kapitalisten, vom mobilen wie immobilien Besitz, mit gleich süßsauren Mienen betrachtet. Nachdem sie während der letzten Monate in ihrer Presse fast tagtäglich ihre patriotische Opferwilligkeit und ihre heisse Vaterlandsliebe haben preisen lassen, können sie unmöglich das Kriegssteuerprojekt ohne weiteres glatt ablehnen. Alles, was ihnen jetzt übrig bleibt, ist, die Regierung zu ermahnen, doch bei der Einschätzung die Kosten für die neuen Heeresforderungen möglichst niedrig zu halten, auf die Taschen der Besitzenden und den Geldmarkt zarte Rücksichten zu nehmen und die Abgabe so zu gestalten, daß das Zahlen der Besitzenden nicht zu schwer fällt. Auf solche mit patriotischen Versicherungen gespickten Ermahnungen beschränkt sich denn auch zumeist die kapitalistische Presse; aber wer näher zuseht, wie gar schwer es den großen Patrioten ums Herz ist. Von wirklicher Begeisterung kann sicherlich keine Rede sein. Hinter der halben widerwilligen Zustimmung steckt eine anfällige Laune Krieger und Bewunderung. Und sicherlich hat gar mancher der Herren, der in den letzten Monaten am Weinstammisch energisch für eine Vermehrung der Friedenspräsenzstärke um 80 000 oder 100 000 Mann plädierte, dieser Tage sich im stillen mit Bezug auf den Reichsanwalt gefragt: „Wie kommt bloß der Kerl auf einen solchen einfältigen Vorschlag!“

Offene Zustimmung zu dem Kriegssteuerprojekt befehlen nur die Blätter der Annonen- und Armeebedarfs-Industriellen. Auch diese Herren hätten lieber gesehen, die Mittel zur Deckung der Heeresvorlagen wären in anderer Weise aufgebracht worden, aber als gute Köchener sagen sie sich, daß der Profit an den in Aussicht stehenden Lieferungen das von ihnen geforderte kleine „Opfer“ um das Vielfache überbietet wird. Tatsächlich ist es denn auch die „Post“, die von allen Blättern am meisten von der geplanten Kriegs-Vermögenssteuer begeistert ist. In ihrem gestrigen Abendblatt geht sie sogar so weit, daß sie den Reichsanwalt, den sie bisher immer als verträumten Philosophen ohne Kraft und Willen behandelt hat, als großzügigen Staatsmann verherrlicht, der sich den heißen Dank des deutschen Volkes erworben habe. Sie läßt sich nämlich von einer „sehr geachteten parlamentarischen Seite“ schreiben:

„Die Stunde dient der politischen Erhebung und der rücksichtslosen Anerkennung des großzügigen Geistes, den der Kanzler in der Veröffentlichung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ offenbart. Wer auch nur leise ahnt, welche Hemmnisse er zu überwinden hatte, um seine ureigenen Anschauungen über die Wehrvorlage und über die zur Sicherheit des Vaterlandes nach seiner persönlichen Ansicht gebotenen Erfordernisse unter der mannhaften Aufsicht gebotenen Generalstabschefs durchzusetzen, und wer es sich klar macht, mit welchem Widerstand er auf finanziellen Gebiet mit den Finanzverwaltungen der Gliedstaaten zu rechnen hatte und noch hat, der wird sich über den „Philosophen“ auf dem Stuhl des Reichsanwalts gelegentlich einmal anders orientieren müssen. Es wäre ein unabweisbares Volk, das ihm und seinen Helfershelfern für die Wiederherstellung der allgemeinen Wehrpflicht und für die derbe Prunk, mit der er das mit ihr verbundene Finanzproblem anfaßt, nicht Dank wüßte. Undankbar war aber auch die Dauer des deutschen Volk gegenüber einer wirklich großen Tat niemals.“

Die Herren Großagrarien dürften etwas anders über die „große Tat“ und den „großzügigen Geist“ des Herrn v. Bethmann Hollweg denken. Sie werden ihm demüthlich einen „Expropriateur“ schimpfen, der von sozialistischen Ideen angekränelt ist; aber schließlich sind auch sie zu gute Redner und politische Geschäftleute, um nicht einzusehen, daß sie bei einer solchen Kriegskontribution im Frieden — zumal, wenn die Hauptlast den Patrioten vom mobilen Kapital aufgedrückt wird — viel besser fahren, als wenn die im Reichshauptamt ausgearbeiteten Projekte einer Reichs-Vermögenszuwachs- und Erbanfallsteuer angenommen werden. Selbst dann, wenn sie zu der einmaligen Reichskriegskontribution an 300 Millionen Mark beitragen müßten, entspricht diese Summe doch nur einem jährlichen Zinsbetrage von 12 bis 15 Millionen Mark — und so billig kommen sie bei einer Vermögenszuwachs- und Erbanfallsteuer sicherlich nicht weg. So erklärt sich denn auch in ihrer soeben erschienenen Nummer die „Konserb. Korresp.“ offiziell für die Kriegssteuer — aber unter zwei Bedingungen: erstens, daß diese Steuer nur einmal erhoben wird, und zweitens, daß die Regierung die geplante Vermögenszuwachs- und Erbanfallsteuer fallen läßt. Deutlich heißt es in dieser Erklärung:

„Wenig unter einer Milliarde einmaliger und wenig unter 200 Millionen dauernder Ausgaben sind es, die zur genügenden militärischen Ausrüstung unseres Landes als notwendig bezeichnet werden. Die ersten Kosten sollen, dem Vernehmen nach, in einer auf das Vermögen gelegten einmaligen Kriegsteuer gefordert werden. So vielerlei naheliegende und bedeutungsvolle Einwendungen gegen den Plan dieser Ausnahmsmaßregel sich auch erheben lassen, sie werden überwogen durch die politische Notwendigkeit, in solcher Lage opferbereit einzutreten für die Sicherheit der Nation.“

Die konservative Partei hat in solcher Zeit noch niemals versagt. Sie wird es auch hierbei nicht. Sie vertraut, daß es möglich sein wird, wenn erst Umfang und nähere Begründung der Anforderung und ihre Verteilung auf eine gewisse Zeit erkennbar sein werden, mit der Reichsleitung über die Grenzen und Einzelheiten dieser Forderungen zu einer Uebereinstimmung zu gelangen.

Auch in Bezug auf die dauernden Ausgaben sind wir der Meinung, daß sich unter den bürgerlichen Parteien eine Wechheit für die Bewilligung finden lassen wird, wenn es vermieden wird, durch erneute Aufrollung der Erbschaftsteuerfrage den alten Zankapfel wieder hervorzuholen und Streit unter den Parteien zu entfachen. Das sollte angesichts der politischen Notlage unbedingt vermieden werden, denn es schadet dem Ansehen des Reichs und dient nur zur Freude des Auslandes und derjenigen politischen Richtungen im Innern, denen die Kraft, Würde und Bedeutung des Reichs nicht am Herzen liegen.

Wir sollten also meinen, daß unter Anerkennung und Würdigung jener oben erwähnten gewaltigen Beistuer des Reichs eine Vereinbarung über die Erschließung anderweiter Einnahmequellen des Reichs zu erzielen sein müßte. Die konservative Partei wird es an ihrem guten Willen dabei nicht fehlen lassen.“

Und ähnlich wie die Agrarien denken allem Anschein nach auch die „Königlichen Kaufleute“ in Hamburg, denn auch die „Hamburger Nachrichten“ meinen:

Bei dieser Gelegenheit darf aber wohl auch darauf hingewiesen werden, daß nachdem einmal die Größe der dauernden Ausgaben ungefähre bekannt geworden ist, es keinen rechten Sinn mehr hat, immer und immer wieder auf die Besitzsteuer hinzuweisen als diejenige Steuer, die die Millionen für die neue Heeresvorlage aufbringen müßte. Man hat dadurch im Volk eine ganz falsche Auffassung hervorgerufen, und wenn es wahr ist, daß die Forderung mehr als 200 Millionen dauernder Ausgaben nötig macht, dann wird es nicht möglich sein, weder auf dem Wege der Reichs-Vermögenszuwachssteuer oder der Erbanfallsteuer, noch auf dem Wege beider zusammen so hohe dauernde Einnahmen zu erzielen. Und wenn dann die Regierung neben der Besitzsteuer noch andere Steuern zu bringen gezwungen ist, wird die seitherige einseitige Betonung der Besitzsteuer leicht zu einer neuen Finanzreformbegeisterung gegen diejenige benutzt werden, die neben der Besitzsteuer auch andere Steuerquellen erschließen helfen, wenn, wie vorzugehen, durch Besitzsteuern allein die Summen nicht aufgebracht werden können.“

Es ist, wie wir gestern schon sagten, die großen Patrioten mit den gefüllten Taschen betrachten die einmalige Kriegssteuer als eine Loskaufsumme, durch deren Zahlung sie sich von der Verpflichtung loszukaufen vermeinen, zu den 200 bis 250 Millionen Mark neuer Steuern, die zur Deckung der jährlichen Ausgaben für die geplante Heeresvermehrung nötig sind, etwas Rennenswertes beizutragen. Diese 200 bis 250 Millionen Mark sollen vielmehr in der Hauptsache den ärmeren Volksschichten aufgebürdet werden. Eine feine Rechnung, die der großen patriotischen Opferwilligkeit der kapitalistischen Prozentpatrioten alle Ehre macht: sie wollen jährlich ungefähr 40 bis 50 Millionen Mark zahlen — denn höher stellen sich die Zinsen für die durch die Kriegssteuer eingeforderte Summe nicht — die unbemittelten Volksschichten aber sollen über 200 Millionen Mark aufbringen. Ein sauberer kapitalistischer Plan!

Die leitenden Minister aller deutschen Bundesstaaten werden sich, wie die „R. G. C.“ hört, am Sonnabend in Berlin versammeln, um gemeinschaftlich die Uebereinstimmung ihrer Regierungen in der Frage der Deckung der neuen Heeresforderungen zum Ausdruck zu bringen.

Die „Königliche Volkszeitung“ hat erfahren, daß 84 000 Mann pro Jahr neu angefordert werden. Die Heeresvermehrung soll ausschließlich der Verstärkung der Grenztruppen zugute kommen. Die auf Grund der letzten Heeresvermehrung beschlossenen Kasernenbauten sollen eingestellt werden, bis zur Entscheidung über die neue Vorlage, um eventuell die Anlagen sofort größer und umfangreicher herstellen zu können.

## Die Friedensvermittlung.

Der Schritt der Mächte bei den Balkanstaaten.

Sofia, 5. März. Die Gesandten der Großmächte machten heute mittag eine Demarche bei dem Minister des Auswärtigen Geschow, um ihm mitzuteilen, daß die Türkei die Vermittlung der Großmächte zur Herbeiführung eines Friedensschlusses erbeten habe und um ihn zu fragen, ob Bulgarien geneigt sei, diese Vermittlung unter denselben Bedingungen anzunehmen.

Geschow dankte und erwiderte, er werde diese Mitteilung dem Ministerrat unterbreiten und sich mit den Verbündeten über die zu erteilende Antwort verständigen.

Gleiche Schritte wurden auch in Athen und Belgrad unternommen.

Erklärungen des Großwesirs.

Konstantinopel, 5. März. In einem Interview gab der Großwesir gestern folgende Erklärungen ab: Die Unterzeichnung des Friedens ist nicht, wie berichtet wird, unmittelbar bevorstehend und Adrianopel wurde nicht abgetreten, wie man sagt. Wahr ist, daß die Verhandlungen mit den Mächten fortauern. Direkte Verhandlungen mit Bulgarien werden nicht gepflogen. Wir haben die Mediation der Mächte angenommen und ihnen unsere Vorschläge zur Kenntnis gebracht. Ohne Zweifel haben die Mächte auch die Verbündeten erucht, ihre Bedingungen bekannt zu geben. Wir werden die Entscheidung der Mächte abwarten. Die Entscheidung Europas ist aber nicht bindend für die Türkei. Die Mächte intervenieren nicht, sondern bieten nur ihre guten Dienste an. Es ist notwendig, die mehr oder weniger falschen Gerüchte über die Verhandlungen mit Vorsicht aufzunehmen. Die Türkei wird es ablehnen, eine Kriegsschädigung zu bezahlen. Die muslimantische Bevölkerung der besetzten Gebiete wandert in die Türkei aus, bringt das Glend mit und bildet für uns eine fürchtbare Last. Wenn, wie die Bulgaren behaupten, die wirtschaftlichen Folgen des Krieges für sie verhängnisvoll sind, so sind sie es nicht minder für uns. Wissen die Bulgaren nicht, daß die Türkei gezwungen ist, jedes Jahr Anleihen aufzunehmen und auch noch weiter Anleihen aufnehmen muß? Die ottomanische Staatsschuld beträgt rund drei Milliarden. Das ausländische Kapital, das in der Türkei angelegt ist, beträgt die gleiche Summe, während die bulgarische Staatsschuld unbedeutend ist. Ich glaube, daß die Gläubiger der Türkei eine ganz andere Auffassung von ihren Interessen haben werden.

Wie der „Idam“ meldet, beriet der gestrige Ministerrat den Bericht des türkischen Botschafters in Petersburg über das Resultat der Friedensverhandlungen in Petersburg. Er beschloß, neue Instruktionen an den Botschafter zu senden, auf Grund deren er hofft, daß die Meinungsverschiedenheiten wegen der türkisch-bulgarischen Grenze beigelegt werden. — Im allgemeinen lehnt man hier jeden Gedanken an eine Kriegsschädigung ab.

Der Bürgermeister von Rhodus gegen die italienische Anexion.

Rom, den 3. März (Eig. Ber.) Der Bürgermeister der Insel Rhodus und mehrere angesehene Bürger haben sich aus Athen mit dem folgenden Telegramm an die Abgeordneten Dissolati, Eugenio Chiesa, Colajanni und Turati gewendet:

„Die Unterzeichneten, die unter der Anklage, im Verein mit allen Inselbewohnern die Anexion an das Vaterland angestrebt

zu haben, aus Rhodus verbannt worden sind, rufen, auf freier hellenischer Boden angelangt, Ihre Verwendung an, auf daß Italien nicht im Aegeischen Meere den edlen Ueberlieferungen Razialis und Garibaldi untreu werde, die die Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der Nationalität vertreten, und dem Volkswillen der Inseln durch ihre Wiedergabe an Griechenland sein Recht werden lassen. Gegenüber den Verfolgungen, denen jede Neuerung des griechischen Geistes ausgelegt ist, betonen die Unterzeichneten den unwandelbaren Willen der Bewohner der besetzten Inseln zugunsten der Anexion an Griechenland und entgegen jeder anderen Lösung, und sprechen Ihnen für Ihre Verwendung für die gerechte Sache des kleinen bedrückten Volkes ihren tiefgefühlten Dank aus.“

Das Telegramm wendet sich gleichzeitig gegen die beiden heute in Aussicht genommenen Lösungen: gegen die Rückgabe der drei Inseln an die Türkei, wie sie im Vertrag von Lausanne vereinbart wurde, und gegen ihre Erwerbung durch Italien, über die seit längerer Zeit Verhandlungen schweben.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. März 1913.

Konservative „Initiative“. — Petitionen.

Aus dem Reichstage. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachten der Staatssekretär des Reichsmarineamts und der Präsident des Reichstags des furchtbaren Opfers, das der Krieg im Frieden in der Dienstagnacht bei Helgoland gefordert hat. Vor einigen Tagen hat Herr v. Tirpitz im Reichstage erklärt, daß sich Opfer nicht vermeiden ließen, wenn die Flotte kriegsmäßige Manöver ausführe; solche Manöver aber seien notwendig. Herr v. Tirpitz hat wohl selbst nicht erwartet, daß seine gelassene Konstatierung einer sehr bitteren und schmerzlichen Beigabe des bewaffneten Friedens so schnell durch die Tatsachen erneut belegt werden würde. Aber hoffentlich ist ihm dieser graumane Beleg eine dringende Aufforderung, noch mehr als bisher dafür zu sorgen, daß solche entsetzlichen Menschenopfer vermieden werden.

Da am Mittwoch wieder ein Schwerinstag war, stand als Hauptgegenstand ein Initiativantrag auf der Tagesordnung. Diefesmal waren die Konservativen dran. Die Schlämmer brachten einen Antrag ein, von dem sie sich einigen Erfolg für die bevorstehenden preussischen Landtagswahlen versprachen. Sie wollten freie Eisenbahnfahrt auf Schnellzügen für Militärrurlauber, verlängerten Enturlaub für Soldaten, Beschränkung der Kontrollvermutungen, schnellere Abschätzung der durch militärische Uebungen verursachten Flurschäden und noch einiges mehr. Es handelt sich dabei um Anregungen, die schon seit Jahren von fast allen Parteien, vor allen Dingen von der Sozialdemokratie, mehr als einmal der Regierung nahegelegt worden sind; das Staatsamt deshalb diesen Anträgen bei der Entscheidung fast einstimmig zu. Der Forderung auf Vermehrung der kleinen Garnisonen, die die Konservativen aufgestellt hatten, verweigerte die sozialdemokratische Fraktion allerdings ihre Zustimmung.

Aber es wurde den Konservativen auch deutlich gesagt, daß es sich bei den konservativen Anträgen keineswegs um so ideale Beweggründe handelt, wie die Herren es der Öffentlichkeit glauben machen wollen. Genosse Roske wies darauf hin, daß durch die Anträge die kleinen Städte, die kleinen Landwirte, breite Schichten der Unbemittelten gefördert werden sollen, um sie für die bitteren Folgen der agrarischen Lennerungspolitik zu entschädigen. Vor allen Dingen antwortete Roske dem jungen Reuling der konservativen Fraktion, der den Initiativantrag begründete, auf sein spähiges Unterfangen, auch bei dieser Gelegenheit eine kleine Sozialistenbrette vom Zaune zu brechen. Auch der Fortschrittler Weinhausen wies auf die wahltaftischen Motive der Konservativen hin.

Bei der Beratung der Petitionen nahm sich Genosse Thöne mit warmen Worten der Heimlosen auf der Landstraße an; er wünschte reichsgesetzliche Regelung der Fürsorge für Arbeitslose. In der Frage einer Reform der Eidesformel, die durch mehrere Petitionen angeregt wurde, verlor die Petition der Zentrumsjuristen Gröber Widersprüche in der Haltung der Sozialdemokraten nachzuweisen. Genosse Thiele wies aber nach, daß sich Unklarheit nicht bei den Sozialdemokraten, sondern bei den Herren vom Zentrum breitmake.

Am Donnerstag geht die Kolonialdebatte weiter.

Die Lage der Eisenbahner.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Mittwoch die Besprechung der Verhältnisse der Arbeiter und Beamten in der Staatseisenbahnverwaltung fort. Mit Rücksicht darauf, daß die Regierung und die bürgerlichen Parteien fortgesetzt die staatlichen Betriebe als Musterbetriebe hinstellen sich bemühen und den Rand nicht voll genug nehmen können über die angebliche soziale Fürsorge der Verwaltung, ist es ein Verdienst unseres Genossen Leinert, wie schon in früheren Jahren, so auch diesmal wieder auf Grund eines reichhaltigen Materials dieser Schönschreiber entgegenzutreten und zu zeigen, wie es in Wirklichkeit um die Lage der Eisenbahner bestellt ist, wie sie sich schlechter stehen als die Arbeiter in der Privatindustrie, wie man sie durch Wohlfahrtsvereine zu fesseln sucht, wie auf der anderen Seite aber ihrer staatsbürgerlichen Rechte beraubt. Auf gemeine Demagogien hin werden Beamte und Arbeiter grundlos entlassen, ein skandalöses Spielwesen macht sich in der Verwaltung breit, der Grundfah: weh Brot ist esse, weh Lied ich singe, ist das höchste Gebot für die Verwaltung. Systematisch werden Heuchler statt freie Menschen gezüchtet. Es ist unmöglich, auch nur annähernd auf all die Einzelheiten einzugehen, die Reimert in wirkungsvoller Weise vortrug.

Und die Rede verheißte ihre Wirkung nicht. Daß Leinert mit seinen Ausführungen mitten ins Schwarze getroffen hat, bewies die erregte Erwiderung des Ministers v. Breitenbach, der anstatt den Versuch einer sachlichen Entgegnung zu machen, sich in allerhand mehr oder weniger heillosen Angriffen auf die Sozialdemokratie erging und sich in seiner blinden Wut sogar zu unparlamentarischen Ausdrücken hinreihen ließ. Auch nur die Spur einer Unrichtigkeit unserer Genossen Leinert nachzuweisen, war dem Minister nicht möglich, und so zog er sich denn mit einem Absolutenriff aus der Affäre, indem er unter dem Jubelgeschrei aller Scharfmacher, zu dem Herr v. Jellich den Takt schlug, ausrief, daß die entlassenen Eisenbahner, deren Leinert sich angenommen hatte, zu Recht entlassen seien, gehe ja gerade aus dem Eintreten der Sozialdemokraten für sie hervor. Vielleicht läßt sich Herr v. Breitenbach diesen Satz patentieren, er poßt in jeder ministerielle Rede hinein, und bildet das bequemste Mittel, sich seiner Verantwortung zu entziehen. Wenn Herr v. Breitenbach weiter die Leinertische Rede als Wahre bezeichnen und damit beweis, wie unbehaglich sie ihm war, so hat er es ja in der Hand, der Sozialdemokratie den Agitationsstoff zu nehmen; er befeigt



die Richtigkeits in seiner Verwaltung, er behandle die Arbeiter als Staatsbürger und raube ihnen nicht ihre gesetzlichen Rechte.  
Die Debatte geht am Donnerstag weiter.

### Herr Dr. Friedberg auf Wändlerfrüden.

Herr Dr. Friedberg, der Führer der Nationalliberalen im preussischen Abgeordnetenhaus, sieht mit großer Sorge um sein Mandat den kommenden Landtagswahlen entgegen. Er ist mit seinem Parteigenossen Dr. Gottschall-Solingen und mit dem fortschrittlichen Professor Dr. Eichhoff-Kemscheid gemeinsam gewählt in dem Dreimänner-Wahlkreis Solingen - Remscheid - Lennep. Die nationalliberal-fortschrittliche Wahlmännermehrheit in diesem Wahlkreis war aber bei der letzten Wahl nur noch sehr gering; 1903 erhielt das liberale Kartell von rund 1200 Wählern nur noch 800, dagegen 1908 nur noch 840. Im gleichen Zeitraum vermehrte die Sozialdemokratie ihre Wahlmännerzahl von 229 auf 303, und auch das Zentrum brachte es 1908 auf 157 Wähler gegen 26 im Jahre 1903. Die Liberalen sind sich darüber klar, daß ihnen jetzt bei den Neuwahlen die Wahlmännermehrheit verloren gehen wird und sie zur Behauptung der Mandate auf fremde Hilfe angewiesen sind. Ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie — das ja gerade in einem Dreimännerwahlkreis praktisch so leicht wäre — kommt diesen Nationalliberalen natürlich nicht in den Sinn. In aller Form vom Zentrum die nötige Hilfe zu erbitten, wäre andererseits politisch so kompromittierend für den Führer der Nationalliberalen im Dreiklassenhaus. So wenden sich die Wände der Liberalen noch weiter nach rechts. Herr Dr. Friedberg hat bekanntlich schon vor Monaten in Ostpreußen eine an die Adresse der Konservativen gerichtete Anbiederungsrede gehalten und er hat sich ja auch sonst die Gunst der Junker und Wändler reichlich verdient. So sind denn nun auch die Landbesitzer bereit, ihm in seinen Mandatskandidaten zu helfen. Der Bund der Landwirte hat beschlossen, sich an der Wahl mit eigenen Wahlmännern zu beteiligen und einer seiner Vertrauensmänner im Kreis, ein Herr Wiger, hat dem nationalliberalen Parteisekretär Dr. Güttele in Solingen bereits öffentlich versichert, daß der Bund der Landwirte im Falle einer Stichwahl für die liberalen Kandidaten eintreten werde. Es ist allerdings recht fraglich, ob die Zahl der händlerischen Wähler ausreichend sein wird, den Liberalen die Mandate zu sichern, es kennzeichnet aber die politische Situation zu den Landtagswahlen, daß der Führer der Nationalliberalen darauf angewiesen ist, auf den Rücken derselben Reaktionen wieder in den Landtag zu kumpeln, deren Befämpfung angeblich das Hauptziel des Liberalismus bei der bevorstehenden Wahl bildet. Ebenso kompromittierend ist die Sache auch für die fortschrittliche Volkspartei, deren rheinisch-westfälischer Provinzialparteitag erst am 23. Februar in einer Resolution ein gemeinsames Vorgehen aller Liberalen

auf der Grundlage des direkten und geheimen Wahlrechts als Mindestforderung und des unbedingten Kampfes gegen die konser-vativ-reaktionäre Reaktion“

gefordert hat. Aber auch bei den Fortschrittlichen ist heute leider alles möglich. Trägt man sich doch z. B. in dem westfälischen Dreimännerwahlkreis Herford - Halle - Wielefeld in fortschrittlichen Kreisen ernstlich mit der Absicht, gemeinsam mit Nationalliberalen und Konservativen ein Kandidaten aufzustellen, so daß hier der Wilowald in aller Form wieder erscheinen würde, den die Eichhoff, Friedberg o tutti quanti in ihrem Wahlkreis zunächst nur verhämt wieder galvanisiert haben.

### Neue mecklenburgische Verfassungsentwürfe.

Trotzdem die verschiedenen Verfassungsentwürfe, die die mecklenburgischen Regierungen bisher nach dem Muster alter ägyptischer Papyrusurkunden aus der Zeit der ersten und zweiten Pharaonen-Dynastie hatten anfertigen lassen, vom Landtag rundweg abgelehnt worden sind und den großherzoglich mecklenburgischen Papirusstücken übergeben werden mußten, haben sich im Bewußtsein ihrer Pflicht und getrieben von ihrem erhabenen Schaffungsdrange die hohen Regierungen beider Mecklenburg abermals daran gemacht, nach den alten Vorbildern einen neuen Verfassungsentwurf auszuarbeiten. Die mecklenburgische Blätter zu berichten wissen, sollen sich die Weisen, die zu diesem schwereren Werk berufen worden sind, vornehmlich einen Entwurf Menuhoteps IV., des „Herrn der beiden Lande“, zum Vorbild genommen haben; und was diese Blätter über den Inhalt des neuen Verfassungsentwurfs zu berichten wissen, machen diese Angaben recht wahrscheinlich. Der Entwurf enthält nämlich nach Mitteilung der Blätter folgende weise Bestimmungen: Es sollen im ganzen 82 Abgeordnete aus dem Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin gewählt werden, und zwar 24 der Ritterschaft, 24 der Landschaft (der Städte), 24 aus allgemeinen Wahlen, 6 aus Wahlen der Berufsorganisationen und Berufsstände, während die übrigen 4 vom Großherzog ernannt werden sollen. Von den 24 Abgeordneten, die aus allgemeinen Wahlen hervorgehen, sollen 10 von den Städten, 10 vom Lande und 4 vom Domanium gewählt werden. Die Wahlen sollen öffentlich und indirekt nach dem Dreiklassenwahlrecht erfolgen.

### Herr v. Dreitenbach und die März-Gedenkfeier.

In der patriotischen März-Gedenkfeier am 10. d. M. sollen laut Verfügung des Ministers v. Dreitenbach auch die Eisenbahner teilnehmen. Er hat einen Erlaß verfertigt, in dem es heißt:

Um es den Bediensteten der Staatsbahnverwaltung zu ermöglichen, an kirchlichen Feiern, Schulfeiern ihrer Kinder, Feiern von Arbeitervereinen und Weibvereinen teilzunehmen, ermächtigt der Erlaß die königlichen Eisenbahndirektionen, dem Beamten- und Arbeiterpersonal, soweit die Art und Bedürfnisse des Dienstes es zulassen, am 10. März einen halben Tag frei zu geben, wobei von einer Kürzung des Lohnes der Arbeiter abzusehen ist. Lohnentschädigungen für die Stadtkamerale sind nach Maßgabe eines früheren Erlasses zu zahlen. Die Dienstbefreiung hat sich im übrigen je nach der Lage der Feiern auf den Vormittag oder den Nachmittag des 10. März zu erstrecken.

Weiter wird angeordnet, daß die den Hauptstellen des königlichen Eisenbahn-Zentralamts und der königlichen Eisenbahndirektionen zugehörigen Denkmäler zur Erinnerung an den 17. März 1813, den Tag des Auftrufs „An mein Volk“ und der Errichtung der Landwehr, sowohl für die Beamten als auch für die Arbeiter bestimmt und deshalb in geeigneter Weise spätestens bei den nächsten Gehalts- und Lohnzahlungen zu veranschlagen sind. In den verwaltschaftlich eingerichteten Unterrichtskursen für Werkstättenlehrlinge werden an Stelle des Unterrichts entsprechende Feste stattfinden. In den Eisenbahnvereinen wird durch besondere Veranstaltungen der Bedeutung der Gedenk-tage Rechnung getragen werden.“

### Trennung von Staat und Kirche.

Im Schwarzburg-Rudolstädter Landtag stellte am 4. März gelegentlich der Etatsberatung Genosse Hartmann die Frage an die Regierung, ob in absehbarer Zeit dem Landtage ein Gesetz über Trennung der Kirche vom Staat vorgelegt werde. Die Regierung stellte ein solches Gesetz in Aussicht. Der Landtag bewilligte die vertragsmäßigen Gelder für die Kirchlichen, hingegen lehnte er alle

geforderten Mehraufwendungen für die Kirche ab. In nächster Zeit soll dem Landtage auch ein neues Volksschulgesetz unterbreitet werden. Für die Straßenswärtner, Waldhüter und Forstarbeiter bewilligte der Landtag ganz erhebliche Lohnaufbesserungen. Die Verabschiedung der neuen Beamten- und Lehrerbeförderungsvorlage dürfte in den nächsten Tagen erfolgen.

### In Sachen des Herrn Abg. Dr. Mugdan.

Von befreundeter Seite wird mir die Nr. 52 der „Freif. Zig.“ vom 2. März zugeandt, in der der genannte Abgeordnete eine Erklärung auf meinen offenen Brief im „Vorwärts“ vom 25. Februar veröffentlicht.

Insofern diese Erklärung sich mit Dingen beschäftigt, die mit dem in Frage stehenden Streit in keiner Verbindung stehen, verzichte ich auf jedes Wort der Erwiderung oder Mithingstellung. Offenbar hat der Herr Abg. Dr. Mugdan diese Dinge nur in die Debatte gezerzt, um die Verlegenheit, in die ihn mein offener Brief brachte, zu verdecken.

Zunächst möchte ich aus dem Jitak, das der Herr Abgeordnete Dr. Mugdan aus seiner Rede im Landtag gegen mich in seiner Erklärung veröffentlichte, hervorheben, daß er darin seine verleumderischen Anschuldigungen gegen mich noch schärfer formuliert hat, als es in dem Bericht des „Vorwärts“ geschah. Er sagte danach: Herr Abg. Webel hat ein Wort für die darüber verlorst, die sehr schön geschrieben ist, aber neben viel Wahren auch außer-ordentlich viel Unwahres enthält.

Für diese maßlos beleidigende Behauptung bringt Herr Dr. Mugdan auch in seiner Erklärung nicht den geringsten Beweis. Er bestätigt vielmehr wider Willen meine Angaben durch eine Inhaltsangabe eines Artikels in Dr. L. Hirt's Buch: Die Staub-inhalationskrankheiten der Arbeiter aus dem Jahre 1871.

Will aber Herr Dr. Mugdan mit diesem seinem Jitak beweisen, daß längst vor meiner Schrift die Lage der Vädereiarbeiter in Deutschland einer kritischen Beleuchtung unterzogen wurde, so läßt er die Leser seiner Erklärung, die Äußerungen Hirt's, die dieser auf Seite 213 und 214 seines Buches über die gesundheitliche Lage der Vädereiarbeiter macht, beschränken sich auf die Einwirkungen des Mehlstaubs auf die Atmungsorgane der Arbeiter, wobei er eine Reihe Bemerkungen über die schädliche Wirkung der Nachtarbeit bei großer Hitze, die Häufigkeit der Erkrankungen und der Sterbefälle macht.

Von einer allgemeinen Darstellung der Lage der Vädereiarbeiter in bezug auf Länge der Arbeitszeit, den häuslichen Zustand der Arbeiter- und Schlafräume, die Reinlichkeit in den Arbeits- und Schlafräumen, die Ernährung, die Lohnverhältnisse usw., die ich in meiner Schrift schildere, enthält der Artikel bei Hirt nichts. Meine Schrift ist also in der Tat die erste, die sich ausschließlich mit der Lage der Arbeiter in den Vädereien beschäftigt, wovon sich Herr Dr. Mugdan hätte leicht überzeugen können, wenn er das Literaturverzeichnis durchsah, das sein Kollege Dr. med. Jabel seinem Artikel über die Hygiene der Mäster, Vädere und Konditoren im Handbuch der Hygiene, herausgegeben von Dr. med. Th. Weil, Jena 1897, folgen läßt. Freilich, wer es fertig bringt, wie Herr Dr. Mugdan, in seiner Erklärung zu sagen: „Hirt wird gewiß auch in Deutschland nicht der erste gewesen sein, der über die Verhältnisse des Vädereigerwerbes geschrieben hat“, ohne einen Namen nennen zu können, der muß als Mann der Wissenschaft ein weites Gewissen haben.

Als einen Scheinbeweis für meine angebliche Liebertreibung der Schilderung der Zustände in den Vädereien des Jahres 1890 meint Herr Dr. Mugdan, daß ich doch unmöglich die Mitteilungen von Karl Marx im ersten Band des „Kapital“ über die Zustände in den englischen bzw. Londoner Vädereien auch als maßgebend für deutsche Verhältnisse ansehen könne. Herr Dr. Mugdan täuscht sich auch hier in größlicher Weise. Als Beweis will ich nur eine Stelle auf Seite 79 meiner Schrift anführen, die dem Bericht der damals in Dresden niedergesetzten Kommission zwecks Untersuchung der Zustände in den Vädereien entnommen ist. Dort heißt es:

„Wie schon bemerkt, ist der Vadtrog nicht selten defekt, und kommt es vor, daß der Meister die Kosten für die Reparatur scheut. Ab-dann werden die defekten Stellen mit Teig verklebt. Die Folge ist, daß sich durch das lange Hasten des allgewordenen Teigs zwischen diesem und der Wand des Vadtrogs rot aussehende Massen bilden, die bei der Verarbeitung des Teigs in denselben geraten. Unappetitlich ist auch, daß vielfach Vadtrogmaschinen und sogar Mehl unter dem Vadtrog aufbewahrt werden und sich allabendlich ungeziefer darin verbirgt. In schlechtem Zustande sind öfter auch die Mehlkammern, in welchen das Mehl meist ausgeschüttet liegt und dann gern ein angenehmer Aufenthalt für zahlreiches Ungeziefer wird. Haben allabendlich auch noch die Ragen, wie das gar nicht selten der Fall ist, in diese Kammern Zugang, so kommt es zu Vorgängen, die wir in Rücksicht auf die Leser nicht näher schildern wollen.“

Worin unterscheidet sich also, Herr Dr. Mugdan, diese deutsche Schilderung von der Marxschen über englische Vädereien?

Wer angesichts dieser Tatsachen, insbesondere als Arzt noch behauptet, daß meine Schrift „außerordentlich viel Unwahres enthält“, um dessen Aufrichtigkeit und Gewissenhaftigkeit muß es bedenklich bestellt sein.

E. Webel.

### Ungarn.

#### Die Wirkung des sozialistischen Manifestes.

Aus Budapest wird uns unterm 5. März gemeldet:

Das Manifest der sozialdemokratischen Parteilicheit, das noch am Dienstagabend in allen Straßen und Vororten der Hauptstadt verteilt wurde, übte eine starke Wirkung aus. Die Geschäftswelt, die seit 48 Stunden vollständig lahmgelegt war, atmete wieder auf. Die Arbeiter hingegen zeigten beim Lesen des Manifestes große Erbitterung über das Zurückstellen des Generalstreiks. Trotz allem dokumentierte zum erstenmal in Ungarn die sozialdemokratische Partei ihre Disziplin, denn dem Manifest zufolge wurden heute morgen alle Fabriken vollständig in Betrieb gesetzt. Die Arbeiter gingen wieder zur Arbeit.

Heute abend halten alle Werkstätten und Fabriken Konferenzen ab, in denen die etwa noch vorhandenen Bedenken der Arbeiter beseitigt werden sollen und Aufklärung gegeben wird. Ferner werden am Sonntag in der Hauptstadt und in den größeren Provinzstädten 50 Versammlungen abgehalten, um öffentlich die Motive darzulegen, aus denen heraus der Beginn des Generalstreiks verschoben wurde.

Das Militär hat die Straßen geräumt; es war bis heute mittag noch in den Kasernen konzentriert, da selbst die Regierung annahm, die Erbitterung der Arbeitermassen werde sich in Tumulten zeigen. Sofern diese heute ausbleiben, sollen morgen auch die größeren Polizeitrupps aufgehoben werden und die Hauptstadt wird dann wieder das gewöhnliche Bild zeigen.

### Belgien.

#### Vor dem Generalstreik.

Unser Brüsseler Korrespondent meldet uns unterm 4. März:

Während sich ein Teil der belgischen Presse in einer schändlich-aufheyerischen Haltung gefaßt und das schöne christliche Bestreben zeigt, in der heissen Situation nach oben und unten, nach rechts und links mit giftiger Feder geisend zu hetzen, treten in verschiedentlich Weise Bemühungen zutage, um vielleicht doch noch in letzter Stunde die Wahlrechtsfrage auf friedliche Weise zu lösen. Weiz man doch, daß die Regierung in ihrer intransigenten Haltung mehr durch böse Einflüsse und Einflüsterungen, als durch eine starre prinzipielle Abneigung bestimmt ist. Wenn auch vor-überhand nichts Bestimmtes einen veröhnlichen Abschluß der Dinge vorwegnehmen läßt, und die Arbeiter nach wie vor mit unverminderter Kraft am Rüstungswerke tätig sind, so darf man gleichwohl noch einen letzten Rest von Hoffnung hegen, der vielleicht auch in der Tatsache liegt, daß die Regierung ihre Unterhandlungen mit den Bürgermeistern des Landes weiter fortsetzt. Freilich bleibt auch eine in irgend einem Sinne entgegenkommende Haltung der Regierung noch dem Votum der Arbeiterpartei unterworfen. Denn wenn auch innerhalb der Arbeiterpartei der Wille vorhanden ist, wenn ein anderer Ausgang möglich ist, den Generalstreik zu vermeiden, ein Wille, dem Ansehn im Genter, Furnemont im Brüsseler Gemeinderat, Vandervelde in einem Meeting in Antwerpen Ausdruck gegeben haben — so setzt dieser Wille der Arbeiterpartei eben voraus, daß der Vermittlungsvorschlag, wie Vandervelde sagte, in ehrlicher, aufrichtiger Weise die Lösung anstrebt.

Dem Wunsche der verschiedensten Korporationen nach Vermittlung schloß sich gestern der Brüsseler Gemeinderat durch ein entsprechendes Votum an. Der liberale Antragsteller Anspach wies darauf hin, daß sich bereits jetzt die Vorzeichen der Krise, die ein Generalstreik über das ganze Land bringen würde, deutlich bemerkbar machen. Der Um-satz der Industriellen und der Geschäftswelt ist auffallend zurückgegangen, eine Erscheinung, die, wie der Redner wörtlich sagte, zum größten Teil darauf zurückzuführen ist, daß die Arbeiter mit bewundernswertem Heroismus für die Notlage des Generalstreiks ihre Groschen zurücklegen. — Im Namen der sozialistischen Gemeinderatsfraktion erklärte Furnemont, daß auch die Arbeiterpartei den Willen und den Wunsch habe, das Wahlrecht ohne Generalstreik zu erobern und einer friedlichen Lösung zugeneigt sei. Die von dem Gemeinderat Anspach beantragte Tagesordnung, wodurch sich das Kollegium für eine Vermittlungsaussprache ausspricht, wurde einstimmig gegen eine liberale Stimmenthaltung angenommen.

Indes geht die Aktion der Arbeiter ruhig ihren Weg. Riesenmeetings, Beratungen der Föderationen und Abstimmungen von großen Berufsorganisationen, Solidaritätszusagen des ausländischen Sozialismus, die vorbereitenden Arbeiten des Generalstreikkomitees und der Unterkomitees — all das zeigt an, daß im Ernstfalle die belgische Arbeiterpartei gewappnet sein wird, den höchsten Kampf mit Aussicht auf den Sieg wagen zu dürfen. . .

Aus den Propaganda- und Vorbereitungsarbeiten der letzten Tage seien erwähnt:

In Gent haben sich am Sonntag sämtliche Gewerkschaften versammelt und über die Generalstreiksabstimmung beraten. Es wurde beschlossen, falls die Regierung hartnäckig bleibt, zur Arbeitseinstellung zu greifen, an der ganz Gent partizipieren wird. Die Gewerkschaftsmitglieder erhalten für jedes Familienmitglied 1 Liter Suppe und 1 Pf. Brot täglich. Vom Ende der zweiten Woche an erhält jedes Familienmitglied außerdem 50 Proz. seines Streiklohnes. Dieser beträgt (10—15 Frank pro Woche). Die sozialistischen Lokale werden von 6 Uhr ab geschlossen bleiben. — Außerdem gab es am Sonntag Kundgebungen u. a. im Centre, im Forinage, wo die Glasarbeiter den Generalstreik beschloßen, in Derviers, wo Vandervelde in einem Riesenmeeting sprach, in Charleroi, wo eine imposante Föderationsversammlung über den Generalstreik beriet. (Die Föderation beschloß auch, daß in den Volkshäusern während des Generalstreiks keine alkoholischen Getränke ausgegeben werden.) In Entree im Kreise Charleroi tagte vorige Woche eine Riesenversammlung der Eisenbahner, in der über die Generalstreiksaktion referiert wurde. — Erwähnt sei schließlich noch das Votum der Brüsseler Typographen, die beschloßen, am Generalstreik teilzunehmen. Die belgische Arbeiterpartei will den Frieden. Aber, wie man sieht, wenn es sein muß, ist sie zum Kampf gerüstet.

### Italien.

#### Die Militärausgaben.

Rom, 3. März. (Fig. Ver.) Der „Avanti“ macht in einem Leitartikel darauf aufmerksam, daß die bürgerliche Presse dem Publikum Sand in die Augen streut, wenn sie glauben machen will, daß die Militärausgaben in Italien stationär bleiben oder gar im Abnehmen sind. Die vom Ministerium geforderte Erhöhung des stehenden Heeres von 12 auf 14 Armeekorps oder von 220 000 auf 270 000 Mann kommt überhaupt für das Budgetjahr 1913/14 noch gar nicht in Betracht. Freilich stehen zurzeit nahezu 300 000 Mann unter den Waffen, von denen sich 80 000 in Italien befinden, aber das wird als Kriegsausgabe verrechnet und belastet das Militärbudget offiziell weder als ordentliche noch als außerordentliche Ausgabe. Diese 80 000 Mann wird man das ganze Jahr in der neuen Kolonie behalten müssen, was bei der offiziell zugestanden Ausgabe von 10 Lire pro Tag und Kopf 800 000 Lire täglich macht oder 293 Millionen im Jahre. Dazu kommen die Ausgaben für Kriegsmaterial und Befestigungen, weiter 50 Millionen für öffentliche Arbeiten in Libyen und sehr große Ausgaben für die Neuanschaffung des Geschützmaterials der Marine und für die Reparatur der bekanntlich überzarten Panzerschiffe: alles in allem im laufenden Jahre rund 500 Millionen. Dazu kommen die 425 Millionen des Krieges- und die 254 Millionen des Marinebudgets: macht im ganzen 1179 Millionen, bei einer Gesamteinnahme von 2 1/2 Milliarden. Es fehlt wenig, so frist der Militarismus die Hälfte des ganzen Budgets auf: da können die Kulturaufgaben wirklich nicht leiden!

### Marokko.

#### Neue Kämpfe.

Paris, 3. März. Aus Casablanca wird vom 3. d. M. gemeldet: Die Kolonne Simon, welche dem bedrohten Militärposten am Red Jen zu Hilfe kommen sollte, wurde von den ausländischen angegriffen und verlor dabei vier Tote und zwei Verwundete. Zur Verstärkung der Kolonne wurden zwei Kompagnien Alpenjäger, Artillerie und eine Kavallerieabteilung ab-gesandt.



# Gewerkchaftliches.

## Der Kampf im Malergewerbe beginnt!

Nachdem der Unternehmerverband im Malergewerbe die Schiedsprüche der Herren v. Schulz, Dr. Brenner und Rath schroff zurückgewiesen hat, tritt er seine Vorbereitungen zu einer allgemeinen Ausperrung. Er verleiht zunächst ein Zirkular, in dem es heißt:

„Bis Sonnabend, den 8. März, sind sämtliche in unseren Betrieben beschäftigten Arbeiter zu entlassen. Ausnahmen sollen nicht gemacht werden. Gau I (Norddeutschland) hat am Dienstag, den 4. März, mit der Durchführung dieses Beschlusses zu beginnen.“

Kein Maler, Lackierer oder Anstreicher, soll am 5. März mehr beschäftigt werden. Nur durch diese Maßnahme werde es möglich sein, einen für die Arbeitgeber annehmbaren Tarifvertrag zu erzwingen. Und der Vorsitzende des Gaus I sagt in einem besonderen Rundschreiben:

„Alle organisierten Gehilfen, gleichviel welchem gegnerischen Verbände sie angehören, sind sofort . . . zu entlassen und kein Mann ist in Arbeit zu stellen, bis die ausdrückliche Aufhebung oder Beendigung der Ausperrung vom Hauptvorstande bekanntgegeben wird.“

Lassen Sie sich auch nicht durch sogenannte meißnerische Gehilfen täuschen, nicht organisierte zu sein. In 99 von 100 Fällen sind solche Angaben erlogen, und Sie leiden durch die Beschäftigung solcher Gehilfen direkte Beiträge zu den Gewerkschaftskassen, weil die Beschäftigten einen großen Teil ihres Lohnes auf dem Markt der Streikenden abzuliefern haben.“

In seltenen Ausnahmefällen soll erst genaue Instruktion vom Vorsitzenden des Unternehmerverbandes eingeholt werden.

Die Scharfmacher des Malergewerbes trauen sich also recht viel zu; warten wir ab, ob ihre Taten mit ihrer Courage im richtigen Verhältnis stehen. Unter der besonderen Ueberschrift: „Zweck und Ziele unseres Kampfes“, heißt es dann in dem Zirkular recht anschaulich weiter:

„Wir wehren uns gegen den Uebermut der Gehilfen, mit dem schon seit Jahren die Ruhe und Ordnung in unseren Werkstätten gefährdet wurde. . . . Seit Jahren haben die Gehilfen, besonders natürlich die sozialistischen, immer mehr steigende Beiträge zu ihrem Kampffonds geleistet, um zu einer ihnen postwendend Zeit uns mit Hilfe ihrer Millionenfonds mit einem gewaltigen Streik zu überfallen und uns nach unserer Niederlage die Arbeits- und Lohnbedingungen vorzuschreiben.“

Wir wollen den Gehilfen dagegen jetzt die Gelegenheit bieten, ihren rund zwei Millionen zählenden Kampffonds zu verwenden, denn noch einmal drei solch traurige Tarifjahre, als wir zuletzt erlebt haben, sind nicht mehr erträglich. Nach ihrem Ablauf würde der Kampffonds aber mindestens 4-5 Millionen zählen. Und wir hätten selbst mit den jetzt verlangten gewaltigen Lohnrückstellungen direkt die Mittel dazu geliefert.“

Das ist ein nettes Eingeständnis eines Scharfmachers, der recht unvorsichtig aus der Schale plaudert. Er zeigt sinnfällig, wie frölich hier ein Kampf vom Raune gebrochen wird. Nicht darum handelt es sich, die Ansprüche der Arbeiter gerecht zu prüfen, nein, die Gewerkschaftskassen müssen geleert werden, damit die Unternehmer die Ausbeutung noch toller treiben können wie bisher, wo noch Löhne von 48 Pf. pro Stunde für gelernte Malergehilfen über 20 Jahre in großen Städten und von 37 Pf. in Mittelstädten tariflich festgelegt waren.

Danach wird bei den Unternehmern gar nicht gefragt, daß selbst drei Unparteiische unter weitgehendster Berücksichtigung der Unternehmerinteressen eine Lohnerböschung festsetzen, die die Gehilfen nur schweren Serzens annehmen konnten, nein, sie wollen einen Kampf führen, unbekümmert um die schweren Folgen, die daraus nicht zuletzt für viele kleine Existenzen in den Meisterkreisen selbst entstehen, denen eine günstige Konjunktur verkümmert wird und denen zahlreiche Konkurrenten aus Gehilfenkreisen entstehen.— Daß die Spekulation der Herren auf die Verurteilung der Gewerkschaftskassen sich nicht wird verwickeln lassen, werden wir bald sehen, ebenso, daß ein großer Teil der Malermeister den Lockungen der Führer des Unternehmerverbandes nicht folgen wird. Die Gehilfen aber sehen dieser Kraftprobe ruhigen Blutes zu, sie vertrauen auf ihre Solidarität und ihre Organisation.

### Berlin und Umgegend.

#### Der Streik der Konfektionschneider.

Die Vertrauensmänner der bestreikten Firmen nahmen gestern nachmittag einen Bericht über die allgemeine Situation entgegen. Der Bericht gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Ablieferung der unfertigen Arbeit allgemein durchgeführt wurde. Die Bewegung sei am zweiten Streiktag weiter vorwärts geschritten. Die Zahl der Streikenden betrage gegenwärtig 1400; hinzu käme noch eine größere Zahl Unorganisierten, die wohl die Arbeit eingestellt, sich aber nicht zur Kontrolle gemeldet hätten.

Die Firma M. Schultze hat sich an den Verband gewandt und sich bereit erklärt, den neuen Tarif anzuerkennen. Während des Streiks werde nach dem neuen Tarif bezahlt und sei die Arbeit bereits gestern wieder aufgenommen worden. Mit der Firma Philipp Habisch sei auf der gleichen Grundlage eine Verständigung erzielt worden. Einige andere Firmen hätten versucht, den Arbeitern kleine Zugeständnisse zu machen, damit diese die Arbeit wieder aufnehmen sollten. Besondere Abmachungen mit den einzelnen Firmen müßten streng zurückgewiesen werden.

Auch sei wiederholt darauf hinzuweisen, daß sich die Lohnbewegung nicht nur auf die Großstädte, sondern auch auf die Kleinstädte beziehe. Jegliche Arbeit, die für die gesperrten Firmen hergestellt werde, sei als Streikarbeit zu bezeichnen. Das frühere Verbandsmitglied Otto Bernuth, Kochmeister, 29, habe sich eine eigene Werkstatt eingerichtet und fertige Streikarbeit für die Firma Paul Unger u. Co. an. Der Betrieb dieses Zwischenmeisters gelte als gesperrt; auch über alle übrigen Zwischenmeister, die für die bestreikten Firmen arbeiten und die Arbeit nicht wieder einstellen, werde die Sperrung verhängt.

In einer längeren Aussprache wurde besonders auf das Verhalten der Polizei hingewiesen. Vor manchen Geschäften seien mehr uniformierte und Arminialausgelenke zu finden als Streikposten. Arbeitswillige würden von der Polizei in die Wohnungen geleitet und nach den Geschäften geführt. Streikposten, die nur von ihrem gesetzlich gewährleisteten Recht Gebrauch machten, würden verhaftet und mit Strafmandaten bestraft. Die Streikenden werden sich durch derartige Maßnahmen natürlich nicht einschüchtern lassen, sondern in erhöhtem Maße ihre Pflicht tun.

**Achtung, Glaschleifer, Polierer, Feger!** Bei der Firma Fr. Lorette u. Co., Schleifstraße 26, ist es zu ernstlichen Differenzen gekommen und die Arbeit eingestellt worden. Wir erwarten, daß alle Kollegen strenge Solidarität üben und keiner die der Firma in Arbeit tritt. Die Ortsverwaltung.

**Achtung, Töpfer!** Die Wahlen zum Vorstände usw. zeitigten folgendes Ergebnis: Abgegeben wurden 552 Stimmen, davon 548 Verantw. Redakt.: Alfred Dielepp, Neustadt. Inzeratenteil verantr.

gültige. Stimmen erhielten und sind somit gewählt: zum 1. Vorsitzenden Franz Segawe 539, 1. Kassierer Eduard Rapputan jr. 538, 2. Vorsitzender und zugleich 2. Kassierer Max Kemnitz 460, 1. Schriftführer Hugo David 509, 2. Schriftführer Ernst Müller 482, Beisitzer: Fritz Wolff 295, Franz Lothert 284, Carl Dieze 281 und Otto Kronfeld 199, Kassier: Max Kemnitz 502, Arbeitsnachweiseführer: Hugo David 326, Ernst Müller 317, Hermann Böhme 265 und Albert Genisch 246. In die heutige technische Kommission wurde Kollege Albert W a h l e mit 163 Stimmen gewählt. Der Antrag des Vorstandes betreffs der Wahlen zur Verbands-Generalfversammlung ist mit 353 gegen 130 Stimmen angenommen. Die Auszahlung der Ausgesteuerten-Unterstützung erfolgt für die Tage vom Donnerstag, den 6. März, bis Mittwoch, den 12. März, nur in der Zeit von vormittags 9 bis 12 1/2 Uhr. Saal siehe Tafel.

Die Berliner Lithographen beschäftigten sich in ihrer letzten Mitgliederversammlung wieder einmal mit den traurigen Verhältnissen in der Privatlithographie. M. Schönherr, Wilhelmstr. 302, bereits im Jahre 1910 gab es bei dieser Firma der außerordentlich niedrigen Akkordverdienste wegen ernste Differenzen, die zum Streik führten. Nach kurzem Kampfe mußte Schönherr das Akkordsystem aufgeben und Lohn einführen. In der darauf folgenden Streifenzeit gelang es ihm aber bald, durch Heranziehen unorganisierter Kräfte, zum Akkord zurückzukehren und vor allen Dingen die Preise der Arbeiten noch bedeutend niedriger anzusetzen, als es bereits früher der Fall war. Vor Weihnachten betrug die Akkordverdienste wenigstens noch 20-25 M., nach Weihnachten gelang es nicht mehr, auf einen Durchschnitt von 20 M. zu kommen. So verdiente z. B. ein Lithograph in vier aufeinander folgenden Wochen 12 M., 4 M., 17 M. und 8 M. mit Hausarbeit. Ein anderer zwei Wochen je 22 M., dann 12 M.; eine Platte für 9 M. wurde in 40 Stunden geschafft usw. Also Löhne, mit denen man heute nicht einmal einen einigermaßen kräftigen Arbeiterburschen abzuspeisen mag. Selbst dem einzigen Lohnarbeiter, der früher 33 M. bezog, wurde der Lohn auf 28 M. gekürzt. Da keiner der dort Beschäftigten der Organisation angehört, ist es dem Verbande leider nicht möglich, direkt eingzugreifen. Der Verband kann an die Lithographen nur die Warnung ergehen lassen, den Betrieb zu meiden. Die Versammlung empfahl also allen Kollegen, eine Stellung bei Schönherr nicht anzunehmen, bis die Verhältnisse beseitigt sind. In anderen Fällen laufen sie Gefahr, mit Wochenverdiensten von 12 M. und noch weniger sich abfinden zu müssen.

### Deutsches Reich.

**Abgelehnt.** Am Sonnabendnachmittag hielten die Schiffseigner des Reichs Elb-Stranggebietes in Weihen eine Versammlung ab, zu der sie ihre Steuerleute mit eingeladen hatten. Von letzteren waren auch einige vierzig erschienen. In der Versammlung sollte über die derzeitige Steuerlage beraten werden. Es wurde dabei auf die erschienenen Steuerleute das Ansuchen gerichtet — zu diesem Zwecke war wohl in der Hauptsache die Versammlung einberufen worden — während des Streikes teilweise Bootsmannsdienste auf den Frachtschiffen zu verrichten. Die Steuerleute lehnten jedoch das Angebot der Schiffseigner mit großer Mehrheit ab.

### Herr Thyssen hat gesiegt!

So ist es denn ganz plötzlich gekommen, wie es nach Lage der Verhältnisse früher oder später kommen mußte: Die Thyssenschen Eisenbahner sind zu Boden gedrückt und nun kann wieder in „Böhsitätigkeit“ gemacht werden. Gestern (Montag) noch hofften die Streikenden, den Industriekönig persönlich von der Berechtigung ihrer Beschwerden überzeugen zu können und deshalb behandelten sie darauf, die Beschwerden persönlich vorbringen zu dürfen. Doch wurde jede Verhandlung mit dem Streikkomitee abgelehnt. Nun war guter Rat teuer. Einer Organisation gehörten nur einzelne Wenige an. Nicht umsonst hatte man die Leute gegen jeden Annäherungsversuch von außen durch alle möglichen Maßnahmen abzusperren gesucht. Und wäre die Behandlung und Bedrückung nicht gar so schwer empfunden, es wäre gewiß nicht zu der plötzlichen Arbeitsüberweigerung von etwa drei Viertel des Bahnpersonals gekommen. Nachdem man jeder Annäherungs- und Vermittelungsverlauf schroff zurückgewiesen war und namentlich die in den Werkwohnungen wohnenden zur Räumung der Wohnungen aufgefordert wurden, scheint es diesen schmil geworden zu sein. Nach am Abend meldete sich ein Teil von ihnen zur Nachsicht — bebingunglos! Am Dienstag früh wurden dann die übrigen, etwa 270 Mann, aufgefordert, ihre Entlassungspapiere in Empfang zu nehmen. Die Leute kamen dem nach und mußten nun auch noch erleben, daß ihnen allen ein Wochenlohn in Höhe von 27 bis 36 M. wegen Kontraktbruchs in Abzug gebracht wurde. Unmittelbar nach der Entlassung wurden dann etwa 70 von ihnen wieder eingekerkert, natürlich auf Gnade und Ungnade. Die übrigen liegen nun auf dem Pflaster und können sehen, wo sie bleiben. Charakteristisch ist, daß von den älteren Lokomotivführern, die 18 und 20 Jahre Herrn Thyssen und seinem Werk gefrondet haben, niemand wieder eingekerkert ist.

Das Gute wird jedenfalls dieser Anschauungsunterricht erreicht haben, daß das Klassenbewußtsein auch derjenigen unter den Tausenden Thyssenscher Arbeiter kräftig geweckt worden ist, die bisher vom Zusammenschluß der Arbeiter in den gewerkchaftlichen und politischen Organisationen nichts wissen wollten.

Die Zentrumspresse aber kann nun wieder ein Loblied auf ihren mit dem päpstlichen Schwesterverorden decorierten Wohltäter Thyssen anstimmen.

### Ausperrung der niederrheinischen Weber.

Der Schutzverband der niederrheinischen Samt-, Fläsch- und Samtbandsfabrikanten beschloß, einer Meldung aus Arefeld zufolge, wegen des Härteausstandes einstimmig am 22. März alle Arbeiter, 5000 an der Zahl, auszusperrn.

Der Streik in der Lünen Glasmanufaktur dauert unabändert fort. Der Besitzer bemüht sich sehr, Arbeitswillige zu bekommen, doch will ihm das nicht gelingen. Den Arbeitswilligen wird ein Vertrag vorgelegt, nach dem sie versichern müssen, dem Zentralverband der Glasarbeiter nicht anzugehören und während der Dauer ihrer Beschäftigung bei der Lünen Glasmanufaktur weder direkt noch indirekt dem Zentralverbande beizutreten.

Im Falle der Zuwiderhandlung soll die Lünen Glasmanufaktur berechtigt sein, eine Konventionalstrafe in Höhe von 25 M. zu erheben, und die Zugehörigkeit zum Verbands soll zu sofortiger Entlassung berechtigen.

Unter Führung des Herrn Amtmann von Borz wird gegen die Streikenden scharf vorgegangen. Bereits vier Streikende haben Anklagen wegen Belästigung von Arbeitswilligen bekommen, und dabei sind bis heute noch keine Arbeitswilligen vorhanden. Die Belästigung wird darin erblickt, daß der Streikposten völlig unbeteiligte Personen gefragt hat, ob sie Glasmacher seien, weil sie in der Nähe der Fabrik vorbeigingen. Und nicht allein die Streikenden nimmt der Herr Amtmann aufs Korn. Am Dienstag, den 4. März, muß sich der Vertrauensmann der Bergarbeiter vor dem Schöffengericht verantworten, weil er ohne polizeiliche Genehmigung für die Ausgesperrten eine Sammlung unter seinen Mitglidern veranstaltet haben soll.

In den 12 Wochen des Streiks ist es dem Unternehmer nicht gelungen, Streikbrecher zu bekommen. Gelingt es ihm auch ferner nicht, aus den Reihen der Kämpfenden wird er keine bekommen.

Die Ausperrung der Apfelweinfabrikarbeiter in Frankfurt am Main ist nach eifriger Dauer bei drei Firmen für die Fr.

beiter mit Erfolg beendet worden. Ein neuer Tarifvertrag wurde abgeschlossen mit weit größeren Zugeständnissen, als die Unternehmer in ihrem Ultimatum vor der Ausperrung bekanntgibt. Die Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden, der Anfangslohn für Kombiburschen und Küfer 28.50 M. wöchentlich, für Hilfsarbeiter 25 M. Der Lohn steigt außer der sofortigen Erhöhung um 1 M. und 1.50 M. um 50 Pf. pro Jahr und Woche für die Dauer des Tarifvertrages. Auch Erholungsurlaub wurde erreicht. Sämtliche Ausgesperrte nahmen die Arbeit wieder auf. Nur die Firma J. Gg. Madlos kann sich zur Einigung noch nicht verstehen. Dort dauert der Kampf fort.

### Ausland.

#### Drohender Generalstreik auf den britischen Eisenbahnen.

London, 4. März 1913. (Eig. Ber.)

Großbritannien steht wieder einmal vor einem Generalstreik der Eisenbahner. Diesmal handelt es sich nicht wie im Jahre 1911 um höhere Löhne und längere Arbeitszeit, sondern um eine einmütige Revolte gegen die unerbittlich gewordene Willkürherrschaft der Eisenbahngesellschaften, die in der Entlassung des Zugführers Richardson ihren letzten Ausdruck gefunden hat. Richardson ist entlassen worden, weil er sich entschieden weigerte, entgegen den gedruckten Vorschriften der Mittelnationalen Bahngesellschaft, seiner Arbeitgeberin, zu handeln und im Interesse des Profits der Gesellschaft sein Leben und das Leben anderer zu gefährden. Ein Vorgesetzter verlangte von ihm, er solle seinem Zuge auf einer gewissen Station noch weitere sieben Wagen anhängen. Da aber die Bremskraft, die ihm zur Verfügung stand, nicht ausreichte, um den Zug mit den weiteren Wagen mit Sicherheit zu kontrollieren, befolgte der Zugführer den Befehl des Vorgesetzten nicht und berief sich auf die gedruckten Vorschriften, die die Zahl der Wagen, die für jede Art Bremse zulässig sind, angeben. Diese Sorge um die öffentliche Sicherheit ist ihm von seinen Arbeitgebern verübelt worden, die offenbar der Ansicht sind, daß die gedruckten Vorschriften nur dazu da sind, der Regierung und dem Publikum Sand in die Augen zu streuen. Daß die Eisenbahner diese Ansicht nicht teilen können, ist sonnenklar. Denn sie sind die Schuldigen, wenn sich infolge der Nichtbeachtung der gedruckten Vorschriften, die sie bei Strafe stets bei sich tragen müssen, ein Unfall ereignet. Erst kürzlich noch wurde ein Lokomotivführer zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er gegen die Vorschriften gehandelt und dadurch einen Unfall mit tödlichem Ausgang herbeigeführt hatte. Der Arbeiter berief sich darauf, daß ihm ein Vorgesetzter den mündlichen Befehl erteilt habe, so zu handeln, wie er gehandelt habe, aber der Richter wollte diesen Entschuldigungsgrund nicht anerkennen.

Das Vorgehen der Gesellschaft war so monströs, daß selbst einige der reaktionären Organe, die sonst stets sofort für die Arbeitgeber Partei ergreifen, die Mittelnationale Bahngesellschaft scharf kritisierten. Diese verweigert sich zwar und jagt nichts. Allerdings suchte sie durch ihre Preßprobanzen die Sache so darzustellen, als habe der Zugführer durch die genaue Befolgung der Vorschriften Sabotage treiben wollen. Aber diese Verdächtigung ließ sich nicht aufrecht erhalten, da Richardson als ein ruhiger Mann bekannt ist, der an dem Leben seiner Gewerkschaft kaum mehr als einen passiven Anteil nimmt. Endlich hat sich die Gesellschaft vor einigen Tagen genötigt gesehen, der Öffentlichkeit eine Darstellung der Angelegenheit mitzuteilen. Danach soll der Zugführer wegen Frechheit entlassen worden sein. Richardson bestreitet aber entschieden, sich frech gegen seine Vorgesetzten benommen zu haben. Daß dieser Entlassungsgrund nur eine Ausrede ist, die man sich endlich nach sechsmonatigem Schweigen ausgesonnen hat, geht aus verschiedenen Umständen des Falles hervor. Die Eisenbahner verlangen nun einstimmig die Wiedereinstellung des entlassenen Zugführers und drohen mit dem Generalstreik. Die Vorstände der vor kurzem verschmolzenen drei Eisenbahnerorganisationen und der Gewerkschaft der Lokomotivführer und Heizer konferieren behändig. Die Lage wird als sehr kritisch angesehen, was einen nicht wundernehmen kann, da der Hauptdirektor der Mittelnationalen Bahn einer der eigenmächtigsten und gewalttätigsten Scharfmacher in Großbritannien ist. Es mag scheinen, daß der Fall in seinem Verhältnisse zu der Größe des in Vorschlag gebrachten Mittels steht. Man darf jedoch nicht vergessen, daß dieser Versuch der Eisenbahngesellschaft, ihre Angestellten zu verdröckerischer Fahrsichtigkeit zu zwingen, typisch ist für die ganze Behandlung der Eisenbahner, deren Entrüstung augenblicklich keine Grenzen kennt.

London, 5. März. (B. T. B.) Die Exekutive der Verbände der Eisenbahngesellschaften nahm heute abend eine Resolution an, in der die Wiedereinstellung des entlassenen Eisenbahngesellschaftlichen Richardson gefordert wird. Ferner wird von der Bahngesellschaft die Forderung geäußert, daß die Leute die Anweisungen, welche von den gedruckten Instruktionen abweichen, künftig schriftlich erhalten sollen. Die Resolution wurde der Gesellschaft mit dem Ersuchen übergeben, unverzüglich zu antworten.

## Letzte Nachrichten.

### Württemberg für die einmalige Abgabe.

Stuttgart, 5. März. (B. T. B.) Bei der Besprechung der Deckung der einmaligen Kosten der Heeresvorlage durch eine einmalige Abgabe vom Vermögen schreibt heute der „Staatsanzeiger“: Die wir vernehmen, steht die württembergische Regierung dem Gedanken der Erhebung einer einmaligen Abgabe vom Besitz behutsam Deckung der einmaligen Kosten der Heeresvorlage sympatisch gegenüber.

### Serbische Bedingungen für die Friedensverhandlungen.

Belgrad, 5. März. (B. T. B.) Das Regierungsgesamt „Samouprava“ führt aus: Die Verbündeten werden dem Vermittelungsversuche der Großmächte mit der gleichen Bereitwilligkeit wie vor drei Monaten begegnen, mit Rücksicht auf die Erfahrungen der erfolglosen verlaufenen Verhandlungen in London werden sie diesmal jedoch ihre Zustimmung zur Aufnahme neuer Friedensverhandlungen an die Bedingung knüpfen, daß die Türkei schon im Präliminarvertrage die Annahme der Forderungen der Verbündeten im Prinzip sichert. Diese Bedingung scheint so berechtigt, daß sie ohne Zweifel auch die volle Unterstützung der Großmächte finden werde. Andererseits ist die Lage der Türkei gegenwärtig derartig, daß die türkische Regierung, wenn sie wirklich den Frieden wünscht, den Modus procedendi jedenfalls annehmen werde.

### Der bulgarisch-serbische Streit um die Kriegsbeute.

Belgrad, 5. März. (B. T. B.) Die serbische Presse fährt fort, die Haltung der Bulgaren in der serbisch-bulgarischen Grenzfrage in der schärfsten Weise zu belämpfen. Die Angriffe richten sich insbesondere gegen den bulgarischen Abgeordneten Ralbin, welcher in der Sbornaja die Erwartung auspricht, daß Serbien seine Forderungen fallen lassen werde. Einzelne serbische Mütter greifen auch die serbische Regierung an, indem sie ihr den Vorwurf machen, daß sie sich in den die serbischen Interessen im höchsten Maße berührenden Grenzfragen zu passiv verhalte.

### Schwerer Unfall eines deutschen Aviatikers.

München, 5. März. (B. T. B.) Die die München-Augsburger Abendzeitung“ meldet, führte heute vormittag Leutnant Bedert vom 17. Infanterieregiment bei einem Übungsflug auf dem Rüttelstückerübungsplatz in Oberdittelsheim ab. Der Flieger wurde schwer verletzt unter den Trümmern des Flugapparates hervorgezogen und in bewußtlosen Zustande in das Münchener Garnisonlazarett gebracht.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Dierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.



Reichstag.

126. Sitzung. Mittwoch, den 5. März 1913, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Tirpitz. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort Staatssekretär v. Tirpitz. Er gedenkt der beim Helgoländer Torpedobootsunfall verunglückten Marineoffiziere.

Präsident Dr. Kaempf stellt fest, daß sich die Abgeordneten von ihren Sitzen erhoben haben.

Auf der Tagesordnung steht ein Antrag v. Normann (L.), der mehr kleine Garnisonen verlangt, freie Eisenbahnfahrt auch auf Schnellzügen für Militärurlauber, vermehrte Enturlaubung, Beschränkung der Kontrollversammlungen, schnellere Abschätzung der durch militärische Übungen verursachten Entschädigungen und eine Erhöhung der Soldatengelder für Pferde.

Mit zur Debatte gestellt wird ein Antrag Behrens (Wirtsch. Vg.), der besseren Schutz der Landwirtschaft und Obstgärten bei Peststellung von Flur- und Obstschäden bei Truppenübungen verlangt.

Abg. v. Flemming (L.): Von den großen Garnisonen kehren später nur wenig Prozent der jungen Leute in ihre Heimat zurück, sie lassen sich von den Verführungen der Großstadt verlocken, gehen physisch und sittlich zugrunde und gehen der Landwirtschaft verloren. Wir halten es für bedenklich, so viele junge Leute in die große Städte zu schicken, wo sie der Agitation der Sozialdemokratie ausgesetzt sind, für deren antimilitaristischen Charakter ich nur auf die Rede des Abg. Scheidemann in Paris zu verweisen brauche. (Sehr wahr! rechts.) Wir bitten daher bei der jetzt notwendig werdenden Heeresvermehrung um Vermehrung der kleinen Garnisonen. Der Redner begründet weiter die Forderungen des konservativen Antrages.

Abg. Koste (Soz.):

Der Vordredner hat den guten Geschmack gehabt, noch einmal auf die Pariser Rede Scheidemanns zu kommen. Nachdem Scheidemann die Leute, die diesen ausgemachten Schwindel immer wieder wiederholen, von dieser Tribüne in treffender Weise charakterisiert hat, habe ich dazu nichts mehr zu sagen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Unzufriedenheit mit den wachsenden Lasten zufolge der agrarischen Politik scheint jetzt auch die kleinen Städte zu ergreifen, und daraus erklärt sich wohl der Antrag der Konservativen, die ja nicht ungeschickte Taktiker sind. Sie wollen den Steuerträgern der neuen bevorstehenden Auflagen auch etwas bieten, um sie vom Abfall zu anderen Parteien abzuhalten. Daß die Erfüllung dieses Antrages Geld kosten würde, gemerkt sie weiter nicht. Sie wissen, daß der bittere Reiz des Steuerzahlens an ihnen selbst vorübergehen wird. — Das Verlangen des Antrages nach Enturlaubung in größerem Umfange ist eine schwere Anklage gegen die bestehende lange Dienstzeit, unter der besonders die häuerliche Bevölkerung leidet. Ihnen würde wesentlich mehr als mit den Enturlaubungen mit einer kürzeren Dienstzeit geholfen werden. Die Enturlaubung nützen vornehmlich dem Großgrundbesitzer, der dann nicht notwendig hat, durch anständige Bezahlung für einen Stamm guter deutscher Arbeiter zu sorgen. Es zeigt von der Feilscherei konservativer Betrachtungsweise, daß der konservative Redner als Ursache der Landflucht nur die Vergnügungsfucht der jungen Bauernsöhne angulähren will. Sorgen Sie doch erst für gute Wohnungen auf dem Lande. (Ruf rechts.) Es ist noch gar nicht lange her, seit der Kaiser das Wort geprägt hat, auf dem Lande wohnen die Schweine viel besser als die Menschen. (Ruf rechts: In Berlin ebenfalls!) Daß auch in den Großstädten Wohnungselend besteht, beklagt niemand mehr wie wir. Wir haben noch nie gewünscht, daß die Landarbeiter in Ehren in die Industriegebiete kommen. Wir reden ihnen vielmehr zu, auf dem Lande für bessere Existenzbedingungen zu sorgen. Die kleinen Landwirte würden allerdings mehr von der Verfürgung der Dienstzeit auch bei den reisenden Truppen haben; wenn die Konservativen sich dagegen wenden, erweisen sie sich trotz ihrer Reden als Bauerfeinde. — Gegen Punkt 2 des Antrages, der die freie Eisenbahnfahrt jährlich einmal für die Militärurlauber fordert, wird wohl niemand im Hause Widerspruch erheben. Viele Rekruten werden weit fort von der Heimat geschickt, und zwar nur in Rücksicht auf den inneren Feind. Der Soldat soll sich in der Garnison fremd fühlen, damit er leichter gegen die Bevölkerung aufgebieten

werden kann. — Gegen Punkt 1, die Schaffung kleiner Garnisonen, spreche ich mich entschieden aus. Die Antragsteller wünschen einen häufigen Offizierwechsel in den kleinen Garnisonen, wodurch die jetzt schon erheblichen Umzugskosten noch stärker wachsen würden. Ich gebe den Antragstellern zu, daß in Berlin zum Beispiel Militär zusammengeballt ist. Auch das ist nicht aus militärischen Gründen geboten, sondern aus hiesigen Rücksichten. Aus solchen Rücksichten hat man ja ein ganzes Regiment Infanterie von Rathenow nach Berlin mit der Eisenbahn geschickt, um bei einem prinzipialen Einzug Spalier zu bilden. Tausende von Wart hat das gekostet. Die Söhne des Volkes sind doch nicht dazu da,

Spielzeug für Prinzen

abzugeben. (Munche bei den bürgerlichen Parteien. Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die wirtschaftlichen Vorteile einer kleinen Stadt durch eine Garnison erkenne ich nicht an. Nur für die Grundbesitzer ergeben sich Vorteile durch Steigerung der Mieten, die aber die übrigen Einwohner zu zahlen haben. Höchstens könnte man das Argument anführen, man müsse dem Geburtenrückgang entgegenwirken. (Heiterkeit.) Kleine Garnisonen führen zu einer starken Vermehrung der unehelichen Geburten, aber für die Mehrzahl der Bewohner der kleinen Städte ist das kein Vorteil, denn die Unteroffiziere und Mannschaften zeigen gerade nicht einen besonderen Eifer in der Zahlung von Alimenter. So läuft auch dieses Argument darauf hinaus, daß die Armenlasten der kleinen Städte wachsen. — Dann will der Redner noch durch Schaffung der kleinen Garnisonen die Sozialdemokratie bekämpfen. Die wachsende Abneigung gegen den Dienst erklärt sich genügend durch die Soldatenschindereien und den militärischen Kastengeist. Sorgen Sie mit uns dafür, daß hierin eine Veränderung eintritt. Zum Schluß noch einmal: Sie wollen der wachsenden Unzufriedenheit der konservativen Wähler begegnen. Sie würden ihnen vielmehr dienen, durch Bekämpfung der Trübereien, die auf neue starke Vermehrung der Militärlasten hinauslaufen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Angerpointner (S) stimmt dem Antrag der Konservativen zu.

Abg. Schulenburg (natf.) Auch wir haben dieselben Wünsche und noch eine ganze Reihe mehr. (Heiterkeit.) So wünschen wir z. B. Portofreiheit auch für Briefe von Soldaten an ihre Angehörigen.

Abg. Weinhausen (Vpt.) Der Antrag stellt uns eine ganze Reihe ältliche Belamte vor, (sehr gut!) die Landflucht kann man mit kleinen Garnisonen nicht bekämpfen, die hängt eng zusammen mit der Heillosigkeit der Landarbeiter und der Ausichtslosigkeit für sie, einmal eine etwas bessere Existenz zu erringen. (Sehr richtig! links.) Den übrigen Teilen des Antrages stimmen wir zu.

Abg. Derges (L.): Auf dem Lande kommen die Leute wirtschaftlich besser fort als in den Städten, weil sie auf dem Lande besser sparen können.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Im Schlußwort bestritt gegenüber dem Abg. Koste Abg. Reibel (L.), daß der Adel in der Armee bevorzugt werde, und behauptet, daß die Arbeiter auf dem Lande besser wohnen als in den Städten. — Der Antrag wird in allen Punkten einstimmig angenommen mit Ausnahme des Punktes 1 (Schaffung kleiner Garnisonen), der gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen wird.

Der Antrag Behrens wird ebenfalls einstimmig angenommen.

Es folgen

Petitionen.

Eine Petition des Gesamtverbandes deutscher Verpflegungsinstitutionen, des Deutschen Herbergvereins und des Zentralvorstandes deutscher Arbeiterkolonien verlangt reichsgesetzliche Bestimmungen, die den Bundesstaaten die Verpfichtung auferlegt, Einrichtungen zu treffen, zu unterhalten und zu verwalten, um mittellosen Arbeitenden den Arbeit zu vermitteln und wandernden Arbeitssuchenden gegen Arbeitslosigkeit, Verelendung und Obdach zu gewährleisten. — Die Kommission beantragt, die Petition, soweit sie reichsgesetzliche Regelung der Wanderfürsorge verlangt, dem Reichsanwalt zur Verurteilung überlassen will, über sie zur Tagesordnung überzugehen.

Nachschlepplisten des eigenen Interesses, die nach deutschen Begriffen nur in der französischen Republik gedeihen.

Theater.

Komödienhaus: „Der Schönheitsjalon.“ Schwan von Wilhelm Jacoby und Arthur Hippich. Was die beiden Autoren als Schwan hier offerierten, war eine mit etwischen neuen Effekten verzierte Kollektion meist recht trübselig alter Tricks und Späße. Dem Publikum fehlte ganz das Fröhliche aus dem Innern stehende Behagen; man spürte, daß er forciert als ein Geschäft der Fagenmacheri betrieben wurde. — Ein Jüngling, der nach glücklich bestandenen Doktorexamen nach Berlin fährt und das Coupé allein mit einer fremden Dame teilt, fällt, als er sein Gepäck herunterlängen will, auf die friedlich schlummernde. Sie schreit und er, im Schreck statt seiner eigenen Reisetasche, die des Pränselns ergreifend; nicht — um nicht als Attentäter arretiert zu werden. Ein sinnvoller Anfang. Jedoch da die Verfasser nach ein paar Rollenzenen mit diesem Pluchtmotiv nichts weiter anzufangen wissen, betrauen sie dafür den Jüngling mit der Verfolgerrolle. Er jagt der Dame nach, die seine zurückgelassene Tasche mitgenommen, und gerät so in ein Gesichtsmassage- und Körperkulturinstitut; den „Schönheitsjalon“, der seinem mangelhaften Provinzialverstande in außerordentlich verdächtigen Licht erscheint. Da läuft zu seinem Entsetzen die ganze Verwandtschaft, Onkel, Tante und Nichte herum, da muß er selber Schönheitsgerichten dulden und fällt zuletzt gar dem Verleumdungsbedürfnisse der Eigentümerin, jener Dame, die im Besitze seiner Reisetasche ist, anheim. Ein Massenaufruf von Unmöglichkeiten, das im Schlußakt entsprechend fortgesetzt, zu dem höchsten herausgehobten Komik in verdriehlichstem Mißverhältnisse steht. Herr Wafelt spielte die Hauptrolle. Am frischesten war Tom Impeloben als ostpreußelnder Onkel.

Musik.

Für den vor kurzem verstorbenen Komponisten Felix Draßke hat in Berlin besonders der von Bruno Mittel geleitete gemischte Chor viel getan. Sein Konzert mit dem verstärkten Philharmonischen Orchester wurde (am Dienstag) direkt und indirekt zu einer Feier für den Dahingegangenen. Von ihm selbst kamen zwei ältere Stücke: Die Trauermusik aus seiner Tragischen Sinfonie und die Obergene aus Goethes „Faust“. Das längst feststehende Urtitel, daß Draßke seiner von den ganz Großen und Eigenen war — erst im Wagnerischen, dann im „Maifischen“ Bann stehend —, daß aber sein Schaffen von einem vornehmen und reichen Künstlergeist durchleuchtet ist, konnte hier wiederum bestätigt werden. Wichtig war, daß wir mit einem seiner Schüler bekannt wurden, einem auch nicht mehr jungen (1887 geborenen) Komponisten Felix Gottlieb. Sein Väterchen, „mit vollem Erfolge“ gegeben worden sein. Aus der jetzigen Konzertaufführung des Vorspiels und der Schluszenge ist wenigstens nicht zu folgen, daß das Werk für die Bühne genaugende dramatische Schlagkraft besitze — auch abgesehen von der Hoffnungslosigkeit gerade der Berliner Opernverhältnisse. Oder liegt es nur an uns Europäern, daß wir uns in das Mystische und Unplastische, das Polsside und Verrinnische der indischen Psychologie, in die Schmerzen

Abg. Thöne (Soz.):

Wir verlangen eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenfürsorge überhaupt, die der Wanderfürsorge allein könnte nur Stückwerk sein. Bei einer reichsgesetzlichen Regelung lediglich der Wanderfürsorge dürften keineswegs die in Preußen geltenden Bestimmungen als Muster dienen, denn da hält man den Arbeitslosen ganz allgemein für einen Arbeitslosen, man erblickt in ihm nicht den notleidenden Mitmenschen, dem geholfen werden muß, sondern einen heruntergekommenen Bagabunden, ohne daran zu denken, daß selbst in solchen Fällen die lange Arbeitslosigkeit und die Ausichtslosigkeit, Arbeit zu erhalten, selbst einen tüchtigen Menschen vom rechten Wege abführen können. Draconische Strafbestimmungen hat man gegen Arbeitslose in den Wanderarbeitsstätten, Arbeitslose, die keine Papiere haben, werden mit Entziehung der Wahlzeiten und des Wettes bestraft. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In den mit den Wanderarbeitsstätten verbundenen Kolonien müssen die Leute sich verpflichten, mindestens ein Vierteljahr lang für 80 bis 50 Pf. zu arbeiten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In der Not geht mancher darauf ein, geht er dann aber früher fort, so läuft er Gefahr, als arbeitslos verhaftet zu werden. Es ist unwürdig, die Notlage der arbeitslosen Wandernden zu derartigen Verträgen auszunutzen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bernstein (Soz.):

Diese Art Wanderfürsorge, wie der Redner sie schilderte, hat etwas Degradierendes für die betreffenden Arbeiter. Viel wertvoller wäre in der Tat die Organisation der Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung. Dänemark wendet für diesen Zweck 300 000 bis 400 000 Kronen auf, das würde für Deutschland 20 bis 30 Millionen bedeuten. Und England hat gleich 20 Millionen für einen Versuch der Arbeitslosenversicherung für das Baugewerbe und die Hafenarbeiter ausgeworfen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da soll man aufhören, davon zu reden, daß das Deutsche Reich als Muster in der Arbeiterfürsorge vorangeht, sondern soll sich das Ausland zum Muster nehmen.

Der Antrag der Kommission wird hierauf angenommen.

Eine Petition, betreffend das Verbot der Vornahme wissenschaftlicher Versuche, die nicht dem Heilwese dienen, an Kranken, wird als Material überwiesen. — Zur Verurteilung wird überwiesen eine Petition auf Beschäftigung weiblicher Jununngsmitglieder. — Als Material überwiesen werden Petitionen, betreffend Kalenderreform und Festlegung des Osterfestes, betreffend Reichsverhältnisse der Berufsvereine (Klagbares Recht auf Erfüllung der Sagenen der Berufsvereine) u. a.

Es folgt eine Petition, betreffend Aenderung des Gesetzes über die Erwerb- und Wirtschaftsgenossenschaften und Verbot des Handels der Beamten.

Die Kommission beantragt Ueberweisung als Material. Ein Antrag Albrecht (Soz.) verlangt Uebergang zur Tagesordnung. Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Eine Petition auf Beseitigung des Rechts der Verwaltungsbehörden gegen die Eintragung eines Vereins Einspruch zu erheben, wenn der Verein „einen politischen sozialpolitischen oder religiösen Zweck verfolgt“ beantragt die Kommission als Material zu überweisen. Ueber eine Reihe anderer Punkte derselben resp. ähnlicher Petitionen betr. Aufhebung verschiedener Paragraphen des Strafgesetzbuches, z. B. über die Majestätsbeleidigungen, betreffend reichsgesetzliche Regelung der Bestimmungen über den Austritt aus der Landeskirche, betr. Aufhebung aller Bestimmungen über die Anrufung Gottes in Eidesformeln, beantragt die Kommission Uebergang zur Tagesordnung. — Ein Antrag Albrecht (Soz.) will als diese Petitionen zur Verurteilung überweisen.

Abg. Heßler (S.): Die Fragen, die hier angeregt sind, werden bei der Revision des Strafgesetzbuches gründlich erörtert werden, und es liegt kein Anlaß vor, die Materie jetzt vorweg zu ordnen. Hinzu kommt, daß die Petitionen, die hier vorgetragen sind, zum Teil ganz Widersprechendes fordern. So verlangt eine Petition gar die Aufhebung des § 167, der mit Strafe den bedroht, der die Teilnahme an Gottesdienst hindert, also eines Paragraphen, der die freie Religionsübung schützen will; eine andere Petition will diesen Paragraphen bestehen lassen. Wie kann man also beide Petitionen zur Verurteilung überweisen! Sollten alle diese

und Seligkeiten des menschwerdenden, die Bajabere Maha zu sich emporgleibenden Gottes nicht recht hineinfinden? Zur Charakteristik dieser fernem Welt tat der Komponist sein Möglichstes.

Und nun schloß das Konzert mit einer preußischen Kronungsantane von Konstantin Bernker. Welche Freude, wenn uns der gut angelegene Komponist mit dem nicht eben ausfichtsvollen Thema künstlerisch veröhnt hätte! Doch nach der ersten, wohl genügenden Hälfte mochte man im stillen alles abbiten, was man jemals gegen Draßke und seinem Schüler kritisch geäußert. Gegen eine solche Schablonenmuff gehalten, könnten die Leiden wahrhaft als die ganz Großen und Eigenen erscheinen. Die Ausführungen aber scheinen dort wie da europäische Energie mit indischem Dulden vereinigt zu haben.

Humor und Satire.

Der Patriot von heute.

Anno achtzehnhundertdreizehn war der Opernman modern, und Herr Michel feiert's gern, muß sich oft vor Mähnung schneuzen, weil die braven Ahnen hätten hingegeben Geld und Gut und dazu ihr eigen Blut, um das Vaterland zu retten. Anno neunzehnhundertdreizehn braucht man wieder Opfereimt, doch Herr Michel diesmal tut sehr verlegen sich betreuzen. Hände weg von den Moneten! sagt der gute Patriot, und für's Vaterland den Tod überläßt er den Proleten.

Notizen.

— Vorträge. Ueber Naturschutz und die kirchlich geschaffene Naturrefervatien (Nationalpark im Engadin) hält Montag, den 10. März, abends 8 1/2 Uhr, im Hörsaal des Museums für Völkerkunde Professor Gustav Hegi einen Vortrag mit Lichtbildern. Eintrittskarten vergibt der Vorsitzende des Schweizer Klubs, Berlin, Verkehrsadnener Str. 24.

— Im Neuen Volks-Theater findet am Freitag die Uraufführung des Stückes „Die Heye“, Schauspiel in 8 Aufzügen von Martha Voigt statt.

— Aktuelle Malerei. Der Segeffensmaler Max Wedmann soll sich mit dem Plan tragen, den Untergang der „Titanic“ zu malen, der — so wird erklärend hinzugefügt — seine dramatische Art solcher starker Saden bedürfe. Der Untergang „Titanic“, den derselbe Künstler früher malte, hat leider nicht bewiesen, daß Wedmann solchen Themen gewachsen ist.

— Das Trivialistische Seminar der Berliner Universität das Jubiläum seines 25jährigen Bestehens. Es steht noch heute unter der Leitung seines Begründers, Prof. v. Bizig, der in Deutschland die entwickelteste bürgerliche Form der Lehre vom Verdragen vertritt.

Kleines Feuilleton.

Miquel, der Sozialist. Miquel hatte es in seinem wandlungsfähigen Leben von Kommunisten bis zum preußischen Minister und Junkerfreund gebracht. Da ist es natürlich begreiflich, daß er später seine „revolutionäre Jugendberührung“ zu vertuschen und, wenn das nicht mehr ging, zu erklären suchte. Unter den Briefen Miquels an seinen nationalliberalen Fraktionsfreund Warquardien, die joesen in den „Süddeutschen Monatsheften“ veröffentlicht werden, findet sich einer (vom 5. Mai 1884), der für diesen alten Buchs besonders charakteristisch ist. Miquel schreibt:

„Ich fürchte, daß bei der Beratung des Soz.-Ges. oder sonst im Reichstage ich, da ich so sehr in den Vordergrund geschoben bin, Gegenstand eines Angriffs seitens der Freisinnigen oder der Sozialdemokraten sein könnte, indem man behauptet, ich sei in meiner Jugend Sozialist gewesen.“

Die Wahrheit ist, daß uns jungen Leuten in Göttingen die Bücher von Broudhon, Fr. Engels und R. Marx in die Hände fielen, und namentlich der Hegelsche Dialektik des letzteren verumachtete wie nicht zu widersprechen. Bei uns allen und namentlich bei mir, der ich viel zu national, historisch und ich kann wohl sagen, verständlich angelegt war, hat dieser Ausläufer von 1848 nicht lange dauerte. Ich wurde der Marxischen Logik bald Herr.

Sollte diese rein theoretische Jugendauffassung erwähnt werden, so möchte ich Sie bitten, darauf nur dies zu erwidern:

„Sie wollten es nicht urgieren, daß es nicht schön sei, einen Abwesenden anzugreifen. Uebrigens habe ich niemals ein Hehl daraus gemacht und allen meinen Freunden sei es bekannt, daß ich, wie damals viele junge Leute in den Jahren nach 1848 fortgerissen durch das Studium der Junghegelischen Philosophie und der französischen und deutschen, damals noch theoretischen sozialistischen Schriftsteller eine Zeitlang mich diesen Anschauungen zugeneigt habe. Ich selbst habe oft davon gesprochen und mit Besriedigung erwähnt, daß als nützliche Frucht dieser Jugendideen die historische Auffassung der Volkswirtschaft und der Unglaube an absolute Wahrheiten derselben übrig geblieben sei. Wie schnell ich mich aus den Banden der sozialistischen Kritik losgelöst, ergebe sich aus einer 80jährigen öffentlichen Tätigkeit, begonnen mit meinem 25. Jahre.“

Der Staatsmann, der nach Bennigsen's Grabrede „niemals im Banne politischer Formen und Dogmen gestanden hat“, gibt hier also zu, daß er aus seiner Verührung mit dem Sozialismus gelernt hat. Aber in einem Punkte tritt er sich (zu seinem Gunsten). Miquel war keineswegs ein theoretischer Wollenschieber in seinem Revolutionsdrange, sondern auch in diesem Punkte durchaus praktischer: er wollte bekanntlich kommunizistische Bauernausstände organisieren. Und als Kommunist und Atheist, als den er sich in seinem Briefe an Karl Marx erklärte, hatte er schon in jungen Jahren begriffen, warum es sich handelte: das hegreiche Aufsteigen einer neuen Klasse. Nur daß ihm die Sache zu lange dauerte, und er es daher vorzog, mit der Bourgeoisie im wärtlichen und übertragenen Sinne Geschäfte zu machen. So brachte er es zum Millionär und Minister — ein Musterbild jener Augberechnenden Kreisläufer und



Petitionen berücksichtigt werden, so müßte ja die Gleichberechtigung der Konfessionen aufgehoben werden. Das können Sie (zu den Sozialdemokraten) doch gar nicht verlangen.

Abg. Thiele (Soz.):

Allerdings fordern wir Freiheit und Schutz für alle Kultur. Wenn wir Aufhebung auch des § 187 verlangen, so fordern wir lediglich die Aufhebung der besonderen strengen Strafbestimmungen bei Religionsstörungen, nicht Straffreiheit, denn die allgemeinen strafrechtlichen Bestimmungen bleiben natürlich bestehen. Notwendig ist ferner die Befreiung des Zwanges der Dissidentenkinder zum Religionsunterricht, ebenso die Befreiung der konfessionellen Eidesformel.

Der Antrag Albrecht (Soz.) wird abgelehnt, der der Kommission angenommen.

Eine Petition des Deutschen Hirschjägerverbandes auf Aufhebung des Verbots des Feilhaltens und Verkaufs von Pferdefleisch in Räumen, wo Fleisch von anderen Tieren feilgehalten wird, beantragt die Kommission, als Material zu übergeben. — Die Abgg. Ablaß (Sp.) und Genossen beantragen Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Reude (Sp.) weist zur Begründung dieses Antrages darauf hin, daß in anderen Ländern der Verkauf von Pferdefleisch zu Genusszwecken überhaupt verboten ist.

Der Antrag Ablaß wird mit großer Mehrheit angenommen.

Hierauf verlagert sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr. (Statnotgesetz, Kolonialetat.)

Schluß 7/7 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

147. Sitzung. Mittwoch, den 5. März 1913, mittags 1 Uhr.

Am Ministertisch: v. Breitenbach.

Vizepräsident Dr. Borch spricht der deutschen Marine und den Hinterbliebenen der bei dem furchtbaren Unglück vor Helgoland ertrunkenen Torpedomannschaft die herzliche Anteilnahme des Hauses aus.

### Der Eisenbahnetat.

Vizepräsident Dr. Borch ersucht die Redner, sich kurz zu fassen, da unbedingt der Etat bis zum 18. April dem Herrenhaus überbringen sein müsse. Die für die Etatsberatung zur Verfügung stehende Zeit ist bereits um 23 Proz. mehr verbraucht worden als in der Ordnung wäre.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.) bringt eine große Anzahl von Beamtenwünschen vor.

Minister v. Breitenbach verteidigt darauf, daß der Etat verschiedenen Beamtenkategorien Verbesserungen bringe. Infolge der Schaffung neuer Stellen können nicht weniger als 2700 Hilfsbeamte in etatsmäßige Stellen aufrücken. Die Mehraufwendungen hierfür betragen über 17 Millionen. Auch die Unterhaltungsabgaben sind wesentlich erhöht worden.

Abg. Sarenhork: Wir wollen an der Befoldungsordnung festhalten, aber ihre Ungerechtigkeiten sollen durch erhöhte Steuerzulagen ausgeglichen werden.

Abg. Delius (Sp.): Die Befoldungsordnung muß geändert werden, namentlich im Interesse der Unterbeamten; und wendet sich gegen das in der deutschen Beamtenchaft Gott sei Dank vereingelte Vorgehen des Abg. v. Albeden, der als früherer Vorsitzender des Militärämterbundes einen Kollegen demütiert hat, so daß dieser strafweise versetzt wurde. In Stendal hat man eine Steuerzulage abgelehnt, weil ja die Steuerung „demnach aufhöre“. Der Redner fordert Beamtenausfälle und Verbesserung der Anleihegeschäfte durch Benutzung der Schreibmaschine. Den Arbeiterausfällen stehen die Vorgesetzten nicht immer sympathisch gegenüber. Der Minister sollte mit den Organisationen Fühlung nehmen. Wir brauchen eine einheitliche Regelung der Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter im ganzen Lande.

Abg. Leinert (Soz.):

Zum Eisenbahnetat sind eine große Anzahl von Petitionen eingereicht, die damit begründet werden, daß die Beamten mit ihrer Befoldung nicht auskommen können. Immer wird darauf geantwortet, es müsse bei der Befoldungsordnung von 1909 bleiben. Keine Beamtenkategorie ist mit ihr zufrieden und bei den Unterbeamten herrscht infolge der Steuerung Not. Zu ihrer Abhilfe wäre mindestens eine Steuerzulage nötig, aber nicht eine von 10, 20 oder 30 M. im Jahr. Es ist aber auch eine dauernde Aufbesserung

erforderlich. Wir sehen nicht ein, warum jedes Jahr so viele Millionen in den Ausgleichsfonds fließen müssen, während die Beamten, die sie erarbeiten, sich in drückender Notlage befinden. Da sollte man einmal so herzlich zu fassen, wie man es beim Militarismus tut. Hoffentlich geht es mit den Sympathiebetreibungen der Parteien den Beamten nicht so, wie den Reichsbeamten, denen man einst vor den Wahlen die Bereitwilligkeit zur Aufbesserung ihrer Gehälter ausdrücklich zugesagt hat; ich wünsche den Beamten, daß sie von dem auf 5 Jahre gewählten Abgeordnetenhaus, das mit Hilfe der zur Wahl kommandierten Beamten zusammengebracht wird,

nicht eine solche bittere Enttäuschung

erleben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Minister hat ausgeführt, daß in den letzten 10 Jahren die Durchschnittslohnsumme um 483 Millionen Mark gestiegen sei und daß der Durchschnittslohn seit 1903 von 1473 auf 1902 Mark, also um 29 Prozent gestiegen sei. Was will es denn bedeuten, wenn aus der Zusammenrechnung des gesamten Eisenbahnpersonals eine solche Aufbesserung herausgerechnet wird? Da ist doch auch die Befoldungsordnung inbegriffen, die den höheren Beamten viel mehr Zulage gebracht hat, als die Unterbeamten überhaupt Gehalt bekommen. In der Tat betragen die Höchsthöhne für Wohnunterhaltungsarbeiter, die sie nach 10- bis 15jähriger Tätigkeit erhalten, in Berlin 3,80 bis 4,40 M., in Kiel 3,20 bis 3,80, in Breslau 2,80 bis 3,20, in Gagen i. B. 3,00 bis 4,00, in Wodum 3,70 bis 4,20, in Frankfurt 3,40 bis 4,20, in Magdeburg 3,00 bis 3,60. Wer will das als ausreichende Befoldung erklären. Aber daneben gibt es auch noch Löhne von 2,90 bis 2,60 im Direktionsbezirk Altona, 3,00 bis 3,80 im Bezirk Berlin, 2,10 bis 2,60 in Breslau, 2,00 bis 2,50 in Bromberg, 1,90 bis 2,40 in Halle und 1,40 bis 2,80 in Hannover. Wer solche Löhne als ausreichend bezeichnet, hat keinen Begriff davon, was zur Fristung eines menschlichen Lebens notwendig ist. Nach der Uebersicht der Abteilung B der Eisenbahnpensionskasse gehörten den Lohnklassen bis 1050 M. an 1910 40,23 Proz., 1911 34,90 Proz., den Lohnklassen von 1050 bis 1200 M.: 18,73 bezw. 18,42 Proz., also hatten 88,96 bezw. 83,41 Proz. Löhne bis 1200 M. und 75 bezw. 70 Proz. Löhne bis 1500 M. und nur 10,61 bezw. 14,84 Proz. Löhne über 1500 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Minister hat in der Kommission die Kottenarbeiter wegen ihrer ruhigen Haltung und Mäßigung seiner besonderen Sympathie versichert. Nun ihr Durchschnittslohn betrug 1895 597 M. und ist seitdem bis auf 930 M. gestiegen. Das haben die Kottenarbeiter durch ihre oben so beliebte Mäßigung erreicht! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine Betrachtung der durchschnittlichen Gesamtlohnsumme ergibt, daß der Durchschnittslohn von 1905 bis 1912 um 18 P. von 3,51 auf 3,69 gestiegen ist. Das nennt die Verwaltung eine erhebliche Lohnerhöhung! Man hat das Stückzahlverfahren eingeführt, andererseits aber die Arbeiter durch die Neuordnung ganz und gar der Willkür der Vorgesetzten preisgegeben.

In einer um 1912 zugegangenen Denkschrift wurde erklärt, daß sich bei den Werkstattarbeitern mehr und mehr das Verlangen geltend mache, mit zunehmendem Beschäftigungs- und Lohndienstaaler planmäßig bis zu einem angemessenen Höchsteinkommen

zu steigen, die Staatseisenbahnverwaltung sei diesem Verlangen stets entgegengekommen, das für Beamte und Arbeiter die Regel bilde. In der kirchlich ausgegebenen Lohnordnung aber wird den Beamten direkt verboten, den Arbeitern irgendwelche derartige Zusicherungen zu machen. (Hört! hört! links.) Hier gibt also der Minister vollständig das auf, was er 1912 erklärt hat. Er hat in der Budgetkommission gesagt, daß die Staatseisenbahnverwaltung sich bemühe, den Lohnmäßig der Privatindustrie zu folgen. Wir fordern, daß sie ihr Vorangehe und es ist merkwürdig, daß kein bürgerlicher Redner dieser Meinung ist. Im Reichstag hat sich gestern der Weheime Admittalrat Harms ausdrücklich dazu bekannt! Die Forderung, daß die Eisenbahnverwaltung mindestens den ortsüblichen Tagelohn bezahlen soll, hat der Minister damit abgewiesen, daß an vielen Orten der ortsübliche Tagelohn niedriger sei, als die wirklich bezahlten Löhne. Natürlich bezieht sich diese Forderung doch nicht auf diese Orte, sondern nur auf die, wo der ortsübliche Tagelohn höher ist als der wirkliche Lohn! Wenn der Minister weiter gesagt hat, daß der ortsübliche Tagelohn nur für gewöhnliche Handarbeiter, nicht aber für ständige Arbeiter gelte, so befindet er sich im Widerspruch mit den Behörden, die die ortsüblichen Tagelöhne zu Versicherungszwecken festlegen. — In der Kommission hat man ein großes Mithmens aus den Lohnhöfungen und der Aufwendung von 28,8 Millionen Mark hierfür gemacht. Sind aber danach die 28.000 neu eingestellten Personen inbegriffen? Es werden jetzt 543.444 Personen bei der Eisenbahnverwaltung beschäftigt, infolge der Verkürzung der Arbeitszeit um 8900 mehr. Wir erkennen gewiß an, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit stattfinden soll, aber wenn die Arbeitszeit des Lokomotivpersonals von 300 auf 270 Stunden pro Monat herabgesetzt werden soll, so bedeutet das noch keineswegs den Reinstundentag für dieses Personal, das ja sonst überhaupt keinen einzigen freien Tag im Monat haben würde. Der Etat enthält 10.368 Beamtenstellen mehr, im ganzen 197.048. Hilfsbedienstete und Vertriebsarbeiter sind 877.592, also 180.500 von ihnen sind nicht angestellt. Bei einem Mehr von 28.000 Personen werden nur 7303 neue Unterbeamtenstellen geschaffen. In den letzten Jahren sind aus der Abteilung B der Pensionskasse immer nur zwischen 3 und 4000 Personen ausgeschieden, die Beamte geworden sind. Also, die Aussicht der Arbeiter, Beamte zu werden, ist sehr gering und oftmals haben sie dann als Beamte geringere Einkünfte, wie zuletzt als Hilfsbedienstete, müssen aber dabei noch Pensionsbeiträge zahlen, obgleich sie kaum pensionsberechtigt werden dürften. Sie müssen weiter mehr auf „standesgemäßen“ Haushalt aufwenden. Die Hoffnung, Unterbeamte zu werden, wird vielfach als Anreizmittel, ähnlich wie das Bündel Heu, das ein Ausländer seinem müden Gaul durch eine sinnreiche Vorrichtung vor die Nase hing und dem der Gaul dann immer nachstrebte. (Heiterkeit.) Schwere Klagen erheben die Beamten über die verschiedenartige Anrechnung der Militärdienstzeit, die nur denjenigen angerechnet wird, die schon vor ihrer Einstellung in den Eisenbahndienst beim Militär waren oder sich gleich nach ihrem Austritt aus dem Militärdienst bei der Eisenbahnverwaltung meldeten. Hierdurch werden manche älteren Beamten zurückgestellt, wie es überhaupt in der ganzen Anstellung keinerlei Rechtsnormen gibt. Wenn schon die Militärdienstjahre als Dienstjahre angerechnet werden, dann muß das bei allen geschehen, gleichgültig wann sie eingestellt wurden. Im Gegenzug zur Postverwaltung werden auch die Besitzer des Zinderverorgungsscheins sofort ohne jede Wartezeit eingestellt, während bei der Postverwaltung die bisher beschäftigten Beamten immer vorgezogen werden. Die tiefe Erregung der Eisenbahnbeamten hierüber wird durch disziplinäre Mittel niedergehalten. Die vorgesehene Verkürzung der Arbeitszeit ist kein besonderes Geschenk an die Beamten und Arbeiter, sondern liegt im Interesse des Betriebes. Ueber 80 Prozent der Beamten und Arbeiter haben über 10 Stunden Arbeitszeit täglich. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) 150.000 Arbeiter haben nur einen Ruhetag im Monat.

Ueberhaupt hat mehr als die Hälfte aller bei der Bahn Beschäftigten weniger als zwei Ruhetage im Monat (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Es muß dahin kommen, daß jeder Eisenbahnangestellte jede Woche auch einen Ruhetag hat (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Ueberstunden werden bei der Bahn nicht einmal bezahlt. Bei den Verlethodungen im Ruhrrevier soll für Ueberstunden 1 Million an Unterstühtungen gezahlt worden sein. Das hört sich ja sehr schön an. Aber wie ist denn diese Summe verteilt worden? Etwa auch nach dem Grundtag, daß wenn es Unterstühtungen regnet, es zuerst die oberen Beamten merken und zu den Unterbeamten nur einige Tropfen durchsickern? (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Verlethodungen sind doch nicht auf die Unterbeamten zurückzuführen, wohl aber haben die Unterbeamten mit Draufgabe ihrer freien Zeit die Störungen beseitigen helfen. Wahrscheinlich liegen die Dinge bei der Berliner Güterexpedition, wo im Durchschnitt zwei bis drei Stunden Ueberstunden täglich gemacht werden müssen. Die Folge dieser Ueberanstrengungen sind häufig Krankheiten und für die erkrankten Beamten müssen die anderen angestrengter arbeiten. Von einer Vermehrung des Personals ist da nichts zu merken. Auch die Behandlung der Eisenbahnarbeiter läßt noch viel zu wünschen übrig. In Schladen hat ein 70jähriger Arbeiter jetzt endlich die Altersrente erhalten und um diesen Betrag hat man dem alten Mann seine Bezüge gekürzt. Das ist der Dank der Eisenbahnverwaltung für die lange Dienstzeit. Das ist das allertollste, was ich bisher erlebt habe. (Abg. Hoffmann: Es ist ein Skandal!) Am Unterstühtungen zu erhalten, müssen die Arbeiter haarlein ihre gesamten Verhältnisse angeben. Dinge, die man oft dem besten Freunde vorenthält. Darin schnüffeln nun die Vorgesetzten herum. Es gibt viele Arbeiter, die eine Unterstühtung dringend nötig hätten. Sie halten es aber für unter ihrer Würde, in dieser Weise ausführlich ihre Familienverhältnisse anderen Leuten zu unterbreiten. Wenn Arbeiter in Beamtenstellen aufrücken wollen, müssen sie sich einer Prüfung unterziehen. Aber es werden ihm oft ganz überflüssig harte Bedingungen auferlegt. Gewiß sollen die Lokomotivführer geprüft werden, ehe ihnen die Leitung von Zügen anvertraut werden. Aber es wird darüber gellagt, daß die Prüfungskommissionen ganz willkürlich urteilen und die Prüflinge schikanieren. So werden ihnen Farben gezeigt, die der Prüfling bezeichnen soll. Er kann sagen, was er will, der Prüfungskommissar kann jedesmal die Antwort als falsch bezeichnen, weil eben die Farbe undefinierbar ist. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Bahn mischt sich allzusehr in die persönlichen Verhältnisse ihrer Arbeiter ein. Bahnarbeiter, die natürlich patriotische Konsumvereine leiten, dürfen dafür keine Vergütung erhalten? Weshalb das? Und weshalb gilt das nicht auch für die Oberbeamten? (Sehr richtig! links.) Oberbeamte begehren aber allerlei Nebenbezüge. Aber immer wieder sehen wir, daß nur die Unterbeamten und Arbeiter bevormundet werden. Dann die Arbeiterausfälle. Es ist den Ausschußmitgliedern verboten, sich mit den Arbeitern in Verbindung zu setzen. Damit verliert die ganze Einrichtung ihren Wert und wird zu einer

bloßen Dekoration.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vielen dieser Mitglieder ist längst die Lust vergangen, noch weiter als Staffage zu dienen. Der Abg. Weher verlangte gestern ein besonderes Staatsarbeiterrecht. Zum Glück kann dieses Recht nicht von diesem Hause gemacht werden. Das wäre Reichsache. Ein solches Recht müßte auch die Pflichten der Eisenbahnverwaltung enthalten. Wie würde ein Staatsarbeiterrecht aussehen, das von den Mehrheitsparteien dieses Hauses gemacht würde mit ihren um mehr als 200 Jahre zurückliegenden Anschauungen über das Arbeiterrecht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.) Das hiesse ja den Rod zum Gärtner machen. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Bei den Technikern bebauern wir, daß im Ruhrrevier der Minister in der Beschränkung der Rechte der Techniker mit den Scharfmachern an einem

Strang zieht. Die Verwaltung ließ ihren Terrorismus spielen und die Techniker mußten auf das Streikrecht verzichten. Der Minister hat sich in diesem Fall als ein Ultrareaktionär gezeigt. Es ist ja vieles anders und nicht besser geworden. Unter Minister v. Budde konnte jeder Eisenbahner politisch nach seiner Fasson selbstig werden, nur in den Betrieben duldete er keine Agitation. Minister v. Budde hat ausdrücklich gegen die Zugehörigkeit zu einer freien Gewerkschaft nichts einzuwenden gehabt. Dann aber kam eine immer weitergehende Beschränkung der Arbeiterrechte: die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie wurde verboten, dann die Zugehörigkeit zu ordnungsföndlichen Vereinen und endlich wurde auch die lockere Zugehörigkeit zu jeder Organisation verboten, die das Streikrecht nicht ausschließt. Die Folge dieser politischen Bevormundung ist eine

unerhörte Schnüffelrei

und ein blühendes Epichel- und Demunzianenwesen. Einfache Beschuldigungen gegen Leute, die gar keine Sozialdemokraten waren, haben genügt, um Leute, die Jahrzehnte bei der Bahn tätig waren, aufs Strafenspalast zu werfen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das dümmste Zeug, was über die Sozialdemokratie zusammengeklungen wird, wird auf Grund von Epichelansagen oben gellaut. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Epichel werden besördert. Einem Arbeiter wurde verboten, bei seinen Eltern zu wohnen, weil in deren Gasthaus Sozialdemokraten verkehrten. So erhält diese Verwaltung den Arbeitern die Familie. Sie zwingt weiter ihre Kottenarbeiter gegen ihr Ehrgefühl zum Streikbruch bei Speditionsfreien, wofür der Redner mehrere Fälle anführt. Den Streikenden der Firma „Mercedes“ in Thüringen wurde die Benutzung ihrer Arbeiterfahrkarten verweigert. Die Verwaltung macht sich den ganzen Terrorismus der Scharfmacher zu eigen.

In Lauban demunzierte eine geistesranke Frau ihren Mann, einen Werkstattarbeiter, als Organisierten, dem man das Anklamaterial vorenthält, das sei — „Ehrensache“. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Mann konnte nur erklären, nicht organisiert zu sein. Er besitzt das Allgemeine Ehrenzeichen, er wurde entlassen, weil eine wahnsinnige Frau einen angeblich an ihn gerichteten Brief der Polizei zu Demunzationszwecken übergeben hatte. Die Eisenbahndirektion hat die Wiederanstellung des Arbeiters abgelehnt, weil seine Zugehörigkeit zu einer sozialdemokratischen Organisation festgestellt sei. Die Eisenbahndirektion steht also mit der Polizei in Verbindung, sie betreibt die

niederträchtigste Spionage gegen die Gefinnung.

(Wo! rechts. — Abgeordneter Sträßel: Ja wohl, auf Ihren Wunsch.) Die Krone ist ja die Verkürzung der Frankfurter Direktion, daß jede Versammlung der Arbeiter ihr 14 Tage vorher bekannt gegeben werden muß; Anträge und Reden der Arbeiter seien unzulässig. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Beamten müssen in die Versammlungen gehen, um zu verhindern, daß etwas gegen die Verwaltung gesagt werden kann, um zu demunzieren — nicht, um sich zu informieren, um die Arbeiter einzuschütern, daß sie ihre Klagen nicht auszusprechen wagen und dann sagen Sie, die Arbeiter sind so zufrieden.

Höher geht der Terrorismus nicht mehr. Die Arbeiter werden behandelt

wie Böglinge einer Kleinkinderbewahranstalt,

sie stehen unter der empörendsten Polizeiaufsicht. Menschenwürde, Geiz und Recht gibt es da nicht, nur die Verfügungen des Ministers regieren, die Arbeiter werden durch dieses System zu mardelosen Kreaturen des Ministers gemacht. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Minister v. Breitenbach: Diese Rede sollte nur die als müßergültig vom Lande angesehene Verwaltung vor dem Lande und vor der Welt diskreditieren. Aber unsere Beamten und Arbeiter haben nur darüber (lärmendes Bravo! rechts) über diese unrichtigen Behauptungen (lärmender Beifall rechts). Ich kann mich nur freuen, daß die Sozialdemokraten durch solche Exzesse Aufklärungsarbeit leisten bei unserem Personal, das sich doch nicht zum Eisenbahndienst drängen würde, wenn die Verhältnisse menschlich unwürdig wären. (Lofender Beifall rechts — Zurufe der Soz.: Exzesse? Will der Präsident uns schlagen? Vizepräsi. Dr. Krause: Ja habe die sehr scharfen Ausführungen des Abg. Leinert ungestört gelassen, enthalten auch Sie sich jetzt solcher Bemerkungen!)

Die Ausführungen des Abg. Leinert über die Löhne waren vielfach mißverständlich. Wie hat er die Lohnordnung erlangt? Die Arbeiterlöhne steigen — aber natürlich nur bei guten Leistungen, das ist überall so, ob Staats- oder Privatbetrieb. — Die Lohnsteigerungen haben fast alle Arbeiterkategorien gleichmäßig betroffen. Die Zahl der Arbeiter in den geringsten Lohnstufen geht zurück. Die Berechnung des Herrn Abg. Leinert über das Aufsteigen der Arbeiter in Beamtenstellen ist total falsch. (Zuruf rechts: Wie alles, was er sagt.) 46 Proz. der Arbeiter können zu Beamten aufrücken — aber freilich der Sozialdemokratie ist diese Feststellung unangenehm, denn diese Tatsache kann der sozialdemokratischen Agitation nur entgegenwirken. (Beifall bei der Mehrheit.) Die Verkürzung der Arbeitszeit und die Vermehrung der Ruhetage ist ein außerordentlicher Fortschritt und wird von dem Personal als solcher gewertet. Abg. Leinert verächtlich die Verwaltung durch die Frage, was mit der Million für Unterstühtungen geschieht sei. Ihre Verwendung ist nachgewiesen. Die massenhaften Zahlen des Herrn Leinert kann ich im Augenblick nicht kontrollieren. Aber wenn er sich für eine Anzahl Entlassener so einzieht, so kann ich nach Bräunlingen, ohne den Einzelnen zu kennen, sagen, daß die Verwaltung wohl einwandfrei vorgegangen sein dürfte. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit. — Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das ist bezeichnend!) Wenn hier und da mal ein Fehler eines Beamten objektiv geprüft werden. (Abg. Liebhuch: Nach Ihren früheren Worten?) Aus der Fühlungnahme mit der Polizei ist uns kein Vorwurf zu machen, es ist doch selbstverständlich, daß wir unser Personal vor der Sozialdemokratie schützen müssen. Wir dürften auch unsere Techniker nicht einem Verband beitreten lassen, der das Streikrecht fordert. (Zuruf der Sozialdemokraten: Warum denn nicht? — Lachen rechts, Gegenruf: Na und wenn im „Vortwärts“ gestreikt wird?) Unser Personal hat volles Vertrauen zur Verwaltung und daran scheitern alle Bestrebungen der Sozialdemokratie. (Beifall rechts. — Zurufe der Sozialdemokratie: Und die Epichel? Ueber die Epichel habe ich nichts zu sagen. (Bravo! rechts.) Die von Herrn Leinert zitierte Äußerung meines Vorgängers v. Budde, daß jeder wählen kann, wie er will, hat er selbst dahin deklariert, daß er nicht den Beamten nachgeben werde bei ihrer Wahl zwischen den einzelnen bürgerlichen Parteien. Die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie aber — darüber sind alle bürgerlichen Parteien einig — ist unvereinbar mit der Zugehörigkeit zum Eisenbahnpersonal. (Großer wiederholter Beifall bei der Mehrheit. — Zurufe der Sozialdemokraten: „Wenn Sie wählten! Vogelstraub' polit!“)

Das Haus verlagert die Weiterberatung auf morgen Donnerstag 10 Uhr vormittags.

Schluß nach 6 Uhr abends.

## Parlamentarisches.

Etatnotgesetz und Kolonialetat.

Die Budgetkommission des Reichstags besuchte sich am Mittwoch mit dem Etatnotgesetz, das erforderlich wurde, weil der Etat nicht rechtzeitig verabschiedet werden kann. Für die Truppen im Oden Deutschlands fordert die Regierung unersetzlich einen Armeinspektur, der zur Erhöhung der Kriegsbereitschaft angeblich dringend notwendig ist. Unsere Genossen und ein Teil des Sen-



Trums wollten über diese Forderung erst bei der Militärkonferenz beraten, und bekämpften es, daß dem neuen Armeespektur eine jährliche Mietenabgabe von 15 000 M. gegeben werden soll. Die Kommission bewilligte schließlich 10 000 M. Die Opposition gegen den neuen Armeespektur bekämpfte der Kriegsminister auch durch den Hinweis, daß es in je engerer Zeit doch einen sehr peinlichen Eindruck machen müßte, wenn die Kommission dem verantwortlichen Kriegsminister seinen Mandat schenkt, der den Inspektur als sofort unbedingt erforderlich erachtet. Da zwei Zentrumsabgeordnete (Kürst Löwenstein und Freiberger v. Massen) für den Inspektur stimmten, wurde er bewilligt. Etwa 2 Millionen soll das Reich für ein Dienstgebäude des Militärkabinetts und für eine Villa für den Chef des Kabinetts aufwenden. — Abg. Stücken übte lebhaften Kritik an solchen militärischen Vorhaben, die nicht zu rechtfertigen seien. Die Beschlußfassung wurde ausgesetzt.

Bei der Weiterberatung des Etats für Südwestafrika forderten unsere Genossen, unterliegt vom Zentrum, eine Verminderung der 2000 Mann starken Schutztruppe, da Aufstandsgefahren nicht mehr beständen. Es lebten ja nur noch 80 000 Eingeborene in dem gewaltigen Gebiet der Kolonie. Die Truppe kostet enorm viel Geld, die Pensionen steigen. Durch ein Wehrgesetz sollen die Weihen zum Schutz des Landes herangezogen werden, außerdem ist eine starke Landespolizei vorhanden. Der Wehrordnung will die Regierung nur dann zustimmen, wenn der Reichstag darauf verzichtet, in die oberste Kommandoebene des Kaisers einzugreifen. Für diesen Verzicht ist aber gegenwärtig eine Mehrheit nicht zu haben. — Annahme fand eine völkerverständliche Resolution, die eine anderweitige Regelung der Kostenzahlung für Schutztruppe und Landespolizei zwischen Reich und Kolonie wünscht; ferner eine sozialdemokratische Resolution, daß die nach Kamerun verbannten Hottentotten in ihre Heimat zurückkehren und dort gemäß ihren früheren Lebensgewohnheiten wieder angesiedelt werden.

### Wohnungskommission.

Zu einer Aussprache über die neue Situation, die durch das Vorgehen Preußens auf dem Gebiet des Wohnungswesens geschaffen wurde, trat die Wohnungskommission des Reichstags am Mittwoch wieder zusammen. Die Mehrheit war sich darüber einig, daß noch wie vor an einer einheitlichen Regelung dieser wichtigen Frage durch das Reich festzuhalten sei. Die Kommission trat dann in eine Generaldebatte ein, die folgende Forderungen zur Grundlage hatte: Schaffung einer Reichswohnungstatistik, Regelung des Darlehens, des Erbschaftsrechts und der Verwendung reichsweiser Geländes für den Bau von Kleinwohnungen. Eine Unterkommission soll nun eine Resolution ausarbeiten, die zu der dritten Lesung des Etats des Innern dem Reichstage unterbreitet werden wird.

### Die Konkurrenzklausel.

Durch einstimmige Beschlüsse der Reichstagskommissionen wurden am Mittwoch die §§ 75a, 75b der Regierungsvorlage gestrichen. Beide Paragraphen enthielten sonderbare Vergünstigungen für die Prinzipale. Nach § 75a sollten sie berechtigt sein, vor Ablauf des Anstellungsvertrages auf die Konkurrenzklausel zu verzichten, wodurch der Angestellte auch das Recht auf die Entschädigung einbüßte. Nach § 75b sollte eine Konkurrenzklausel ohne die gesetzliche Entschädigung des Gehilfen vereinbart werden können für Stellen außerhalb Europas, für Stellen mit mehr als 8000 Mark Jahresgehalt und drittens, wenn die sogenannte kleine Konkurrenzklausel nur für ein Jahr und nur für einen Umkreis von 2 Kilometer gelten sollte. — Ein Zentrumsantrag, nach welchem der Angestellte berechtigt sein sollte, während der Anstellungszeit wegen veränderter Geschäftsverhältnisse auf Aufhebung des Wettbewerbsvertrags zu klagen, wurde als praktisch bedeutungslos ebenfalls abgelehnt.

Infolge der Osterferien wird die nächste Sitzung am 3. April abgehalten.

### Aus der Wahlprüfungskommission.

Die Wahl des Abg. Frommer (L.) wurde für gültig erklärt. — Dagegen wurde die Wahl des Abg. Feus (Soz.) beanstandet und Wiederbeurteilung beschlossen. Wenn, was nicht anzunehmen ist, alle Behauptungen des Protestes als wahr erwiesen werden sollten, dann würden dem Genossen Feus acht Stimmen an der Mehrheit fehlen.

## Aus der Partei.

### Den „Staatsdienern“

leistete am Dienstag in der Stadterordnetenversammlung in Frankfurt a. M. der zum Stadtrat gewählte Genosse Benno Schmidt, Oberbürgermeister Voigt, der den neuen Stadtrat in Eid und Pflicht nahm, und auch der Stadterordnetenvorsitzer Geh. Justizrat Friedleben hoben in ihren Begrüßungsworten die bisherige objektive und erfolgreiche Tätigkeit unseres Genossen anerkennend hervor, die die beste Gewähr biete, daß Schmidt auch im Magistrat der Stadt gute Dienste leisten werde.

### Jaurès gegen die Andlerischen Fälschungen.

Paris, 4. März. (Fig. Ber.) In der heutigen „Humanité“ schreibt Jaurès über die von der reaktionären Presse so ausgedeuteten Andlerischen Artikel: „Der Temps“ hält mir vor, daß ich noch nicht direkt geantwortet hätte. Das ist wahr. Denn ich wollte mich gegenüber einem Manne wie Andler nicht darauf beschränken, seine Irrtümer aufzuzeigen — Irrtümer in der Interpretation und Irrtümer im Tatsächlichen —, sondern wollte ihre psychologische Ursache, ihren tiefen Grund darlegen. Aber da er der große Lieferant des Giftes geworden ist, das man gegen uns herumträgt, da seine unwahrscheinlichen Kapriolen, seine Paradoxe und falschen und verstümmelten Zitate die eigentliche Quelle der schlimmsten Nationalisten geworden sind, will ich heute schon an einem präzisen Beispiel zeigen, wie seine wissenschaftliche Methode beschaffen ist.

In seinem Artikel über den „imperialistischen Sozialismus“ sagt er von Bebel folgendes: Was aber neu ist, ist sein Ausdruck auf dem Jenaer Parteitag: „Die Frage der Abrüstung wird uns nicht mehr trennen. Nicht abrüsten, sondern aufrüsten ist die Parole.“ — Das ist die gefegnete Phrase, die die Feinde des Sozialismus, von den Journalisten des „Temps“ bis zu Herrn Aulard, dem strengen Historiker, wiederholen, kolportieren, kommentieren. Sie alle operieren, auf Andler gestützt. Nun, das Zitat ist falsch, zweimal falsch. Sein Sinn ist gefälscht und sein Text desgleichen. In seiner Holographie, von allen vorangehenden Sätzen und von allen historischen Umständen, die es erklären, abgelöst, sieht es wie eine einseitige Zustimmung der deutschen Sozialdemokratie zum verbrecherischen Rüstungswahnsinn aus. Aber Bebel spielte hier auf die Vorschläge der englischen Liberalen über die Einschränkung der Rüstungen an. Die weit aus überwiegende Mehrheit der deutschen Sozialdemokraten hatte es der Reichsregierung überlassen, diese Vorschläge nicht anzunehmen zu haben. Einige indes hatten sich gefragt, ob diese Vorschläge ernstgemeint seien, ob sie mitten im kapitalistischen Weltkampf aufrichtig und wirksam sein könnten. Und Bebel, der nach dem Coup von Agadir und der scharfen Antwort Lloyd Georges sprach, sagte mit bitterer Ironie und hartem Optimismus: Wir werden nicht mehr den Wert der Vorschläge von teilweisem Abrüstung zu messen haben. Heberall ist nur noch die Rede davon, die Rüstungen zu verstärken. Nun — im Artikel des Philosophen und Philosophen Andler findet sich nicht ein Wort und ebenso keines im Artikel des Historikers Aulard, das er ermöglichen würde, den Sinn des Satzes zu erfassen. Ich spreche nicht vom „Temps“, der weder Philosoph, noch Historiker, dafür manches andere ist.

Was aber noch viel schwerwiegender, ja wahrhaft er-

schreckend ist, ist die Tatsache, daß sowohl Andler, wie Aulard und der „Temps“ aus dem von ihnen scheinbar wörtlich zitierten Bebelischen Satz vier Worte ausgelassen haben, die dem Einfältigsten ermöglich hätten, den wahren Sinn zu erfassen, und den Verstandenen gezwungen hätten, ihn anzuerkennen. Bebel hat nicht gesagt: „Die Parole ist, nicht abrüsten, sondern: „Für das bürgerliche Europa ist die Parole...“ Ich habe das stenographische Protokoll des Parteitages von Jena vor mir liegen, auf das sich der Philosoph Andler, der Historiker Aulard und der „Temps“ beziehen. Der Satz, den sie derart amputiert und gefälscht haben, steht auf Seite 171 oben. Das Buch steht zu ihrer Verfügung. Niemals haben wissenschaftliche Autoritäten mit mehr Leichtfertigkeit gehandelt.

„Für das bürgerliche Europa.“ Diese Worte, die Andler, Aulard, der „Temps“ und ihr ganzes Gefolge aus Bebel's Satz gestrichen haben, ist wahrlich der Wahlspruch ihres Handelns. Alle miteinander, die einen, ohne es zu wollen, die anderen mit Bewußtsein, haben für das bourgeoise und reaktionäre, für das militaristische und chauvinistische, für das barbarische, blödsinnige und gemaltätige Europa gearbeitet. Sie haben die Mißverständnisse verdichtet, die die Völker voneinander scheiden. Sie haben versucht, den Bruch zwischen den Teilen des Proletariats zu säen, die die Kultur und den Frieden nur durch die gemeinsame Aktion retten können. Aber sie werden keinen Erfolg haben, und gegen die geschichtliche Wahrheit werden verümmelte Nitate nichts ausrichten. Den Glanz, der aus dem französisch-deutschen Manifest ausstrahlt, werden sie nicht verdunkeln.“

### Aus der italienischen Partei.

Rom, den 3. März. (Fig. Ber.) Der auf Grund seiner Sympathien für den liboschen Feldzug aus der Partei ausgeschlossene Abgeordnete Podrecca hat seinem Wahlkreise Ludrio sein Mandat zur Verfügung gestellt. Nachdem die Parteisektionen bereits erklärt hatten, an seiner Stelle den ländlichen Organisator, Genossen Massarenti, zu proklamieren, hatten die Gewerkschaften des Kreises den Wunsch geäußert, Podrecca auch weiterhin als Abgeordneten zu haben. Der lokale Gewerkschaftsverband, der am 2. März über diese Frage entscheiden sollte und an dem auch Bisjola teilnahm, ergrub aber eine starke Mehrheit zugunsten des Parteikandidaten Massarenti.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das Straffkonto der sozialdemokratischen Presse wurde im Monat Februar d. J. recht erheblich belastet. Während im Januar bei fünfzehn Verurteilungen an Strafen verhängt wurden 2005 M. Geld- und 2 Wochen Gefängnisstrafe, zeigt der drei Tage längere Februar 8 Monate, 8 Wochen Gefängnis- und 1820 M. Geldstrafe! Es wurden achtzehn Freiprozesse bekannt, davon endete nur einer mit der Freisprechung des Angeklagten. Im Februar 1912 hatten die Justizaktionen gegen die Arbeiterpresse folgendes Resultat: 1655 M. Geldstrafe und 5 Monate Gefängnisstrafe bei 15 Prozessen. Der Verfolgungshurs ist also heute härter denn je.

## Jugendbewegung.

### Eine Angstparade.

Man schreibt uns aus Stuttgart: Erbauliche Einzelheiten werden nachträglich noch vom „Jugenddeutschland“ in Stuttgart am Sonntag, den 2. März, bekannt. Die „Parade“ machte einen geradezu schlagigen Eindruck. Aus ganz Württemberg hatte man die „Jugendmannschaften“ zusammengetrommelt und gepiffen. Gratisfahrt auf der Eisenbahn, ein leidvoller Herzog mit einem Generalstab, der zur Seite, vor dem man Parade marschieren durfte — wenn das nicht zieht, zieht gar nichts mehr! Und das Resultat? Nach offizieller Angabe 5000 „Jugendmannschaften“ aus ganz Württemberg! Leute, die auch schäßen können, meinen, so etwa 1000 dürften dabei zurecht oder doppelt gerechnet sein. Und der Rest? Zum großen Teil Buben von 10 und 11 Jahren, anscheinend ländliche Schulklassen, die die Gelegenheit benützt haben, um unter der Führung des Herrn Lehrers oder des Geistlichen eine Gratsfahrt nach Stuttgart zu machen. Eine Fahrt nach Stuttgart ist nämlich der höchste Wunsch der Dorfjugend Württembergs, ein Ereignis, das alter Tradition zufolge sonst nur am Tage nach der Konfirmation zur Tatsache wird. Den Buben kann man wirklich nicht verübeln, daß sie diese billige Gelegenheit, ihres Herzens Sehnen zu stillen, ausgenützt haben. Die Arrangements des Spektakels sind für diesen Mißbrauch der Jugend zu politischen Zwecken auch hart genug gestraft worden. Solch große Angst wie bei der Parade haben sie wohl im Leben nicht ausgelebt. Es hatte sich nämlich das Gerücht verbreitet, die „Roten“ wollten einen „Kriegertischen Heberfall“ auf „Jugenddeutschland“ veranlassen. Der Volkstiel die Aufgabe zu, die parodierenden „Massen“ mit samt ihrem Generalstab sicher zu behüten. Zu dem Zweck war die gesamte Polizeimacht Stuttgarts aufgeboten. Eine dicke Kette von Schuppleuten, alle schwer bewaffnet, schloß alle Zugangsstraßen zum Schloß ab. Die Stuttgarter Polizei fühlte sich allein aber nicht stark genug, dem drohenden „Ansturm“ der Roten zu begegnen. Auch die Gendarmerie des Landes war mobilisiert, ein starkes Korps zusammengezogen und am Schloßplatz in Reserve gestellt worden. Als die ersten Nachrichten von dem Riesenschauspiel der Demonstrationen versammelten der Arbeiterschaft einliefen, stand die Nervosität aufs höchste. Manah biederer Schullehrer vom Land witterte schon Pulver und Blutgeruch. Aber — Gott sei Dank! — die Gefahr für Leib und Leben ging glücklich vorüber. Systematisch die Arbeiterschaft gar nicht daran dachte, die Angstparade gewalttätig zu führen. Nun nach glücklich überstandener „Gefahr“ ist die bürgerliche Presse wieder sehr mutig geworden. Der „Staatsanzeiger“ für Württemberg“ renonmiert sogar: „Aber was waren von der Polizei auf alle Fälle die geeigneten Vorkehrungen getroffen worden, um jede Störung der Jugenddeutschlandreise auf dem Schloßplatz unmöglich zu machen.“ Na, wenn die Sicherheit des Reiches von diesen polizeilich beschützten Helden abhängt, dann gute Nacht!

Einen Trost haben die Arrangements dieser Parade des schwäbischen Jugenddeutschlands gehabt. Sie hatten, wie das nun einmal bei allen aufrechten Patrioten üblich ist, ein Huldigungstelegramm an den deutschen Kaiser gerichtet. Dieser hat darüber mit einem Dantelegramm quittiert, in dem er seine „aufrichtigen Wünsche für das fernere Gedeihen dieser segensreichen Einrichtung“ (nämlich des Jugenddeutschlandbundes) ausdrückt.

## Aus Industrie und Handel.

### 2 1/2 Prozent Dividende weniger.

Der A. Schaaffhausensche Bankverein schließt das Geschäftsjahr 1912 mit einem ganz erheblichen Minderertragnis gegenüber 1911 ab. Es erklärt einen Rückgang der Bruttoerträge von 20,777 Millionen auf 17,900 Millionen, der Reingewinn von 13,798 auf 9,143 Millionen, die Dividende von 7 1/2 auf 5 Prozent. Die Ursachen der großen Verluste des Bankvereins werden aus den eigenen Angaben der Verwaltung über die Abschreibungen deutlich. Von dem Bruttoertrag wurden gefürzt:

Verluste durch Diebstahl und Veruntreuung . . . 124 000 M.  
Abschreibungen auf zweifelhafte Forderungen . . . 472 000 M.  
Minderbewertung von unnotierten Werten . . . 500 000 M.  
Rückstellung für Berliner Grundstücksgefälle . . . 2 000 000 M.  
Wären zwei Millionen hat der Bankverein also für Verluste bei Grundstücksgefällen in Berlin zurückgestellt. Die tatsächlichen Verluste des Bankvereins auf dem Terrain- und Baumarkt können in dessen noch höher ausgefallen sein. Da auch die allgemeinen Handlungskosten von 3,9 auf 4,4 Millionen gestiegen sind, erhöhten sich die Gesamtausgaben von 7 auf 8,8 Millionen Mark.

Zu den vermehrten Ausgaben kommt nun noch starke Minderungen der Einnahmen. Das Gewinnkonto zeigt folgende Posten:

	1912	gegen 1911
	M.	M.
Vortrag aus 1911 . . . . .	280 071,60	561 252,64
Provisionen . . . . .	5 829 034,84	5 404 243,85
Zinsen . . . . .	6 377 457,13	5 893 632,61
Gewinne aus Wechseln . . . . .	4 195 639,78	4 099 430,21
Gewinne aus Effekten . . . . .	1 095 036,91	4 689 038,55
Einnahmen aus Immobilien . . . . .	152 038,56	129 832,50
	17 909 278,27	20 776 940,36

Während der Bankverein an den hohen Geldsätzen nur durch geringe Beitragsübernahme an Zinsen, Provisionen und Wechseln profitierte, trug ihm der gesamte Geldmarkt eine Gewinnminderung bei dem Effektengeschäft um 3 1/2 Millionen ein.

Aus dem um 4 1/2 Millionen zurückgegangenen Reingewinn von 9,143 Millionen verteilt der Bankverein eine Dividende von 5 Proz. (statt 7 1/2 Proz.) auf das Aktienkapital von 145 Millionen.

Unter dem Pumpzwang. Zwischen der Niederösterreichischen Kolonp-Gesellschaft und der Gießfabrik Polbhütte einerseits und der chinesischen Regierung andererseits ist ein lombiniertes Anleihe- und Warenlieferungsgefall abgeschlossen worden, wonach die Kolonp-Gesellschaft der chinesischen Regierung ein Darlehen von 300 000 Pfd. Sterl. gegen die Verpflichtung gewährt, daß die chinesische Regierung während der nächsten zehn Jahre der Polbhütte im Betrage der Anleihe Aufträge an Werkzeugfabl. Gewehrkläufen und Kanonenteilen erteilt. Die Polbhütte wird in Beijing eine eigene Niederlassung errichten.

## Gerichts-Zeitung.

### Der Sternidel- und der Dabendorfer Prozeß.

In der nächsten Woche werden zwei große Kriminalprozesse fast gleichzeitig zur Verhandlung kommen und beinahe die ganze Woche ausfüllen. Im Schmutzgerichtssaal zu Frankfurt a. O. nimmt am 18. d. M. der Prozeß gegen Sternidel und Genossen seinen Anfang. Der Hauptangeklagte August Sternidel, der jetzt 46 Jahre alt ist, ist vielfach vorbestraft, darunter mit zwei, drei und vier Jahren Zuchthaus. Von den drei Mitangeklagten ist der Arbeiter Willi Kersten aus Adlershof noch nicht ganz 18 Jahre alt und bisher unbefristet. Sein Bruder, Arbeiter Georg Kersten ist 19 1/2 Jahre alt und schon zweimal mit Gefängnis vorbestraft. Der letzte Angeklagte, der 18 1/2 Jahre alte Arbeiter Franz Schliemann, ist auch vorbestraft. — Die sämtlichen Angeklagten werden des Mordes und des schweren Raubes an dem Bauerngutbesitzer Reich Kallies zu Ortwig, dessen Ehefrau Katalie Kallies und dem Dienstmädchen Anna Philipp beschuldigt. Die Bluttat ist bekanntlich am 7. Januar d. J. begangen. Sternidel steht außerdem unter der Anklage, am 8. Januar bei Ringenwalde eine Strohmiete in Brand gesetzt zu haben. Wie aus den täglichen Berichten über den Fortgang der Voruntersuchung bekannt ist, gehen die Angeklagten in ihren Darstellungen über den Verlauf des Dramas, über die Rolle, die jedem einzelnen zugeteilt war und die Tätigkeit, die der einzelne einwirkte, weit auseinander. Sternidel behauptet noch immer, daß er die Tötung des Dienstmädchens und des Ehepaars niemals beabsichtigt habe. Sein Plan sei vielmehr dahin gegangen, die drei Personen zu fesseln und zu betäuben, er habe sie dann mit den Händen zusammen in eine Stube bringen, die Tür verschließen und dann auf Verabredung des in der Amtsstube stehenden Geldschrank entlocken wollen. Die drei Mitangeklagten schieben die Täterschaft dem Sternidel zu, der sie angeworben hatte, um gemeinschaftlich „ein Ding zu drehen“; sie wollen nur eine untergeordnete Rolle bei der ganzen Affäre gespielt haben. Der jüngste von ihnen, Willi Kersten, ist derjenige, der die beiden Kallies'schen Kinder, die im Schlafzimmer im Bett lagen, in Angst und Furcht hielt, indem er sich mit einem geladenen Revolver ans Bett setzte und ihnen drohte, sie totzuschießen, wenn sie sich rühren würden. Aus dem Geldschrank des Kallies sind im Ganzen etwa 500 M. gestohlen, die unter die vier Angeklagten fast zu gleichen Teilen verteilt wurden. Die drei Verbrecher sind nach der Tat nach Berlin gefahren, haben hier in einer verknüchten Nacht mit Birnen fast das ganze Geld durchgebracht und sind bald nach der Tat, 10. Januar, in der Lehmann'schen Gastwirtschaft, Grüner Weg, seithergekommen. Sternidel war bekanntlich noch auf dem Gehöft geblieben. Er hatte die Leichen des Ehepaars am Abend auf einem Kallies'schen Wagen nach einer zum Gute Ringenwalde gehörigen Strohmiete gebracht, diese angezündet und die Leichen hineingeworfen. Gegen 4 Uhr morgens wurde der Brand von einem Pferdewehre des Gutbesizers bemerkt und bei den Löscharbeiten die am Oberkörper schon stark verbrannten beiden Leichen entdeckt. Nach Auffindung der Leichen war Sternidel entflohen und wurde am 9. Januar in Gutesbiefse verhaftet. — Es sind drei Tage für die Verhandlung angesetzt.

Zwei Tage vor dem Sternidelprozeß, nämlich am 11. d. M. und die folgenden Tage wird die bekannte Dabendorfer Moraffäre vor dem Schmutzgericht des Landgerichts Berlin II unter Vorsitz des Landgerichtsrats Rehr verhandelt werden. Sofern nicht in den Verhandlungen besondere Momente hervortreten werden, werden wir uns auf die Mitteilung über den Ausgang der Prozesse beschränken.

### Der Mädchenmord am Teltowkanal.

In dem Prozeß gegen den des Mordes an dem Hausmädchen Martha Silbaste angeklagten 20jährigen Diener Richard Stähler wurde gestern die Verhandlung zu Ende geführt. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage wegen Totschlages unter Ausschluß mildernder Umstände. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

Marktpreise von Berlin am 4. März 1913, nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,54 bis 19,60, mittel 19,42—19,48, geringe 19,30—19,36. Roggen, gute Sorte 16,34—16,36, mittel 16,32—16,33, geringe 16,20—16,31 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,40—17,00, mittel 16,80—16,90, geringe 15,20—15,70. Hafer, gute Sorte 15,30—20,20, mittel 16,60—18,20 (frei Wagen und ab Bahn).

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Speldeböhen, weiße 35,00—60,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinbidl.) 6,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Rende 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,00. Rindfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,20. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,00—6,00. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,40. Kalle 1,60—3,20. Lander 1,60—3,60. Decke 1,60—2,80. Barfische 1,00—2,40. Schote 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,60. 60 Stück Kriebel 4,00—24,00.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	4.	3.	4.	3.		4.	3.	4.	3.
	cm	cm	cm	cm		cm	cm	cm	cm
Remel, Tüst	253	—	—	—	Scale, Broditz	110	—	—	—
Bregel, Jüterburg	—	—	—	—	Habel, Spandau	76	—	—	—
Beigels, Jörn	104	—	—	—	Rathenow	114	—	—	—
Oder, Ratibor	94	—	—	—	Spree, Spremberg	98	—	—	—
Strofen	102	—	—	—	Seeflow	89	—	—	—
Frankfurt	112	—	—	—	Weser, Minden	171	—	—	—
Waldheim	40	—	—	—	Rhin, Rindem	264	—	—	—
Waldheim, Schrum	40	—	—	—	Rhein, Maximiliansau	330	—	—	—
Landsberg	44	—	—	—	Rand	158	—	—	—
Rega, Borsdamm	18	—	—	—	Röhl	152	—	—	—
Elbe, Leimert	—	—	—	—	Reckar, Seibromm	82	—	—	—
Dresden	—	—	—	—	Rain, Qunau	153	—	—	—
Barby	122	—	—	—	Weser, Xrier	79	—	—	—
Magdeburg	104	—	—	—					

1) + bedeutet Hoch, — Fall. — \*) Unterpegel. — \*) Höchst. — \*) Eisstand. — \*) Schwaches Eisbrechen. — \*) Treibeis.







Das gerammte Torpedoboot.

68 Mann ertrunken.

Unsere Kriegsmarine ist von einer furchtbaren Katastrophe betroffen worden. Unmittelbar nach Schluß der militärischen Übungen in der Nordsee ist das Torpedoboot S. 178 von dem Panzerkreuzer „Jord“ derartig angefahren und gerammt worden, daß es vollständig zerschritten wurde und alsbald in die Tiefe versank. Die Katastrophe ereignete sich fünf Seemeilen nördlich von Helgoland. Die genaue Zahl der Todesopfer steht noch nicht fest. Die Besatzung des gesunkenen Torpedobootes soll aus 81, nach einer anderen Lesart aus 83 Personen bestanden haben. Da nur 15 bis 16 Personen gerettet wurden, würden 67 oder 68 Personen ihren Tod in den Wellen gefunden haben.

Wenn die Schuld an der furchtbaren Katastrophe trifft, durch die so viele blühende Menschenleben vernichtet und so viele Familien in Trauer versetzt wurden, ist einstweilen nicht festgestellt und wird vielleicht auch niemals festgestellt werden. Da die Katastrophe nach Beendigung der militärischen Übungen eintrat, führen die Schiffe sicherlich wieder mit nichtabgeblendeten Lichtern, so daß der Zusammenstoß nur auf eine Unvorsichtigkeit oder einen verhängnisvollen Zufall zurückgeführt werden kann.

Nach einer Meldung soll das gesunkene Torpedoboot versucht haben, zwischen dem großen Kreuzer „Jord“ und einem kleinen Kreuzer hindurchzufahren. Dabei sei es infolge eines falschen Steuermandövers, das vermutlich wiederum auf ein mißverständenes Kommando zurückzuführen sei, in den Kurs des großen Kreuzers „Jord“ geraten und dabei gerammt worden. Inwieweit diese Vermutungen der Wirklichkeit entsprechen, ist schwer festzustellen. Es bleibt eben nur die grauenhafte Tatsache feststehen, daß 68 Menschenleben im Nu vernichtet worden sind!

Die Geschichte unserer noch verhältnismäßig so jungen Marine ist reich an Katastrophen. Allein seit dem Jahre 1895 sind durch Torpedobootsunfälle in der deutschen Marine 74 Menschenleben vernichtet worden, wobei die neueste Katastrophe noch nicht mitgerechnet ist. 47 Todesopfer davon wurden seit dem Jahre 1905 gefordert. Mit dem wachsenden Marinismus mußten selbstverständlich auch die Opfer wachsen, die ja auch in Friedenszeiten gebracht werden müssen.

Unsere herrschende Klasse wird sich auch über diese Katastrophe bald mit den Worten trösten: navigare necesse est, vivere non est, zu deutsch: die Schifffahrt ist notwendig, das Leben ist es nicht. Aber so wenig dieser Spruch schon auf die Handelsmarine zutrifft, bei der sich durch vernünftige Schutzeinrichtungen ein ungeheurer Prozentsatz der Leiden noch so riesigen Menschenverluste ersparen ließe, so wenig gilt das Wort auch für unsere Kriegsmarine. Auch hier würde manches Menschenopfer, das in Friedenszeiten fällt, erspart werden können, wenn alle Vorsichtsmahregeln getroffen würden, die notwendig sind.

So wenig wir Vorwürfe gegen einzelne Personen erheben wollen, so sicher ist doch, daß der Geist des bravourösen Sicherbewahrens und des rücksichtslosen Draufgängertums auch bei den Unfällen unserer Marine oft genug die Schuld an Katastrophen getragen hat. Solange nicht der Schutz des Menschenlebens als oberste Gesetz unseres ganzen gesellschaftlichen Lebens gilt, sondern die Hintanhaltung des Lebens geradezu als nationale Bravourtat gepriesen wird, werden auch in Zukunft Katastrophen nicht ausbleiben, die bei Beobachtung der notwendigen Vorsichtsmahregeln zu verhüten gewesen wären!

Die amtliche Darstellung.

Das Nachrichtenamt des Reichsmarineministeriums gibt folgende Darstellung über den Untergang des Torpedoboots „S 178“: „Das Torpedoboot „S 178“ ist in der vergangenen Nacht 11.30 Uhr abends bei der Rückkehr von einer Nachübung durch den großen Kreuzer „Jord“ gerammt worden und in sehr kurzer Zeit gesunken. Nur ein geringer Teil der Besatzung hat gerettet werden können. Der große Kreuzer „Jord“ ist unbeschädigt. Der Unglücksfall hat stattgefunden fünf Seemeilen nördlich von Helgoland.“

Zu dem Unglücksfall wird ferner gemeldet: „S 178“ gehörte zu der 11. Halbflottille, die zurzeit mit dem Verband der Aufklärungsschiffe in der Nordsee übt. Der Kommandant des untergegangenen Bootes war der Kapitänleutnant Georg Koch, der bis vor kurzer Zeit das Torpedoboot „S 179“ kommandierte. Das Boot hat eine Wasserverdrängung von 696 Tonnen, ist im Jahre 1909 auf der Schiffsanfertigung von Stapel gelaufen. Die Maschinenanlage waren Schichau-Turbinen. Der Besatzungsbestand beträgt 83 Mann, doch ist zurzeit nicht festzustellen, wieviel Mann ihren Tod in den Wellen gefunden haben, da eine amtliche Verlustliste sich erst wird aufstellen lassen, sobald die Geretteten gelandet worden sind und der Appell an der Hand der Besatzungslisten, die bei den Marineteilen am Lande geführt werden, stattgefunden hat. Man vermute, daß verschiedene Schiffe noch Gerettete an Bord haben.

Keine abgeblendeten Lichter.

Zu dem Unfall wird weiter gemeldet: Das untergegangene Torpedoboot „S 178“ war in Wilhelmshaven beheimatet und gehörte zur zweiten Torpedodivision. Der Unglücksfall ist als ein rein seemannischer und nicht als militärtechnischer anzusprechen, da er sich ereignete, als die Nachübung bereits beendet war und die Schiffe sich auf dem Rückweg befanden. Die Meldung, daß mit abgeblendeten Lichtern gefahren wurde, ist unrichtig. Nach Beendigung der Nachübung geben an Bord des Flaggschiffes zwei grüne Doppelsterne hoch, die das Signal zum Einstellen der Lichter darstellen. Sofort erscheint auf allen Kommandobrücken dann der Befehl, die Lichter einzustellen und es werden sofort Backbord- und Steuerbordlicht, Hecklicht und Dampferlaterne eingeschaltet. Kommandant des „Jord“ ist Regattenkapitän Köthener. Wie das Unglück sich ereignete, steht noch nicht genau fest, bisher ist nur soviel bekannt ge-

wesen, daß „S 178“ zwischen dem kleinen Kreuzer „Kolberg“ und dem großen Kreuzer „Jord“ hindurchfahren wollte und wohl infolge eines mißverständenen Steuerkommandos direkt in die Fahrlinie des „Jord“ lief.

Die See war außerordentlich hoch, so daß die Rettungsarbeiten ungemein erschwert wurden. Das Schiff wurde so unglücklich getroffen, daß es mitten entzwei geschnitten wurde und sofort sank. Von allen Schiffen, die sich in der Nähe befanden, wurden sofort Rettungsboote ausgesetzt und nach bisher hier eingegangenen Funkprüchen haben noch eine ganze Reihe von Schiffen Gerettete an Bord.

Die Namen der Geretteten.

Von der Besatzung des untergegangenen Torpedobootes S 178 wurden gerettet: Marineingenieur Kühn, Marineassistentarzt Rande, Obermaschinenmaat Hyttis, Obermaschinenmaat Köderer, Bootsmannmaat Meier, Maschinenmaat Schübed, Obermatrosen Franz Rabitsch und Kroschopf, Oberheizer Koch, Klein und Bigo, Matrose Rallin, Maschinenanwärter Dyelin und Albert Cordes und Heizer Morlok.

Außerdem soll nach einem Telegramm aus Wilhelmshaven noch der Matrose Heider zwar vom Tode des Ertrinkens gerettet, aber schwer verletzt worden sein.

Die Vermissten.

Vermißt werden folgende: Oberleutnant z. S. Pies und Schede; Steuermann Subenschwager; Maschinist Maas; die Obermaschinenmaate Stoffer, Fichtner und Gent; die Maschinenmaate Seibel, Möller, Einhaus, Schröder, Pöster und Stöffer; der Oberbootsmannmaat Barton, der Bootsmannmaat Heitzen, der Sanitätsmaat Senft, die Oberanwärter Haaf, Paulsen und Gebaus, die Obermatrosen Biering, Hehermann, Bauerfeld, Binder, Birih, Schweifurth und Müller-Arnold, die Oberheizer Thomas, Ley, Dhladen, Debertin, Steinmann, Fall, Buschötter, Endres, Patedi, Stepper, Gahmann, Dgwdowezil, Amieczil, Weber-Paul, Wiegand, Fischer, Eifer, Friedrichs, Geil, Sens, Gerhardt; die Maschinenanwärter Fehringen, Schapardel und Grobe; die Matrosen Meyer, Pawolki, Sektar, Kraus, Bruns, Wilm, Wiebecke, Buttigereit und Lübberth; sowie schließlich die Heizer Schilling, Hille, Kronenberg, Sartorius, Zwierz, Disse, Veder-Wilhelm, Schwarz, Veder-Christian, Herren und Rahm.

Aus der Frauenbewegung.

Zum Frauentag

senden Petersburger Genossinnen folgenden Gruß:

Wir Mitglieder der Petersburger Frauenpartei empfinden an diesem internationalen Frauentag das innigste Bedürfnis, Ihnen, unseren Schwestern, unsere Solidarität auszusprechen zu Ihren Bestrebungen, die Ketten, die seit Jahrhunderten über den Frauen lasten, zu sprengen. Dieser internationale Frauentag liefert den höchsten Beweis, daß es den arbeitenden Frauen klar ist, daß der Druck der Rechtlosigkeit, der auf der ganzen arbeitenden Klasse so schwer lastet, für die arbeitende Frau doppelt schwer und erniedrigend ist und daß, um eine bessere Zukunft für die Frauen wie für die ganze Menschheit gründen zu können, die Einigung und auch dieselbe Rechtsfähigkeit von Frauen und Männern nötig ist. Nur als gleichberechtigtes Mitglied der modernen Gesellschaft und des modernen Staates, als gleichberechtigte Gesetzgeberin wird die Frau imstande sein, in der Umwälzung der ökonomischen Verhältnisse, die Klassenungleichheit und Ungerechtigkeit hervorgerufen, mitzuwirken.

Deshalb begrüßen wir diesen Tag des 2. März als Zeichen für die Vereinigung der arbeitenden Frauen, dieser Ungleichheit ein Ende zu machen.“

Die Verammlung des zweiten Kreises bei Dappoldt war von etwa 600 Personen, meist Frauen, besucht, die, mit roten Ketten geschmückt, von ihren Lesabenden in Zügen angerückt waren. Genosse Jubel hielt das mit Begeisterung ausgenommene Referat. Die Resolution fand einstimmige Annahme. Eine Anzahl Mitglieder wurden für die Partei gewonnen.

Die Telephonistinnen können heiraten.

Während für die weiblichen Angestellten der Gemeinden und des Staates in Italien kein Eheverbot besteht, so daß es häßliche Lehrerinnen mit zahlreicher Kinderkinder gibt, ist den vom Postministerium abhängigen Telephonistinnen die Ehe untersagt. Dieses Verbot wurde um so mehr als ungerecht empfunden, als es für die, allerdings sehr wenig zahlreichen, Telephonistinnen nicht besteht. Vor längerer Zeit wurde nun eine Kommission mit der Prüfung der sanitären Zustände im Telephondienst betraut, und diese hat sich dahin ausgesprochen, daß es sowohl aus hygienischen als sozialen Gründen wünschenswert wäre, den Telephonistinnen ohne Einschränkung die Eheöffnung zu gestatten. Bei der Diskussion des Postbudgets hat der Minister unter dem Vorbehalt der Kammer erklärt, diesem Gutachten der Kommission Rechnung zu tragen. Die Telephonistinnen sehen somit endlich ihre langjährige Agitation mit Erfolg gekrönt.

Das Frauenstimmrecht. Das Referat der Genossin Marie Walter auf dem letzten Schweizerischen Parteitag in Reuenburg über das Frauenstimmrecht liegt nun auch gedruckt vor. (Verlag der Buchhandlung des Grüttvereins, Preis 30 Pf., 24 Seiten, Zürich 1913.) Der empfehlenswerten Broschüre sind auch die auf dem Reuenburger Parteitage beschlossenen Thesen über das Frauenstimmrecht beigegeben.

Sesabende.

Dritter Kreis. Heute, Donnerstag, im Gewerkschaftshaus, Saal 5, gemeinschaftlicher Sesabend. Vortrag des Genossen Adolf Harndt: Feuerbestattung.

Soziales.

Die „Ferkunt“ der Privatangestellten.

Privatdozent Dr. Lederer-Weißberg hat die bekannte „Erhebung“ des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes zu einer Schrift: „Die Privatangestellten in der modernen Wirtschaftsentwicklung“ benutzt. Gutgläubig verteilte dieser Gelehrte das ganze Material des genannten Verbandes, wonach 45,5 Proz. der Handlungsgehilfen von selbständigen Weiberbetreibenden und 79,4 Proz. der Handlungsgehilfen von Berufskreisen abstammen, deren Angehörige als bürgerlich zu bezeichnen sind.“ Diese „Feststellung“ war ja der ganze Zweck der Erhebung. Den armen Handlungsgehilfen soll gezeigt und begreiflich gemacht werden, daß sie gar nichts mit dem Proletariat gemein haben, mit Verachtung auf dieses herabzublicken haben. Sind ihre Gehälter auch elend,

oft geringer als die der Lohnarbeiter, so könne dies alles nicht als Beweis dafür angesehen werden, daß auch der Handlungsgehilfe an die Seite des gewerblichen Arbeiters im Kampfe um die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse gehöre. Für solche Zwecke ist daher eine solche „Statistik“ sehr willkommen, wenn sie auch total unrichtig ist. Denn erstens umfaßt diese „Statistik“ nur einen Teil der organisierten Handlungsgehilfen, deren Abstammung wirklich zum größten Teile aus den Kreisen der Handlungsgehilfen resultiert, die ihren wirtschaftlichen Niedergang vor Augen sehen, ihren Söhnen unbedingt eine „bessere Zukunft“ sichern wollen. Die Anschauungen des Vaters haben sich auch auf den Sohn übertragen, wie dies deutlich aus der antisemitischen Richtung, Kampf gegen Warenhäuser, gegen weibliche Angestellte usw., ersichtlich ist. Dr. Lederer vergißt aber ganz und gar, daß auch die Fragebogen nur von den Handlungsgehilfen selbst ausgefüllt worden sind, von denen sicher manche sich ihrer proletarischen Herkunft schämen und deshalb den Vater als „selbständigen“ Weiberbetreibenden usw. bezeichneten. Man darf auch nicht vergessen, daß es leider auch eine ganze Anzahl von Proletariern gibt, deren einziges Streben darin besteht: ihrem Sohne mal eine „bessere Zukunft“ zu sichern. Man spaziert sich da am Rande die Graschen ab, die für die Ausbildung des Sohnes nötig sind, entfremdet sich dem Verbanne, der Partei, weiß jetzt die „Mittel fehlen“ oder aus Angst, das „Stipendium“ zu verlieren. Seitdem die meisten Bankgeschäfte usw. nur das „Einjährigen-Beugnis“ als Note betrachten, ist die Sache noch schlimmer geworden, und der Rückgang der Geburtenziffer in Arbeiterkreisen wird schließlich auch keine Besserung bringen. Solche kurzfristige Wüter halten ja auch ihre Kinder anglich von der proletarischen Jugendbewegung schon fern und sind schließlich selbst der Hauptschuldner, wenn sich der künstlich „Erhobene“ später seiner proletarischen Abstammung schämt und in Fragebogen seines Verbandes ruhig die Kubrit über die Stellung des Vaters, statt mit „Schreinergehilfe“ mit „Schreinermeister“ ausfüllt. Ist es da ein Wunder, wenn unser Handlungsgehilfenverband in seinem natürlichen Aufstiege so gehemmt wird? Gewerbl. Arbeiter, ja Parteigenossen sind selbst daran schuld, die ihre Kinder künstlich fernhalten, falsch erzogen haben. Dank von diesen Kindern erhalten sie ja denn doch nicht, durch eigene Schuld. Tausende von Handlungsgehilfen sind aber noch gar nicht organisiert, daher auch die ganze Statistik, die Dr. Lederer verwendet hat, wertlos; wenn er auch stolz behauptet, daß vier Fünftel der Handlungsgehilfen von mittel- und kleinstädtischen Lebensanschauungen erfüllt sind und daher eine Proletarisierung, also eine rechtliche und soziale Gleichstellung mit dem Proletariat als Deklassierung empfinden würden! Das tut den „Deutsch-Nationalen“ wohl, deren Mitglieder nach Lederer sich nur zu 18,9 Proz. aus Söhnen von „Gehilfen und Arbeitern“ zusammensetzen. Nur die organisierte Arbeiterschaft, unsere eigenen Genossen, haben es in der Hand, daß künftig eine richtige Statistik herauskommt, indem sie ihre eigenen Kinder so erziehen, daß sie sich später ihrer Abstammung nicht schämen brauchen, und wissen, wo sie wirtschaftlich und politisch hingehören.

Aus aller Welt.

Die Jesuiten und der nicht plombierte Kuhschwanz.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes ersuche ich um Aufnahme folgender Erklärung zu Ihrer Koll in Nummer 50, 1. Beibl., 28. Februar 1913: „Die Jesuiten und der nicht plombierte Kuhschwanz“ und zwar unter derselben Überschrift und an derselben Stelle Ihres Blattes:

1. Die Jesuiten in Vollenburg betreiben nirgends Landwirtschaft oder Viehzucht, besitzen keine Viehherden, nehmen in ihrem Kloster bezw. Kollegium keine Schlachtungen vor, sondern beziehen den gesamten Fleischbedarf von bekannten Reggern der Nachbarschaft, was in Vollenburg nie angezweifelt wurde.

2. Die holländische Behörde erklärt amtlich: „Die Jesuiten im Ignatiuskolleg bei Vollenburg sind nie wegen einer Steuerhinterziehung oder fahrlässig unerlaubter Schlachtung bestraft oder angeklagt worden. Dillberg, den 3. März 1913. (L. S.) Der Bürgermeister: J. D. M. a Campo.“

3. Damit fällt die ganze Anschuldigung gegen die Jesuiten, welche übrigens schon in belgischen und holländischen Zeitungen als unwahr erwiesen ist, in sich zusammen.

Vollenburg, den 3. März 1913. Der Rektor des Ignatiuskollegs: L. Höfers, S. J.

Ein Bischof im Dienste usurpierender Latifundisten.

Rom, 3. März 1913. (Fig. Ver.) Das Landvolk von Capranica in der Provinz Rom plant eine große Demonstration gegen den Bischof von Sutri, welche Demonstration sich an den langjährigen Kampf um die Gemeindegerechtfame anschließt, den die Bevölkerung der früheren Kirchenstaaten auskämpft. Der staatliche Archivar, Prof. Verucchi, hatte in den Archiven nach den Urkunden geforscht, die die unüberwundenen Rechte des Landvolks von Capranica auf gewisse von den römischen Fürsten usurpierte Ländereien bewiesen. Das den Ansprüchen des Landvolks günstige Ergebnis seiner Arbeiten, die um so wichtiger sind, als man den armen Leuten derartige Nachforschungen geistlich erschwert, hatte er dann in der Kirche des heil. Franziskus in Capranica auseinandergesetzt. Der Bischof sah nun darin eine Entweihung des Gotteshauses, daß man es gewagt hatte, in ihm die Rechte der Armen zu vertreten; er erklärte die Kirche für entweiht, wie das wohl durch ein in ihr begangenes Verbrechen geschieht. Daher soll die Kirche feierlich neu geweiht werden, aber das Land hat beschlossen, der Feier ganz fern zu bleiben, was soll ihm eine Kirche, in der kein Recht nicht gegen die Vergewaltigung der Reichen die Stimme erheben darf?

Kleine Notizen.

Opfer der Aviatik. Bei London ist der englische Flieger Geoffrey mit einem Monoplan tödlich verunglückt. — Ferner wird aus München gemeldet, daß auf dem Flugfeld Oberwiesfeld der Leutnant Bobient vom Bayerischen Infanterieregiment abstürzte und schwere Verletzungen davontrug.

200 000 Kronen gestohlen. Aus Triest wird vom 5. März gemeldet: In der vergangenen Nacht sind unbekannt Diebe in die Goldschmiedewerkstätte von Duffich eingebrochen. Die Diebe haben eine eiserne Kasse erbrochen und Gold- und Schmuckgegenstände im Werte von über 200 000 Kronen mit sich genommen.

Eine spanische Kaufmannsfamilie ertrunken. Infolge außerordentlich hohen Seeganges kenterte gestern nachmittags an der Mündung des Nogatflusses südlich von Barcelona ein Rotorboot, in welchem sich eine angesehen Kaufmannsfamilie aus Barcelona befand. Sämtliche Insassen mit Ausnahme des Familienoberhauptes fanden ihren Tod in den Wellen. Als dem Kaufmann das tragische Schicksal seiner Familie mitgeteilt wurde, vertief er in Wahnsinn.

Der heimatische Weltmeister des Boxensports. Der bekannte Regenerboxer Joe Johnson, der sich in Kanada niederlassen wollte, ist von der kanadischen Regierung als unzuverlässiger Ausländer zurückgewiesen worden, und zwar infolge eines Berichtes der Washingtoner Staatsanwaltschaft.



# Phänomen GOLD Feinste Cigarette




## Das Ideal der Hausfrau

ist eine  
**Singer Nähmaschine**

Zu haben in sämtlichen Läden mit nebenstehendem „S“-Schild oder durch unsere Agenten

### Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

Berlin, Leipziger Straße 92.

Filialen in allen Stadtteilen.

Extra-Unterstützungskasse für  
**Buchbinder**  
und verw. Gewerbe zu Berlin.

**General-Versammlung**  
am 9. März 1913, vorm. 10 Uhr,  
in Graumanns Festsälen,  
Raumnr. 27.

Tagesordnung:  
1. Berichtigung der Protokolle.  
2. Stellungnahme zu einer an den Vorstand ergangenen Verfügung der Aufsichtsbekörde.  
3. Erhöhung der Beiträge resp. Herabsetzung der Leistungen der Kasse.  
4. Verschiedene Resolutionsangelegenheiten.

Der Vorstand:  
J. H. H. Rhauda, Vorsitzender,  
Lützen-Ufer 17. 27675

**Reuters Werke**  
3 Bände 4 Mark  
Buchhandlung Vorwärts

### Theater.

Donnerstag, 6. März 1913.  
Anfang 7 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Die Meister-singer von Nürnberg.  
Königgräzer Straße. Nachts.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Schauspielhaus. Freund Rich-Deutsches. Der lebende Leichnam.  
Zirkus Albert Schumann. Gala-vorstellung.  
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Hohenzollern-Fahrten. Mamerpfeile. Schöne Frauen. Fessing. Hedda Gabler.  
Deutsches Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor.  
Schiller O. Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.  
Schiller-Charlottenburg. Engel und sein Ring.  
Kurfürstentheater. Der Aufreißer. Trianon. Wenn Frauen reisen.  
Theater am Kollendorfsplatz. Die Studentengräfin.  
Komödienhaus. Schönheitsfalon. Groß-Berlin. Lord Piccolo.  
Berliner. Filmgalerie.  
Montis Operetten. Der liebe Augustin.  
Theater des Westens. Die beiden Husaren.  
Deutsches Schauspielhaus. Der guttische Feind.  
Kleines. Professor Bernhardt. Revidens. Die Frau Präsidentin. Thalia. Puppen.  
Luisen. Im wunderschönen Monat Mai.  
Rosa. Der Weg zum Himmel.  
Metropol. Chauffeur — ins Metropol.  
Herrnsfeld. Die Schonzeit-Jäger.  
Reichshallen. Meiers Hosen. Casino. Am grünen Strand der Spree.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

Deutsches Schauspielhaus  
8 Uhr: Der guttische Feind.

**Theater am Kollendorfsplatz**  
8 Uhr: Zum 50. Male:  
**Die Studentengräfin.**  
Sonnenabendnachm. 3 Uhr: Maria Stuart.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Abends 8 Uhr:  
**Der Weg zum Himmel.**  
Lustspiel in 4 Akten von Joh. Geh.  
Zu der Vorstellung morgen, Freitag, sind sämtliche Plätze vergeben.  
Sonnenabend, 4 Uhr: Frau Holle.  
8 Uhr: Der Weg zum Himmel.

**Metropol-Theater.**  
Begen Vorbereitung geschlossen!  
Sonnenabend, 8. März, abends 7 1/2 Uhr:  
Zum erstenmal:  
**Die Kino-Königin.**  
Operette in 3 Akten von A. Freund und G. Klontowski. Musik v. Jean Gilbert.  
In Szene gel. vom Direktor R. Schulz.

**Herrnsfeld Theater**  
Neuer großer Erfolg  
der Novitäten!  
**Die Schonzeit-Jäger.**  
Eine Wald-Idyll in 2 Akten von Anton u. Donat Herrnsfeld.  
**Liebesprobe.**  
Plauderei von Ernst Klein.  
Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11-2 (Theaterkasse).

## Freie Volksbühne

Die ersten Choraufführungen  
von César Franck  
**Die Seligpreisungen**

am Gründonnerstag, den 20. März, abends 8 1/2 Uhr,  
im Konzertsaal der Brauerei Friedrichshain,  
und  
am Karfreitag, den 21. März, abends 7 Uhr,  
in der Neuen Welt, Hasenheide.

Mitwirkende:  
**Der Berliner Volks-Chor**  
Dirigent Dr. Ernst Zander  
**das Blüthner-Orchester.**

Solisten:  
Frl. Meta Zlotnicka, Elisabeth Christian  
die Herren Dr. Alfred Guttmann, Gustav Franz,  
Paul Bauer, Anton Sisternans. 244/9

Eintaßkarten in allen Zahlstellen à 75 Pf., an der Abendkasse 1 M.

**Einführungs-Konzert**  
Sonntag, den 16. März, nachmittags 4 Uhr,  
im Blüthner-Saal, Lützowstr. 75.  
Herr Leo Kestenberg: Vortrag:  
Die Bedeutung César Francks für das Musik-leben unserer Zeit.  
Gesang: Frl. Zlotnicka. Orgel: Herr Egon Petri.  
Violoncello: Herr M. Loevensohn.  
Eintaßkarten inkl. Garderobe 30 Pf. in den Zahlstellen.

Arbeiter-Samariter-Bund  Kolonne  
Groß-Berlin

1888 Das 1913

## 25. Stiftungsfest

der Kolonne findet statt am  
Sonnenabend, den 8. März 1913  
im  
„Deutschen Hof“, Luckauer Straße

**Konzert x x x Festspiel**  
**Humoristische Vorträge**  
unter gütig. Mitwirkung von Mitgl. der Typographia  
Berliner Ulk-Trio

Anfang 7 1/2 Uhr Eintritt 60 Pf.  
Das Komitee

Festschrift und Festprogramm an der Kasse gratis



## „Clou“ :: Berliner ::

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

### Großes Doppel-Konzert.

Gastspiel des Philharmonischen Blasorchesters  
aus Holland. Dirigent: Maestro Loreto Tassone.  
Musik: Kaiser-Alexander-Reg., Dirig. Kgl. Musikdir. Bruse.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr  
An allen bei freiem  
Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert Eintritte.

Friedr. - Bild. Schauspielhaus.  
Barier Luft.  
Lustspielhaus. Najolita.  
Walhalla. Parole: Walhalla!  
Voltes Caprice. In Sachen Kaiser-stein. Die Doppelstirna. Die Tochter der Braut.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Golden.  
Anfang 9 Uhr.

Admiralpalast. Eiskalott: Fürst in St. Moritz.

Sternwarte, Invalidenstr. 57-62.

**Reichshallen-Theater**  
Stettiner Säng.  
Malchens  
Verlobung.  
Burleske  
von Meysel.  
Anfang 8 Uhr.

## Neue Welt

Arnold Scholz Hasenheide 108/114

Letzte Woche!  
Heute Donnerstag, den 6. März 1913:  
Letzter großer Pracht-Eiltag!  
**Keine Fleischnot: Prager Schinken vom Lukullus**  
Portion 80 Pf.  
u. Extraprämierung. Prämiiert wird die größte (schwerste) **Kartoffel.**  
3 bare Geldpreise: 30, 20, 10 M.  
Im neuen Saale: **Großer Ball.**  
5 Kapellen. 30 bayrische Mad'l.  
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

### Zirkus Albert Schumann.

Donnerstag, den 6. März, abends 7 1/2 Uhr:  
Die Herrscher der Lüfte  
**7 Luftvolteure 7**  
Hegelmann-Truppe  
Neu! Neu!  
**10 Lio-Hoj-Tschen's 10**  
Chinesische Gaukler.  
Direktor Alb. Schumann mit seinen unerreichten Schulfreihaltungsreusen.  
Hohe Schule  
Frl. Dora Schumann.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Der unsichtb. Mensch.

### Zirkus Busch.

Heute Donnerstag, 6. März, abends 7 1/2 Uhr:  
Das große März-Abschieds-Prgr. Prolongiert! Der mysteriöse **Deckenläufer.**  
Red & Beet, Manegekomiker.  
**Karl-Eugen-Troupe,**  
Gymnastik in höchst Vollend.  
**Klown Pepino**  
Tierdressuren,  
sowie d. große Galaprogamm.  
Zum Schluß:  
Die große Prunk-Pantomime  
**„Sevilla“**

**Schiller-Theater O.** Ballner-Theater.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Uriel Acosta.**

**Schiller-Theater** Charlotten-burg.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Gyges und sein Ring.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der Andere.**

**Berliner Theater.**  
8 Uhr: Filmzauber.

**Casino-Theater**  
Rothringstr. 37. Täglich 8 Uhr:  
Trotz des großen Erfolges  
Nur noch bis inkl. 6. März:  
**Am grünen Strand d. Spree.**  
Am 7. März Premiere:  
**Arturs Flitterwochen.**

**Folies Caprice.**  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
In Sachen Kaiserstein.  
Die Doppelstirna.  
Die Tochter der Braut.  
Freitag, 7. März: **Premiere.**

**Voigt-Theater.**  
Heute Donnerstag, den 6. März:  
Gastspiel in  
**Pahlmanns Theater,**  
Schönhauser Allee 148.  
**Das Bettelkind.**  
Rühmliches Charakterbild in 5 Aufz.  
von Charl. Birch-Pfeiffer.  
Raffeneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**„Hohenzollern“-Fahrten.**

**Walhalla-Theater.**  
Weinbergsweg 10/20. Rosenhof. Tor.  
Heute 8 1/2 Uhr:  
**„Parole: Walhalla!“**  
Große Jahres-Revue.  
Die Abonnenten unserer Zeitung zahlen gegen Vorkaufung der Abonnementsquittung für alle Plätze halbe Klassenpreise.

**Theater Königstadt-Casino.**  
Ecke Holzmarkt u. Alexanderstraße.  
1 Minute v. Bahnh. Gannowstraße  
Tägl. abds. 7 1/2. Sonnt. 7 1/2 Uhr:  
**O, diese Chauffeure!**  
Lustspiel von Rich. Seyler — u. das groß. Spezialitätenprogramm  
Feb. 1. u. 10.: Programmwechsel.

**Theater in der Königgräzer Straße**  
7 Uhr: Zum 1. Male:  
**Macbeth.**

**Theater des Westens.**  
8 Uhr: Die beiden Husaren  
Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr: Frauenfresser.

**Montis Operetten-Theater**  
(fr. Neues Theater). Am Nordend 1141.  
8 Uhr: Der liebe Augustin.  
Sonnt. 3. 1. M.: Der Zigeunorprimas.

**Residenz-Theater.** 8 Uhr.  
**Die Frau Präsidentin.**  
(Madame la Présidente).  
Schwanf. 3. M. u. Genesquint u. Geder.  
Morgen und folgende Tage:  
**Die Frau Präsidentin.**

**Luisen-Theater.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Im wunderschönen Monat Mai.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Und hätte der Liebe nicht. . . .  
Sonnenabendnachm. 4 Uhr: Premiere:  
Hänsel und Gretel. (Kinderwelt).  
Sonnenabend, abends 8 Uhr:  
Im wunderschönen Monat Mai

## Sozialdemokratischer Wahlverein

für den VI. Berliner Reichstagswahlkreis

Sonnenabend, den 8. März 1913:

# Stiftungs-Fest

in den Lokalen:  
Brauerei Königstadt, Germania-Prachtsäle, Stadttheater Moabit,  
Schönhauser Allee 10-11, Chausseestr. 110, Alt-Moabit 47-49,  
und Pharus-Säle, Müllerstr. 142.

**Konzert, Gesang, Turnerische Aufführungen, Humoristische Vorträge**  
**Festrede und Tanz**

Mitwirkende:  
Gesangsvereine: Sängerkhor Wedding, Neu erwacht, Norden und Männerchor Moabit = Ensemble des Hbfoperensängers  
Herrn Eugen Wolff = Berliner Humorquartets = Berliner Spatzvögel = Berliner Ulk-Trio = Arbeiter-Turner.

Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. **Der Vorstand.**

× Anfang 8 Uhr × × × Programm gratis × × × Eintrittskarten 30 Pf. ×

**Passage-Panoptikum**  
Mac-Frog, der unersättliche  
**Froschschlucker**  
halbständl. große Fisch- und Fröschemahlzeit.  
Das Vertilgen u. Zurück-bringen lebender Frösche und Fische.  
**Die acht heiligen Feuerfresser**  
in ihren fanatischen Märtyrer-Produktionen.  
**Alles lebend!**  
**Alles ohne**  
**Extra-Entree!**

**Concordia-Festsäle.**  
Inh.: M. Wondt u. A. Schütze.  
64 Andreasstr. 64.  
Jeden Donnerstag:  
**Große Soiree**  
der allgemein beliebten und bekannten  
**Hoffmanns Sängers**  
mit vollständigem  
neuem Programm  
Anfang 8 Uhr.  
Nach der Frei-Tanz.  
Soiree: Freitanz.  
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

**Berliner Ulk-Trio**  
Adr.: Neukölln Lahnstr. 741.

Für den Inhalt der Juierate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.



Unsern allen Freunde und Genossen  
**Paul Wendt**  
 zu seinem 50. Geburtstag und seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche!  
 Der 588. Bez., 6. Kreis.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.**  
 Görlitzer Viertel, Bez. 157.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Milchhändler  
**Ernst Rissmeyer**  
 Rantaustraße 50, gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.  
 211/18 Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
 Am 3. März verstarb unser Genosse, der Tischler  
**August Nowack**  
 Eminenländer Str. 54, Bezirk 602.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Friedens-Kirchhofes in Nordend aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 226/1 Der Vorstand.

Montag nachmittags 2 1/2 Uhr verstarb nach langem, schwerem Leiden, im Alter von 34 Jahren, mein innigstgeliebter Mann, der Kellermeister der Schultheißenbrauerei, Abteilung IV  
**Kurt Woyte.**  
 Dies zeigt tiefbetäubt an mit der Bitte um stille Teilnahme  
**Hedwig Woyte.**  
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Ober-Schönweider Friedhofes aus statt.

**Verband d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Bernisgenossen.**  
 Zahlstelle Berlin.  
 Den Mitgliedern diese zur Nachricht, daß unser Kollege, der Brauer  
**Kurt Woyte**  
 (Schultheißen IV)  
 am 3. März 1918 im Alter von 37 Jahren gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, 6. März, nachm. 4 Uhr, auf dem Friedhof in Ober-Schönweide, Waldstraße, statt. 32/17  
 Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht. Die Ortsverwaltung.

**Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler u. deren Berufsgenossen (E.H. 86) Bezirk D.**  
 Am 3. März verstarb unser langjähriges Mitglied  
**Paul Anders**  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 276/5 Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gürtler  
**Hugo Höhne**  
 Faldensteinstr. 24,  
 am 4. März an Herzleiden gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Friedhof in Mariendorf, ab Dreizehner Sohn 2 1/2 Uhr, statt.  
 Rege Beteiligung erwartet  
 114/8 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
 Nachruf.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Straßenbahner  
**Wilhelm Niethe**  
 am 18. Februar im Alter von 61 Jahren verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Bezirksverwaltung.

Am 3. März verstarb nach langem Leiden mein lieber Mann, Schwiegerohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Tischler  
**Georg Pohle**  
 im 45. Lebensjahre.  
 Um stille Beileid bitte!  
 Die trauernde Witwe  
**Martha Pohle** geb. Hille.  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Reutländer Friedhofes am Mariendorfer Weg aus statt. 133/1

**Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.**  
 Am 4. d. Mts. verstarb unser Genosse, der Tischler  
**Georg Pohle**  
 Richardstraße 68 (10. Bezirk).  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
 Der Vorstand.

**Ortskrankenkasse der Schlosser u. verwand. Gewerbe zu Berlin.**  
 Am 3. d. Mts. verstarb nach schwerem Leiden unser langjähriger Vorstandsmittglied, der Schlosser Herr  
**Franz Lohse.**  
 Wir werden dem lieben Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren.  
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Neukölln, Mariendorfer Weg, aus statt. 267/1  
 Der Vorstand.  
 Gustav Lubatsch, Vorsitzender.

Am 2. März, abends um 7 Uhr, entschlief nach langem, schwerem Leiden unser einziger, geliebter Sohn und Bruder  
**Max Höft**  
 im 19. Lebensjahre.  
 Die trauernden Eltern und Geschwister.  
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Mariendorfer Kirchhofes aus statt. 512/1

**Dankagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes  
**Adolf Guthe**  
 sage ich allen Beteiligten, insbesondere den Herren Meistern Bernthilf und Müller sowie den Kollegen der Elektrizitätswerke, Duitzowstraße, meinen herzlichsten Dank. 76/1  
**Wwe. Emilie Guthe**  
 nebst Kindern.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Zahlstelle Berlin.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler  
**Albert Becher**  
 Petersburgerstraße 19, im Alter von 53 Jahren gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler  
**Georg Pohle**  
 Neukölln, Richardstr. 68, im Alter von 44 Jahren verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Neukölln, Mariendorfer Weg, aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 Die Ortsverwaltung.

Am Sonntag, den 2. März, fanden durch verkehrserische Hand unsere innigstgeliebten Eltern, der Juwelier  
**Herr Rud. Plunz**  
 und  
**Frau Emma Plunz**  
 geb. Fritsch  
 einen plötzlichen Tod.  
 Mit der Bitte um stille Teilnahme  
 Die Hinterbliebenen  
**Else und Anna Plunz,**  
 Brunnenstraße 51.  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. März, 3 Uhr nachmittags, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes, Adlerstraße, aus statt. 276/15

**Todes-Anzeige.**  
 Nach schwerem Leiden entschlief sanft unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter  
**Emilie Lindemann**  
 geb. Raatz  
 im 78. Lebensjahre.  
 Im Namen der Trauernden  
**Th. Gemmecker.**  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Reutländer Friedhofes (Mariendorfer Weg) aus statt.

**Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek**  
 32 verschiedene Hefte à 20 Pf.

**Behördlich festgestellt**

wurde, daß wiederholt auch in der letzten Zeit die Marken

**Duke of York**  
**Duke of Edinburgh**  
**Königin von Saba**

gefälscht und nachgeahmt werden.

Wir warnen vor Ankauf dieser minderwertigen Nachahmungen

**Alle Qualitätsraucher**

wollen daher nur **echte Garbáty** fordern

**Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umg.**  
 E. G. m. b. H. Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 19/26.

Wir empfehlen:

**Konserven** in 1 und 2 Pfd.-Dosen  
**Karotten** und **Bohnen**  
 Getrocknete  
**Pflaumenmus** per Pfund 30 Pf.  
**Blumensamen** für Balkon und Garten  
**Zigarren** in allen Preislagen, hergestellt in den Fabriken der Großverkaufs-Gesellschaft.  
**Toilettenseifen, Stückseifen, Faßseifen** und **Seifenpulver** von der Großverkaufs-Gesellschaft.  
**Brot- und Backwaren** aus unserer eigenen Bäckerei.  
 103/18 Der Vorstand.

**Heines Werke**  
 3 Bände 4 Mark  
 Buchhandlung Vorwärts

Vorwärts-Lesern Rabatt!

**Steppdecken**  
**Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
 Berlin Oranienstr. 158.

Similiseide in den Farben 5<sup>25</sup> bis 21<sup>00</sup>  
 Seideners. bord., 6<sup>00</sup> bis 27<sup>00</sup>  
 Wollatlas oliv

Daunendecken 25<sup>00</sup> bis 125<sup>00</sup>  
 Puppensteppdecken . . . 35 Pf.  
 Schlafdecken . . . 2<sup>50</sup> bis 36<sup>00</sup>  
 1 Partie graue Schmitterdecken . . . 1<sup>35</sup>  
 Nach auswärts per Nachnahme.

**Spezial-Katalog**  
 650 Abbildungen gratis u. fr.

**Woll scheuern Ihr sauber u. feste, nehmt Blendax denn das ist das Beste!**

Pakete zu 10, 20 und 25 Pfennig.  
 Fabrik: Urban & Lohm, Charlottenburg.

**Wissen Sie, wie Sie mit Ihren Angehörigen ein fröhliches Osterfest ohne besondere Geldausgabe und bei jedem Wetter feiern?**

Senden Sie uns sofort den untenstehenden Schein ausgefüllt ein, so erhalten Sie von uns schnellstens unseren allerneuesten Luxus-Sprechapparat ohne Trichter mit echter Pathé-Konzert-Schalldose, sowie 20 ausgewählte Stücke auf 10 doppelseitigen, 29 cm großen Pathé-Platten, die ohne Nadelwechsel mit einem unzerstörbaren Saphirstift gespielt werden, 5 Tage zur Probe. Wenn Sie dann im Kreise Ihrer Familie diesen herrlichen

**Sprechapparat**

spielen lassen, so werden Sie die denkbar schönsten Osterfesttage verbringen, denn der Apparat ist das Neueste vom Neuen, und in unserer Plattenserie haben Sie eine Sammlung der bestgelungensten und herrlichsten Aufnahmen auf den verschiedensten musikalischen Gebieten im Hause. Wir senden Ihnen Apparat und Platten

**vollständig kostenlos**

5 Tage zur Probe mit bedingungslosem Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen. Behalten Sie unsere Sendung, so haben Sie für Apparat und Platten monatlich nur 3 Mark, bei Nichtgefallen die ganz minimale Hin- und Rückfracht zu zahlen.

**Machen Sie also von unserem Osterangebot Gebrauch!**

**BIAL & FREUND in Breslau II**  
 Illustrierte Preisliste über andere Sprechapparate, sowie Violinen, Celli, Mandolinen, Zithern, gratis Gitarren und selbstspielende Musikwerke.

Senden Sie uns diesen Schein noch heute ein!

An die Firma Bial & Freund in Breslau II  
 Postfach 120/438

Senden Sie mir einen allerneuesten Luxus-Sprechapparat ohne Trichter mit echter Pathé-Konzert-Schalldose, sowie 20 ausgewählte Stücke auf 10 doppelseitig bespielten, 29 cm großen Pathé-Platten 5 Tage zur Probe. Wenn ich die Sendung nicht innerhalb 5 Tagen nach Empfang an Sie franko zurücksende, behalte ich sie und zahle unter Anerkennung Ihres Eigentumsrechtes bis zum Ausgange für den Apparat mit der Pathé-Konzert-Schalldose 60.- Mark und für die 10 Pathé-Doppelplatten à 3.30 Mark in monatlichen Raten von 3.- Mark vom Ablauf der Probezeit beginnend. — Erfüllungsort ist Breslau.

Vor- und Zuname: \_\_\_\_\_  
 Beruf: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_  
 Straße - Platz - Nr. \_\_\_\_\_



# Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen!

Freitag, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr:

Oeffentliche unpolitische

## Jugend-Versammlung

in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29.

Tagesordnung:

### Die wahren und falschen Freunde der arbeitenden Jugend.

Referent: Max Peters - Steglitz. — Freie Aussprache.

Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen! Erscheint massenhaft in der Versammlung! Kein Jugendlicher darf fehlen!

Der Einberufer: Otto Bächner, Reichsbofstr. 22.

# Arbeiter des Südens!

Freitag, den 7. März cr., abends 8 1/2 Uhr, im „Hofjäger-Palast“, Gasenheide 52:

## Oeffentliche Versammlung

### des Hausarztvereins (nur für Erwachsene).

Thema: „Wie erstreben wir die Gesundung des Proletariats?“ Referent: Dr. Moses.

Die Zentralkommission der Krankenkassen empfiehlt den Hausarztverein wie folgt: „Wir können Ihnen den Hausarztverein als volkstümliche Institution bestens empfehlen.“

Der Hausarztverein ist kein geschäftliches Privatunternehmen, sondern eine proletarische Vereinigung zu gegenseitiger Hilfe bei Erkrankungen der Familienangehörigen. Selbstverwaltung durch die Mitglieder. Für den geringen Beitrag von 25 Pfennig pro Woche sind die Frau und sämtliche Kinder versichert. Der Beitrag wird monatlich aus der Wohnung abgeholt.

Wir gewähren: nach 1 Monat freien Hausarzt, nach 6 Monaten freie Medizin bei akuten Erkrankungen. Mitgliedschaft u. viele andere Vorteile.

Nähere Auskunft erteilen: für den Hausarztverein Neukölln der 1. Vorsitzende Aug. Kuhnert, Stuttgarter Str. 54; für den Süden die Vertrauensleute M. Thurm, Dieffenbachstr. 18, A. Rösner, Gasenheide 7/8.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. — C. 54, Linienstr. 83/85.

Verwaltung: Teleph.: Amt Norden 1987. Kassierer: Amt Norden 185. Arbeitsnachweis: Amt Norden 1239, 9714.

Am Sonntag, den 9. März cr., nachm. 1 Uhr, findet im großen Saale der „Brauerei Friedrichshain“, Am Friedrichshain 16/23, die Fortsetzung der

## Außerordentlichen General-Versammlung unserer Verwaltungsstelle

Stellungnahme zur Generalversammlung des Gesamtverbandes in Dresden. Mitgliedsbuch und Legitimationstaxe ist voranzuliegen. — Ohne dieses keinen Zutritt.

Vertretung ist nicht zulässig. Besondere Einladungen erfolgen nicht.

Freitag, den 7. März, nachm. 6 Uhr, im gr. Saale der Vorkbrauerei, Chausseestr. 64:

## Branchen-Versammlung der Eisen-, Metall- u. Revolverdreher sowie Rundschleifer.

Tagesordnung: 1. Die statistischen Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse der Eisen-, Metall- und Revolverdreher Deutschlands. — Welche Bedeutung haben dieselben für die Berliner Dreher? 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Die Filialbibliothek für Nordost u. Weissensee befindet sich vom Freitag, den 7. d. M., ab bei Riebarth, NO., Carmen-Elva-Str. 77.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband (Ortsverw. Berlin)

## Zentral-Verband der Maschinisten u. Heizer Deutschl.

(Verwaltung Berlin)

Heute Donnerstag, den 6. März 1913, abends 6 Uhr

## Große Versammlung

aller Metallarbeiter (Handwerker, Helfer), Maschinisten und Heizer aus allen Betrieben der Stadt Berlin

in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 17/18.

Tagesordnung:

1. Was haben die Metallarbeiter (Handwerker und Helfer), Maschinisten und Heizer von dem neuen Stadthaushaltetat erwartet, und welche Antwort wurde ihnen zuteil?
2. Diskussion.

Referenten: Wegner und Schlichting.

Die Anwesenheit aller Kollegen ist unbedingt erforderlich.

Die Ortsverwaltungen.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute Donnerstag, den 6. März, abends 8 1/2 Uhr:

## Gemeinsame Vertrauensmänner-Versammlung

für sämtliche Bezirke und Branchen

in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29.

Tagesordnung:

### Bericht über den jetzigen Stand der Vertragsverhandlungen.

Die Ortsverwaltung.

# Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Weichhorstraße 28, part. Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787.

Filiale Berlin.

Arbeitsnachweis: Rüdigerstraße 9 Fernsprecher: Amt Norden 6708

## Maler! Achtung! Anstreicher!

Freitag, den 7. März 1913, abends 8 Uhr,

finden für

alle Maler und Anstreicher Groß-Berlins

# Drei Versammlungen

statt, und zwar:

Für die Bezirke Osten, Nordosten, Fichtenberg und Weissensee

in den Marine-Festsälen, Berlin SO., Brandenburger Ufer.

Für die Bezirke Südosten, Süden, Westen, Wilmerdorf, Steglitz, Groß-Fichterfelde und Henkölle in Kliems Festsälen, Gasenheide 14/15.

Für die Bezirke Norden, Gesundbrunnen, Wedding, Moabit und Charlottenburg in den Pharus-Sälen, Müllerstr. 142.

Um eine Ueberfüllung der einzelnen Säle zu vermeiden, ersuchen wir die Kollegen, möglichst die Versammlung zu besuchen, die für ihren Bezirk angegeben ist.

Kollegen! Erscheint Mann für Mann in den Versammlungen, da es gilt, zu der Aussperrung der Unternehmer Stellung zu nehmen.

R. K.: H. Miets, Weichhorstraße 28.

**Schuhputz**  
**SERVUS**  
das Beste

mit Dosenöffner.

In großen Dosen a 20 Pf. überall zu haben.

Fabrik Chemische Werke Lubszynski & Co. Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg.

Fabrik Chemische Werke Lubszynski & Co. Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg.

## H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten. Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen. Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen. Amt 4, 3014.

## Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Sonntag, den 9. März, vormittags 11 Uhr, in den „Arminshäfen“, Kommandantenstr. 58/59:

## Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Jahresbericht des Sektionsvorstandes. 2. Wahl des Sektionsleiters und des Arbeitsvermittlers. 3. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch aller im Gips- und Betonbauwerke beschäftigten Kollegen erwartet.

NB. In dem am Sonntagabend, den 8. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Zimmer 58, beginnenden Unterrichtskursus über Eisenbetonbau werden noch Teilnehmer gemänt.

Fort mit der Kundschrift man schreibt jetzt

**Kunst-Schrift**

To Feinze & Blanckertz Berlin NO. 43

Bretter, Rantholz, Latzen, Leisten, Türen, Fenster, Lösser, Dachpappe usw., neu und gebraucht, billig. Gasenheide 2.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute Donnerstag, den 6. März, abends 8 1/2 Uhr:

## Gemeinsame Vertrauensmänner-Versammlung

für sämtliche Bezirke und Branchen

in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29.

Tagesordnung:

### Bericht über den jetzigen Stand der Vertragsverhandlungen.

Die Ortsverwaltung.

# Verband der Bureauangestellten Deutschlands

Ortsgruppe Groß-Berlin.

Telef. Amt. 6170. — Bureau: Kaiser-Wilhelm-Str. 18a.

## Achtung! Anwaltsangestellte! Achtung!

### Große öffentliche Versammlung

am Donnerstag, den 6. März, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminshäfen, Kommandantenstraße 58/59:

Tagesordnung:

1. Der Kampf um Gehaltserhöhung.

Referent: Reichstagsabgeordneter Dr. Quarek.

2. Freie Aussprache.

Kollegen und Kolleginnen! Gehaltet die Versammlung durch massenhaften Besuch zu einer imposanten Kundgebung.



Eröffnung des Landtagswahlkampfes.

Mit der Tätigkeit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, sowie der Nominierung der Kandidaten beschäftigten sich Dienstagabend drei Mitgliederversammlungen im 5., 6. und 7. Landtagswahlkreis.

Die Versammlung für den fünften Landtagswahlkreis

tagte im Lokal von Graumann in der Raunhinstraße. Genosse Julian Vorchardt, der den Kreis seit November 1911 im Landtag vertritt, berichtete über alle bemerkenswerten Vorgänge seit dieser Zeit. Bevor man zur Nominierung des Kandidaten scheidet, wiederholte Vorchardt eine bereits am Anfang der Versammlung abgegebene Erklärung. Er habe erfahren, daß ein Gerücht im Umlauf sei, wonach er bei der Landtagswahl im Wahlkreis Teltow-Beestow am 20. Februar sein Wahlrecht nicht ausüben werde. Das Gerücht bestätigte sich. Am 20. Februar habe er jedoch im Landtag eine wichtige Rede halten müssen. Entweder hätte er das Wählen oder die Rede unterlassen müssen; er hätte nur im Landtag oder in Lichterfelde sein können. Er hätte die Rede als das wichtigere gehalten und es als seine Pflicht angesehen, den Posten nicht zu verlassen, auf den ihn die Wähler gestellt hätten.

Während die übergroße Mehrheit der Versammlung die Angelegenheit durch die abgegebene Erklärung als erledigt betrachtete, wandte sich Genosse Jatzsch dagegen. Ihm genügte die Erklärung nicht. Er betonte, daß man die Ausübung des Wahlrechts als etwas wichtigeres ansehe als Genosse Vorchardt. Die Genossen ließen treppauf, treppab und quittierten zur Wahl, während der Abgeordnete selbst nicht wählte. A. helle sich jetzt der und sagt, er hätte im Landtag reden müssen. Nach seiner (des Redners) Ueberzeugung wäre Vorchardt um 3 Uhr mit seiner Rede fertig gewesen. Er hätte also noch genügend Zeit gehabt, zur Wahl zu gehen.

Ein Antrag, die Nominierung des Kandidaten in einer späteren Versammlung vorzunehmen, wurde abgelehnt.

Genosse Vorchardt wies darauf hin, daß er nicht aus böser Absicht der Wahl ferngeblieben sei, sondern die Ausübung derselben sei ihm nicht möglich gewesen. Im vergangenen Jahre sei er drei Monate krank gewesen. Mit aller Gewalt habe er es aber bei seinem Arzt durchgesetzt, daß er zur Reichstagswahl habe gehen können. Die genaue Zeit, wann er die Rede beendet habe, könne er nicht angeben. Er habe nachmittags und zwar etwa 1 1/2 Stunden geredet. Man dürfe aber nicht annehmen, daß es damit erledigt sei, wenn der Abgeordnete seine Rede beendet habe. Er müsse doch vor allem die weitere Debatte verfolgen. Auch sei er noch einmal in die Rednerliste eingetragen gewesen, hätte also leicht noch einmal zum Wort kommen können. Wenn man sage, die Antwort auf die gegnerischen Reden hätte ein anderer Abgeordneter übernehmen können, so dürfe man nicht vergessen, daß im Landtag nur jenseitige Sozialdemokraten sitzen. Sie alle seien vollauf beschäftigt. Fünf Minuten nach 5 Uhr sei er aber trotzdem vor dem Wahllokal in Lichterfelde gewesen. Vorher habe er sich erkundigt und da sei ihm gesagt worden, es sei eine Fristwahl, die von 3 bis 6 Uhr stattfindet. Am Wahllokal habe er dann erst erfahren, daß es sich um Terminwahl bis 4 Uhr handelte.

Zwei weitere Redner bemerkten, nach der Erklärung und den weiteren Ausführungen Vorchardts müßte die Angelegenheit erledigt sein. — Auf eine Bemerkung des Genossen Jatzsch, der Vorwand des vierten Reichstagswahlkreises habe mit der Einberufung der Versammlung sehr vorzeitig gehandelt, stellte Genosse Paul Hoffmann fest, daß laut Beschluß des Zentralvorstandes schon am 18. März die endgültige Beistätigung der Kandidaten zur Landtagswahl erfolgen solle. Als Kandidat wurde dann der Abgeordnete Julian Vorchardt gegen wenige Stimmen wieder nominiert.

Genosse Benkert erklärte, daß gegen die Kandidatur Protest erhoben werde.

Die Versammlung im sechsten Landtagswahlkreis

nahm mit großem Interesse und unter lebhaften Zustimmungsaussagen den Bericht des Genossen Adolf Hoffmann entgegen. Eine Diskussion schloß sich dem Vortrage nicht an. Als Kandidat für den sechsten Kreis wurde einstimmig Adolf Hoffmann wieder aufgestellt. Nachdem derselbe für das ihm einstimmig dargebrachte Vertrauen gedankt und der Vorsitzende noch eine anfeuernde Ansprache gehalten hatte, wurde die Versammlung mit einem Hoch geschlossen.

Im siebenten Landtagswahlkreis,

der seine Versammlung im „Eichum“, Landsberger Allee, abhielt, erstattete der Abgeordnete Paul Hirsch Bericht über die Tätigkeit der Fraktion. Der Vortrag, der in einem Appell an die Parteigenossen ausklang, nach besseren Erfolgen als im Jahre 1908 zu streben, die Agitation weiter zu tragen und der jetzigen kleinen Fraktion neue Hilfskräfte zu stellen, fand lebhaften Beifall.

In der Diskussion regte Genosse Koppke an, die Märzfeier als Einleitung zum Wahlkampf zu benutzen und betonte, daß man zugleich die beste Gelegenheit habe, den Gegensatz zu den bürgerlichen Märzfeiern in diesem Jahre hervorzuheben. — Genosse Linke wünschte, daß die Abgeordneten von Zeit zu Zeit, etwa nach jeder Session, Bericht über ihre Tätigkeit im Landtag erstatten. Er versprach sich davon viel Nutzen für das Parteileben. An der Tätigkeit der Abgeordneten kritisierte er unter anderem den Antrag, aus den bewilligten Fonds für die Jugend auch der proletarischen Jugendbewegung ihr Teil zukommen zu lassen. Dieser Antrag habe einen schiefen Eindruck gemacht, denn es sei doch klar gewesen, daß es sich bei den Fonds für „Jugendbildung“ um Bekämpfung der proletarischen Jugendbewegung handelte. — Genosse Hirsch zeigte in seinem Schlusswort, daß verschiedene Einwendungen dieses Redners unbegründet waren und daß man bei dem Antrag in bezug auf die Jugendbewegung die bestimmte Stellungnahme der bürgerlichen Parteien herbeizuwünsche hätte. — Den Wählern Bericht zu erstatten seien die Abgeordneten, die sich übrigens nicht nur als Vertreter bestimmter Bezirke, sondern der ganzen Partei fühlen, zu jeder Zeit bereit, sobald sie dazu aufgefordert würden.

Als Kandidat für den 7. Landtagswahlkreis wurde Paul Hirsch vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Dankend nahm Genosse Hirsch das ihm übertragene Amt an und versprach, nach besten Kräften wie bisher oder besser noch für die Sache der Arbeit wirken zu wollen.

Gegen die städtischen Steuern

erheben sich die Gewerbetreibenden mit aller Entschiedenheit. Gestern nachmittag füllte eine große Protestversammlung den großen Saal der Brauerei im Friedrichshain, um noch in letzter Stunde gegen die geplante Sonderbesteuerung Front zu machen. Uns geht über den Verlauf der Versammlung folgender Bericht zu:

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung gestaltete sich die von etwa 5000 Personen besuchte Versammlung, welche am geistigen Tage in der Brauerei Friedrichshain stattfand. Einberufen war dieselbe vom Verband der Gast- und Schankwirte für Berlin und Brandenburg, vom Verband der freien Gastwirte Deutschlands, von der Gastwirte-Vereinigung Berlin, vom Bund der Cafehausbesitzer, von der Internationalen Arbeiterliga und vom Verein der Berliner Tanzlehrer.

Das erste Referat über Luxussteuer hielt

Max Beral-Konrad, Präsident der Internationalen Arbeiterliga, der sein Thema in äußerst wirkungsvoller und temperamentvoller und von großer Leidenschaft getragenen Ausführungen behandelte. Redner schloß unter dem hümmlichen Beifall der Anwesenden, daß die von der Steuer bedrohten Kreise einstimmig gegen deren Einführung protestierten, die durch und durch verheerend und volksfeindlich sei, eine nicht zu billige Sonderbesteuerung darstelle und viele Existenzen ruinieren müsse. Er hoffe, daß sie am morgigen Tage begraben und erst am jüngsten Tage wiedertretend werde.

Vom Standpunkt der Gastwirte aus sprach der Vorsitzende vom Verband der Gast- und Schankwirte Berlin-Brandenburg, Otto Strauß, der in eingehender Weise die Wirkungen der Luxussteuer in sozialer und volkswirtschaftlicher Hinsicht beleuchtete. Er forderte scharfe Worte gegen den Stadtreisimus und wies unter tosender Zustimmung auf die kommenden Landtagswahlen hin, wo die von der Steuer bedrohten Kreise der fortschrittlichen Volkspartei die gebührende Antwort erteilen werden. Nach Strauß nahm auch der liberale Stadtverordnete Schulz das Wort und betonte, daß er zu der Minorität im Reichstag gehöre, die gegen die Vier- und Luxussteuer sei. Im übrigen bestätigte und ergänzte er das von den Vorrednern Dargelegte. Uebrigens hätten auch fortschrittliche Stadtverordnete wie Rosenow, Biemer u. a. gegen die Kino- und Luxussteuer gesprochen. Man solle bei den Landtagswahlen nicht die ganze Partei hängen lassen, weil eine Minderheit aus ihrer Mitte so gehandelt habe. Die Gastwirte sollten sich vielmehr härter an den Stadtverordnetenwahlen beteiligen. Er glaube aber nicht, daß der Reichstag morgen vorübergehen werde. (Beifall.)

Stadtverordneter Jubel, mit Hänbellschellen begrüßt, stellt fest, daß die fortschrittlichen Mitglieder des Ausschusses wohl gesprochen, aber nicht dementsprechend abgestimmt hätten. (Schulz ruft: Ist ja nicht wahr!) Des weitern kritisiert Jubel die Art der Steuerkontrolle und erklärt, daß auch er nicht glaube, daß die Versammlung gegen die Vorlage noch etwas vorbringen könne. Es sei die letzterste Steuervorlage, die jemals vorgelegt worden sei. Gaffel könne es sich ja leisten so aufzutreten, da er ja von den oberen Reichtumsklassen gewählt werde. Was man versuchen könne, ist die Vorlage an den Ausschuh zurückzuverweisen, doch mit einem anderen Vorhaben als Gaffel an der Spitze. (Stürmische Zustimmung.) Die Versammlung sollten das nicht vergehen, was die Väter dieser Gesetzesvorlage ihnen zugesagt haben. Der Appetit komme mit dem Essen. Redner erinnert an die jährlichen 250 Millionen Mark Abgaben im Reich, zu denen die Gastwirte u. a. auch schwer beizutragen hätten. Gegen das mächtige Großkapital sollten die Gastwirte endlich einmal einmütig auftreten. Versprochen hat die Mehrheit des Stadtreisimus schon viel, doch nie etwas gehalten. Er glaube nicht, daß die Mehrheit der Versammlung bei den kommenden Landtagswahlen aus den Taten des Reisimus die Konsequenzen ziehen werde. Er bitte, die vorliegende Resolution, möglichst per Akropolis, jedem Stadtverordneten zusammen zu lassen. Wenn auch die Vorlage morgen nicht abgelehnt werde, so könne man jedoch vielleicht deren Zurückverweisung erwirken. (Stürmischer Beifall.)

Stadtverordneter Schulz wendet sich gegen Jubel in einer persönlichen Bemerkung und sagt, daß Jubel daselbe gesagt habe wie er.

Jubel stellt fest, daß in der Kommission nur die 4 Sozialdemokraten gegen die Steuer gestimmt haben und Schulz ja gar nicht Mitglied der Kommission war, er sich also nicht getroffen zu fühlen brauche.

Riffin teilte mit, daß die Stadtverordnetenmehrheit sich nicht auf Köln berufen könne, wo die Verhältnisse ganz andere seien. Nachdem noch die Stadtverordneten Wisse und Huff gesprochen hatten, nahm die Versammlung folgende Resolution einstimmig an: „Die heute im großen Saal der Brauerei Friedrichshain verammelten 5000 Gast- und Schankwirte, Inhaber von Varietetheatern und Kneipen, und alle von den geplanten neuen Steuern betroffenen Berufsgruppen erheben im letzten Augenblick energischen Protest gegen die Beschlüsse des von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzten Ausschusses. Die vom Ausschuh abgeänderten Vorlagen bedeuten in ihrer Wirkung, falls sie Gesetz werden, nichts weiter als eine glatte Erdrückung vieler Existenzen. Schon heute sind zahlreiche Wirte und verwandte Erwerbsgruppen nicht mehr in der Lage, ihre Verpflichtungen gegen Hauswirte und Lieferanten erfüllen zu können.“

Die Annahme der Vier- und Luxussteuer bedeuten einen neuen furchtbaren Weg der Not und des Elends für die in Frage kommenden Gewerbe. Die Versammelten haben durch ihre Organisationen in ausführlich begründeten Eingaben auf das Unhaltbare dieser Steuern hingewiesen und ihre schädliche Wirkung in der breiten Öffentlichkeit nachgewiesen. Die Versammelten erheben in letzter Stunde ihre warnende Stimme und erwarten, daß dieser Protest nicht ungehört verhallen wird. Sie erwarten die Ablehnung der Vorlage auch nach den Vorschlägen des Ausschusses durch die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung.“

Partei-Angelegenheiten.

Lichtenberg. Die Genossen zur Landtagitation treffen sich diesmal ausnahmsweise morgen Freitag bei Mejer, Gürtelstr. 41.

Mariendorf. Am Sonntagabend, den 8. März, findet das Stiftungsfest des Wahlvereins statt. Das Programm ist ein besonders aussergewöhnliches. Karten à 30 Pf. sind bei allen Bezirksführern in Empfang zu nehmen. Beginn des Programms pünktlich 8 Uhr abends.

Friedrichshagen. Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr: Volksversammlung in Verdes Festsaal, Friedrichstr. 112. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Redakteurs Ernst Däumig über: „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los“. (Zur Jahreshundertfeier der deutschen Befreiungskriege.)

Kossen. Am Sonntagabend, den 8. März, abends 8 Uhr, veranstaltet der Wahlverein im Lokal des Herrn Scherler (früher Kurzer) aus Anlaß seines 10. Stiftungsfestes einen Kassenabend. Es ist alles ausgedehnt worden, um den Parteigenossen und Genossen einen genussreichen Abend zu bereiten. Im zahlreichen Besuch wird gebeten.

Spandau. Donnerstag, den 6. März, abends 8 1/2 Uhr: Deffentliche Versammlung im Neuen Stadttheater, Potsdamer Str. 6. Landtagsabg. Julian Vorchardt spricht über: „Die Wahlen und die falschen Freunde des Volks“. Parteigenossen, sorgt für Massenbesuch!

Berliner Nachrichten.

Die patriotischen Bädermeister.

Zwei stehen sie zu Kaiser und Reich, die hiesigen Bädermeister. Und nicht geringem Maße ist es sich zeigen, daß die Innungsmeister ausserleben seien, zum Zwecke der Spalierbildung unter den Linden anlässlich der Ankunft des Königs von Dänemark sich die Weine im Ruch zu heden. In ihrem patriotischen Eifer merken die Bädermeister gar nicht, daß ausgerechnet die Innungsmeister auf genug seien, Stofflage zu bilden. Schleunigt trafen sich die Herren im Germaniahaus und zogen mit klingendem Spiel mit einer Anzahl gelber Bädereisen nach dem ihnen angemessenen Standorte. Wie die biedereren Bädermeister ihre „Luzade“ lösten, schäufert ein Bericht der „Deutschen Bäder- und Konditoren-Vereinigung“ also: „Die Zeit wurde nicht lang, dafür sorgte der Ballon „Gansa“, und als dann der Kaiser mit seinen Gästen kam, die

Musik erst den Freiheitsmarsch und dann die dänische Nationalhymne spielte, die prächtigen Fahnen und die blauen Schärpen der Wäcker in der Sonne leuchteten, da ging doch ein freudiges Lächeln über die ersten Jüge unseres Kaisers, und er sowohl wie sein hoher Gast, unsere Kaiserin und Dänemarks Königin, sie grüßten huldvoll nach allen Seiten, und mit Stolz wies der Kaiser wohl seinem Gast erklären: das sind meine Handwerker von Berlin!

Dann wurde der Kaiser angetreten; die Wäcker nunmehr an der Spitze aller Handwerker, bis zu Kroll; dort wurde Gast gemacht, bis sämtliche Innungen, die sich bei Kroll versammelt hatten, ihre Fahnen abgebracht hatten, und ging nun der Marsch zurück zum Innungshaus, wo die Kollegen noch bei einem Glase Bier, das von der Berliner Innung in gastfreundlicher Weise gespendet wurde, ein Ständchen verweilten. Hier nahm Herr Obermeister Zambdi die Gelegenheit wahr, auf die Bedeutung des Tages und die Bedeutung unseres Herrscherhauses für das Handwerk im Deutschen Reich und in Preußen hinzuweisen, wie wir es nur unserem Kaiser zu verdanken haben, wenn der Frieden in unserem Vaterlande so lange erhalten geblieben ist, und wie die Bädermeister in ihrer Besamtheit treu zum Kaiserhause hielten, wenn auch manchmal nicht alles so nach unseren Wünschen ginge, wofür man den Kaiser nicht verantwortlich machen könne; aber sein Kaiserwort: „dem Handwerk soll geholfen werden“, das bleibe für uns bestehen. Und wenn wirklich einmal einer jener vaterlandlosen Gesellen sich unter der Meisterschaft breit machen will, so sorgen alle, alle anderen dafür, daß er bald auch bei uns den Staub von seinen Pantoffeln schüttelt, denn die Wäcker-Meisterschaft ist Königstreu; deshalb gelte auch sich hoch den lieben Gästen unseres Kaisers und dem ganzen Hohenzollernhause.“

Es muß ein erhebendes Gefühl für die Bädermeister gewesen sein, sich sagen zu müssen, daß sie mit ihren blauen Schärpen ein Käckeln des Kaisers hervorgerufen haben. Wir kennen auch andere Leute, die über den Aufzug gelächelt haben.

Stadtkassier.

Am 1. März 1913 befanden sich im städtischen Familien-Erdach 226 Personen, und zwar 37 Familien mit zusammen 94 Köpfen (darunter 33 Kinder und 14 Säuglinge) und 132 Einzelpersonen. Das nächste Erdach wurde während des Februar von 131 686 Männern und 688 Frauen besucht. Der Tag des geringsten Besuches war der 18. Februar mit 4870 Personen, der des stärksten Besuches der 4. Februar mit 6000 Personen. Gebabel haben in den Brausebädern täglich durchschnittlich 600 Personen. Wannenbäder wurden während des ganzen Monats an 614 Männer und 483 Frauen verabreicht.

Berliner Arbeitsverein für Erdachlose. Im Monat Februar nächstigen im Männerzahl 13 962 Personen, wovon 6882 badeten, im Frauenzahl 2673 Personen, wovon 817 badeten. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer: Wiesenstr. 55-59, für Frauen: Kolberger Straße 30.

Der von der Landesversicherungsanstalt Berlin in Angriff genommene Neubau eines Arbeitsnachweis-Gebäudes in der Rüdersstraße geht seiner Vollendung entgegen und wird voraussichtlich zum 1. Juli seiner Bestimmung übergeben werden. In das Gebäude sollen der große Hocharbeitsnachweis für die Holzindustrie und das Gastwirtschafts- sowie der Arbeitsnachweis für weibliche Personen für Arbeitsnachweis verpackt.

Berlin hat eine städtische Maschinenbaukschule. Und geht folgende Zuschrift mit dem Ersuchen um Veröffentlichung zu: Still im Verborgenen blüht eine wohlgeleitete und gut besuchte Maschinenbaukschule im Osten (Stragmannstraße) unserer Stadt. Man hat hier städtische Fachschule für Maschinenbaukschule und ist wohl dieser gerade nicht glücklich gewählte Name schuld daran, daß von so vielen der Jüde der Schule verkannt wird. Man versteht im allgemeinen unter Fachschulen solche für Sattler, Schneider, Klempner, Schuhmacher und dergleichen, während man schon lange daran gewöhnt ist, daß die Technik auf Maschinenbaukschulen, Polytechniken, technischen Schulen und Hochschulen gelehrt wird.

Daß wir nun doch in Berlin eine Maschinenbaukschule und zwar eine städtische, haben, werden viele Eltern und deren Söhne mit Freuden begrüßen. Wie viele Eltern unterzogen sich der Kosten ihren Sobn in die Provinz auf eine Maschinenbaukschule zu schicken, wie viele junge Leute legten sich selber die Kosten auf und viele konnten einfach eine solche Schule nicht besuchen, weil sie kein Geld dazu hatten und Privatkschulen zu teuer sind. Es ist deshalb wünschenswert, auf diese Schule besonders aufmerksam zu machen, zumal die Besucher für wenig Geld sich fortbilden können. Und da auch Abendkurse bestehen, kann der Besucher der Schule ohne Unterbrechung des Berufes die Ausbildung fortsetzen. Die Aufnahme findet Ostern und Herbst statt. Nähere Auskunft erteilt und Anmeldung erfolgt bei der Direktion in der Stragmannstr. 8.

Die A. E. G. als Hauswirtin.

In der Voltastraße will die A. E. G. ihre Fabrikanlage erweitern. Sie hat die erforderlichen Grundstücke sich rechtzeitig gesichert und wird die darauf stehenden Wohnhäuser baldigst abreißen. Im Hause Voltastraße 6, das die A. E. G. Ende 1912 übernahm, ist sie sogleich gegen einen Mieter mit einer Exmiffion vorgegangen. Er hatte ohnedies am 1. April ziehen müssen, weil wegen Abbruchs des Hauses ihm zu diesem Termin gekündigt war. Aber er war im Januar die Mietschuldig geblieben — und das vertritt eine A. E. G. noch weniger als ein privater Hauseigentümer. Der Mieter hatte in den nahezu fünf Jahren, die er in dem Hause bereits wohnte, zu dem bisherigen Eigentümer in gutem Einvernehmen geblieben. Konnte er einmal die Mietschuld pünktlich zahlen, so geduldet sich der Eigentümer, und er kam schließlich immer zu seinem Geld. Als der Mieter im Januar 1913 die Mietschuld nicht sogleich zum Monatsanfang zahlen konnte, weil er seit dem Herbst arbeitslos war, bat er den von der A. E. G. eingezetzten Verwalter um Stundung. Dieser gab ihm eine kurze Frist, nach deren Ablauf dann die Klage auf Zahlung der Mietschuld für Januar und auf Räumung der Wohnung angehängt wurde. Im Termin, der Ende Januar stattfand, wurde der Mieter zur Zahlung und zur Räumung verurteilt. Er versprach Zahlung, bat aber den Rechtsanwält der A. E. G., bei dem Verwalter zu vermitteln, daß nicht auf Räumung bestanden würde. Der Mieter zahlte am 3. Februar die Mietschuld für Januar und wollte baldigst auch die für Februar zahlen, doch der Verwalter hatte aus der Ermittlungsphase das Urteil in Händen und bestand auf Räumung. Als der Mieter am 12. Februar abends nach Hause kam, hatte der Verwalter durch einen Gerichtsvollzieher die Wohnung ausräumen und die ganze Wirtschaft auf den Hof stellen lassen. War es wirklich nötig, mit solcher Härte vorzugehen? Die A. E. G. hätte ohne irgendwelches Mißtrauen können, ob der Mieter noch die Februarmietschuld und nachher auch die Märzmietschuld zahlen würde. Die Wohnung ließ sich gar nicht mehr vermieten, da ja das Haus in Kürze abgebrochen werden soll. Die A. E. G. kann sich also nicht einmal darauf berufen, daß sie den Mieter habe ermitteln müssen, um durch schleunigste Weitervermittlung sich vor größerem Schaden zu bewahren.

Eine neue Straßenbahn mitten in Berlin. Die Eröffnung einer Straßenbahnstrecke mitten in Berlin gehört zu den Seltenheiten. Nach längerer Pause ist dies wieder am Donnerstag, den 6. März, der Fall mit den neuen Gleisen in der Krausenstraße. Sie



werden dazu benutzt, um verschiedene Linien in Schleifenform zu führen. Linie 33E geht vom Hadeschen Markt über die Französische, Charlotten-, Krausen-, Mauer-, Kanonier- und Französische Straße zurück nach der Pappelallee. 34E macht die Schleife in entgegengesetzter Richtung. Dieselbe Schleife macht 36E, die bisher in der Behrenstraße endigte. Sie geht von der Charlottenstraße durch die Krausen-, Mauer-, Kanonier-, Französische und Charlottenstraße zurück nach Tempelhofer oder Mariendorf.

**Einrichtung in Plähensee.** Der zwanzigjährige Raubmörder Roman Pietruşewski, der wegen Mordes an dem Rentier Fuß zum Tode verurteilt worden war, ist gestern früh auf dem Gefängnishof der Strafanstalt in Plähensee hingerichtet worden. Der Bevölkerung Berlins wurde die vollzogene Hinrichtung des Mörders durch folgende Bekanntmachung des Ersten Staatsanwalts beim Landgericht II Hogemann bekannt gegeben: „Der Handlungsgehilfe Roman Pietruşewski aus Kelle, geboren am 20. Juli 1892 zu Kelle, Kreis Schmiegel, ist durch rechtskräftiges Urteil des Schwurgerichts des Landgerichts II vom 26. November 1912 wegen Mordes an Berlin-Schöneberg, begangen an dem Privatmann Fuß von dort, zum Tode verurteilt worden. Das Urteil ist heute früh durch Enthaupten des Verurteilten im Hofe des Strafgefängnisses zu Plähensee vollstreckt worden.“

### Totschlag im Hospital.

In der Nacht zum Mittwoch ist in dem der Stadt Berlin gehörenden, auf dem Grundstück Hauptstr. 8 zu Vorklagen-Rummelsburg belegenen Hospital der 70jährige Hospitalist August Pollak von dem 64jährigen Hospitalisten Gustav Graf nach einem vorausgegangenen Streit erstochen worden. Der Täter wurde gestern morgen von der Lichtberger Kriminalpolizei verhaftet und dem Untersuchungsrichter zugeführt. Ueber die Tat erfahren wir folgendes: Der 70jährige Pollak hatte am Dienstagnachmittag zusammen mit Graf einen Spaziergang unternommen, bei welchem sie mehrere Lokale besuchten und bis zum Abend kniepten. Im Kaufhaus war es zwischen den Hospitalisten zu Streitigkeiten gekommen, weil Pollak behauptete, daß Graf überhaupt nicht ins Hospital gehöre, sondern noch rüstig genug zur Arbeit sei. Er wolle sich jedoch nur „brüden“ und spiele deshalb den Altersschwachen. Die beiden Männer gerieten in eine Schlägerei und wurden von dem Wirt des Lokals, in dem sie gezecht hatten, vor die Tür gesetzt. Beide entfernten sich und begaben sich in das Hospital zurück, wo Graf während der Abendmahlzeit gegen seinen Widersacher mehrfach Drohungen ausstieß, denen jedoch niemand Bedeutung beilegte. Graf hatte aber den Plan gefaßt, sich in der Nacht an seinem Gegner zu rächen und dieses Vorhaben wurde ihm um so leichter, da alle Hospitalisten einen gemeinsamen Schlafsaal benutzten. Nachts gegen 2 Uhr verließ Pollak sein Lager, um sich auf den Abort zu begeben. Graf, der wach lag, bemerkte das und schlich P. mit einem Messer bewaffnet nach. In dem Augenblick, als der Greis sich anschickte, sich über die Haupttreppe zum Schlafsaal zurückzugeben, trat ihm Graf entgegen und versetzte dem Ahnungslosen zwei Stiche, von denen der eine dem alten Mann in den Oberschenkel drang und die Schlagader verletzten. Der Betroffene brach blutüberströmt auf den Treppentufen zusammen, während sein Gegner, der noch immer nicht ganz nüchtern war, sich ungeschrien in den Schlafsaal zurückbegab. Der verwundete P. rief mehrmals um Hilfe, doch wurde er nicht gehört, da sich in dem Hospital keine Kasseher oder Wächter befinden. Erst gestern morgen fand man die Leiche des Ueberfallenen in einer Wutlache auf der Treppe auf. Die Lichtberger Kriminalpolizei, die von dem Vorfall sofort verständigt wurde, entnahm mehrere Beamte, die am Tatort ein langes Messer mit Hirschhorngriff auffanden, als dessen Besitzer Graf ermittelt wurde. Der Hospitalist wurde daraufhin sofort verhaftet und gab nach anfänglichen Leugnen den Tatbestand an. Im Laufe des gestrigen Vormittags wurde er dem Untersuchungsrichter zugeführt.

Das Hennigsdorfer Automobilverbrechen ist auch heute noch nicht aufgeklärt. Die vielen Ermittlungen und Vernehmungen am Tatort und seiner Umgebung haben bisher noch kein greifbares Ergebnis gehabt. Von einigem Belang ist nur die Mitteilung einer Frau, die im Wald bei Hennigsdorf in der vergangenen Woche Holz suchte. Sie sah dort ein Drahtseil liegen, das das von den Verbrechern benutzte wohl gewesen sein kann. Möglich ist nur, daß die Leiche, die das Seil vom Vagabunden stahlen, es nach einem vorbereiteten Plane nach der Fundstelle gebracht haben, um es in der Nähe des Tatortes zu haben. Es kann aber auch sein, daß die, die den Anschlag verübten, es zufällig im Walde gefunden und erst durch den Fund auf den Gedanken gekommen sind, den bodenlos toten Anschlag zu verüben.

Auf der Chaussee von Schulzendorf nach Helligensee ist von einem Vierkuppelwagen ein Draht gefunden worden, der über die Chaussee gezogen war. Es wird angenommen, daß Knaben oder junge Burken den Draht über die Chaussee gezogen und lose befestigt haben. Kriminalkommissar Ritsche ist damit beschäftigt, diesen Streich weiter aufzuklären und die Unfugstifter zu ermitteln.

Die Leichen der Eheleute Blang wurden gestern vormittag nach Berlin übergeführt und nach dem Friedhof der Elisabethengemeinde in der Uckerstraße gebracht, auf dem sie am Freitag bestattet werden sollen.

Aus Anlaß des Hennigsdorfer Raubmordanschlages gegen das Automobil des Juweliers Blang hat der Allgemeine deutsche Automobilklub für künftige beratliche Fälle zur Ergreifung der Attentäter 5000 M. ausgesetzt.

Wie uns gestern abend aus Vellen telegraphisch berichtet wurde, sind zwei in Marwitz wohnhafte Arbeiter unter dem dringenden Verdacht, das schwere Verbrechen verübt zu haben, verhaftet worden. Im Laufe des gestrigen Tages war eine Zeugin erschienen, die von einem Gespräch Mitteilung machte, das sie mit der Frau eines Arbeiters in Marwitz gehabt hatte. Nach ihrer Bekundung hat ihr diese Frau erzählt, daß ein anderer, ebenfalls in Marwitz wohnhafter Arbeiter, der sich keines guten Rumandes erfreue, zu ihrem Ranne gekommen sei und ihn zu veranlassen gesucht habe, mit ihm gemeinsam ein Attentat auf ein Automobil auszuführen. Bei dieser Besprechung habe der Mann auch erzählt, daß er bereits ein Drahtseil besitze, das nur an zwei Bäumen festgebunden werden müsse, um jedes Automobil zu Fall bringen zu können. Auf Grund dieser Aussagen wurden eingehende Vernehmungen in Zegel und Marzow angestellt. Als man zum Verhör der Verdächtigen schreiten wollte, ergab es sich, daß diese zufällig beide einen Termin in Reutheppin wahrzunehmen hätten. Als sie gestern abend von dort in Marwitz ankamen, wurden sie auf dem Bahnhof in Empfang genommen, verhaftet und nach dem Rathaus nach Vellen gebracht. Hier bestritten sie entschieden, mit dem Attentat irgendwas zu tun zu haben. Die Untersuchungsbehörde war noch bis spät in die Nacht hinein eifrig bemüht, Klarheit in dieser Angelegenheit zu bringen. Es gelang bisher jedoch noch nicht, einwandfrei festzustellen, ob auch die Angaben der Zeugin auf Tatsache beruhen. Die beiden Männer wurden auf alle Fälle über Nacht in Haft behalten.

### Unter der Straßenbahn.

Mehrere schwere Straßenunfälle werden vom Dienstag gemeldet. Der 61 Jahre alte Drechsler Otto Wolze bog Dienstagnachmittag von der Mittelpromenade der Greifswalder Straße nach der Seite

ab, überschritt die Einfassung des Schmutzstreifens und liefen selbst und wollte dann über den Fahdbahn hinübergehen. Hierbei überfah er einen Straßenbahnwagen der Linie 17, der dicht an dem Schmutzstreifen entlang gefahren kam. Dieser faßte ihn und schleuderte ihn zu Boden, so daß er unter die vordere Plattform geriet. Der Unglückliche zog sich eine schwere Kopfverletzung zu und wurde betäubt von einem Schuttmann nach dem Krankenhaus am Friedriehshain gebracht. Als man dort mit ihm ankam, war er schon tot. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht. — Gestern morgen um 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr bog der 15 Jahre alte Schlosserlehrling Karl Schulz mit seinem Zweirad, von der Gaudystraße kommend, in die Schönhauser Allee ein, nahm die Wendung zu kurz und geriet so unter das Hinterrad eines Omnibusses. Der Schwerverletzte wurde auf der Hilfsstraße in der Gaudystraße verbunden und dann nach dem Krankenhaus gebracht.

In der Residenzstraße in Reinickendorf wollte der 25jährige Schmied Adolf Braun aus der Volkstraße einen Straßenbahnwagen der Linie 41 während der Fahrt besteigen. Er glitt ab und stürzte so unglücklich, daß er einen doppelten Bruch des rechten Unterschenkels und eine Kopfverletzung erlitt. Der Verunglückte erhielt von einem in der Nähe wohnenden Arzt die erste Hilfe und wurde dann nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus übergeführt.

Im Straßenbahnwagen vom Tode ereilt wurde Dienstag nachmittags eine unbekannte Frau von ungefähr 60 bis 65 Jahren. Als der Wagen der Linie 14 gerade über die Marschallbrücke fuhr, sank sie plötzlich befinnungslos zusammen und verschied auf der Stelle. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht. Die Tote ist mittelgroß, unterseht und kräftig, hat weißes Haar und trägt einen schwarzen Umhang, eine blauweißgestreifte Bluse mit blauem Samtstreifen besetzt und einen schwarzen Rock. Ihre Wäsche ist J. D. gezeichnet, während ihr Kajentuch nur den Buchstaben S. trägt. In der Handtasche hatte sie einen Ring mit zwei Schlüsseln und einen Rosenkranz.

Ueber einen Einbruch in eine Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft geht folgende Mitteilung zu: In der Nacht vom 4. zum 5. d. M. verübten Diebe einen Einbruch in die 65. Verkaufsstelle, Berlin N., Fehrbelliner Straße 54. Nach dem Bericht von Ohrenzeugen, welche in dem gleichen Hause vorn 1 Treppe wohnen, fand der Einbruch wie folgt statt:

Fraglicher Mieter wurde gegen 3<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr durch ein starkes Gepolter aus dem Schlafe gestört, und nachdem sich die Familie des Mieters angekleidet hatte, versuchte der Mann die Ursache dieses Geräusches zu ergründen und öffnete seine Korridorür. In seinem Schrecken gewahrte er auf dem Treppendeckel einen Menschen, welcher, wie nach dem Bekanntwerden des Einbruchs nun feststeht, den Spitzbuben Aufpasserdienste leistete. Infolgedessen verließ der Mieter wieder seine Korridorür, und er und seine Frau beobachteten das Treiben der Spitzbuben vom Fenster aus. Sie bemerkten nun, daß auch auf der Straße 2 Männer, nebenbei gesagt in guter Kleidung, harmlos ihre Zigarette rauchend, Schmiere standen. Nach geraumer Zeit kamen drei Männer mit den gestohlenen und in ein grünes Tuch geschlagenen Waren aus dem Hause und gingen in der Richtung nach der Anklamer Straße. Ein des Weges in gleicher Richtung kommender Passant wurde vom Mieter von dem stattgefundenen Einbruch unterrichtet und darum gebeten, den weiter unten gehenden Schuttmann auf die Diebesgesellschaft aufmerksam zu machen. Dies geschah auch gerade in dem Moment, als die saubere Gesellschaft an dem Schuttmann mit dem Bündel auf dem Rücken vorbeikommt. Der Schuttmann lehnte aber eine Verfolgung ab mit der Motivierung, daß er nicht aus seinem Knie herausspringe. Er verlangte, daß der Mann die Spitzbuben selbst verfolge. Dies geschah auch. Inzwischen kam auch der Sohn des Mieters, welcher den Diebstahl mit bemerkt hatte, hinzu und machte gleichfalls dem Schuttmann Mitteilung. Dann gingen beide nach dem zuständigen Revier. Das Ende vom Liede war natürlich, daß die Spitzbuben mit den gestohlenen Gegenständen ungehindert entkamen. Sie wären unbedingt festgenommen worden, wenn der Schuttmann nach dem ihm zuerst gegebenen Berichte die Verfolgung der Diebe selbst aufgenommen hätte.

Weite Kreise des Publikums werden sich fragen, wie es möglich war, daß im vorliegenden Falle wegen Unzuständigkeit die Spitzbuben entkommen konnten. Ist denn die Polizei vornehmlich nur dazu da, in großer Zahl gegen harmlose Jugendliche aufgebieten zu werden, die ihren Bildungsdrang befriedigen wollen?

Wegen Sacharinschmuggels sind hier und in Hamburg sechs Personen festgenommen worden.

Ein entsetzlicher Mordfall hat sich den Arbeitern einiger Abteilungen des A. Vorkühnen Betriebes in Zegel am Dienstag, den 4. d. M., vormittags zwischen 9 und 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. In der Kesselschmiede war der Vorkühnen Händler an der linken Hand schwer verletzt worden. Seine Arbeitskollegen trugen den Verunglückten nach der Verbandstation, wo demselben die erste Hilfe zuteil wurde. Den ganzen Weg von der Unfallstelle bis zur Verbandstation — es sind einige 100 Meter — hing nun die zerkümmerte Hand frei und unvershüllt herunter.

In den Vorkühnen häufen sich in letzter Zeit die Unfälle ganz erheblich. Nachdem vor einigen Wochen in der Hammer-Schmiede ein Arbeiter tödlich verunglückte, ist am Sonnabend, den 1. d. M., in Abteilung Maschinenbau ein Arbeiter am Bohrwerk schwer verunglückt; ein Arm soll mehrere Male gebrochen sein. Jetzt am Dienstag der schwere Unfall in der Kesselschmiede, gar nicht zu reden von den zahlreichen leichteren Unfällen der letzten Zeit.

Zwei größere Brände beschäftigten die Feuerwehr in der letzten Nacht in der Alten Jakobstraße. Das erste Feuer brach in der Alten Jakobstraße 11/12 im vierten Stock des linken Seitenflügels in einer Drehererei aus. Die Flammen fanden an den Holzvorräten reichliche Nahrung und konnten erst nach halbstündigem Wassergeben gelöscht werden. Der zweite Brand entstand im Nebenhaus Nr. 13 in dem Privatkonzern der Militäreffektenfabrik von C. E. Jander und wurde erst bemerkt, als gegen 3 Uhr nachts helle Flammen aus einem Fenster des zweiten Stocks im Quergebäude herausströmten. Auch hier hatte die Feuerwehr längere Zeit mit den Löscharbeiten zu tun. Ein Vorkühnen Militäreffekten ist mit ein Raub der Flammen geworden. Da die Werkstätten der Fabrik vom Feuer oder Verschoht geblieben sind, so tritt keine Vertriebsstörung ein. Als Ursache des Feuers wird Brandstiftung vermutet. Diese Annahme wird noch dadurch bestätigt, daß aus einem Kuhl etwa hundert Mark bares Geld gestohlen worden sind. Wahrscheinlich ist also der Brand von einem Einbrecher angelegt worden. Nachforschungen in dieser Richtung sind sofort eingeleitet worden.

## Vorort-Nachrichten.

### Tempelhofer.

Statberatung. Der Zuschlag der Gemeinde für die höheren Schulen beläuft sich auf 174 000 M. Bezüglich der unzulänglichen Beleuchtung der Straßen machte selbst der Gemeindevorsteher der betreffenden Kommission den Wunsch auszufragen, in Zukunft doch etwas freigelegter zu sein. Die Berliner Straße soll ab 1. Januar 1914 durch elektrisches Licht beleuchtet werden. Auch die Dorfstraße wird, sobald diese neu gepflastert ist, die gleiche Beleuchtung erhalten. Der Berliner Straße möchte man ein besseres Aussehen geben und die Vorgärten beseitigen; dieses Vorhaben scheitert jedoch an mangelndem Entgegenkommen der beteiligten Grundeigentümer. Genosse Schmidt nahm sich besonders der Werderstraße, deren Neupflasterung immer noch in der Schwebe ist, an; die Passage sei dort besonders schwierig; auch werde der Unterricht an der dortigen Gemeindegasse gestört. Klagen über die Straßen am Neßplatz, wo das Garnisonlazarett

liegt, brachte Genosse Franz vor. Ihm wurde erwidert, daß es hier der Militärstatus sei, der dauernd Schwierigkeiten verursache; selbst die Kosten für die angefangenen Arbeiten müsse die Gemeinde erst im Klagewege einzubekommen suchen. Adoniam kam Genosse Schmidt auf Mängel im Feuerlöschwesen zu sprechen. Ihm wurde erwidert, daß der Vorsteher noch in diesem Jahre das ausgearbeitete Projekt einer ständigen Feuerwache vorlegen werde.

Dr. Richter beauftragte bei dem Kapitel Armenverwaltung, deren Gesamtaufgaben von 38 100 auf 65 000 M. emporgeschoben sind, daß nicht ersichtlich sei, was für die Armenpflege gebraucht und was für Wohlfahrtszwecke verwendet werde. Wohl bestände eine Gesundheitskommission am Ort, diese habe aber im vergangenen Jahre nicht einziges Mal getagt. Die Leistungen seien für die Gemeinde geradezu bescheiden; er fordere, daß etwas mehr geschehen möge. Auch mit der Tätigkeit des Armenarztes war Redner trotz aller kollegialen Rücksichten nicht einverstanden. Es ist dies nicht das erste Mal, daß selbst von den Bürgerlichen der Armenarzt, der gleichzeitig auch Schularzt ist, heftig angegriffen wurde. Den Maschinen- und Heizern, welche ebenso wie die Straßenarbeiter in den Genuss der Ferien kommen und bereits eine 9 stündige Arbeitszeit haben, möchte man durch eine Gehaltsregulierung den Feststehenden aufzudrängen, was von den sozialdemokratischen Vertretern als ein starkes Stück bezeichnet wurde. — Unter gemeinnützigen Vorkühnen ist auch der Vaterländische Frauenverein bedacht worden, der bei dem letzten Plenumtag 8516,81 M. zusammenbestellen und fast die gleiche Summe in preußischen Konfiskationen anlegen ließ. — Das Anschlagwesen bleibt immer noch in Händen des Grundbesitzervereins, obgleich der Gemeinde von anderer Seite mehr als das Doppelte geboten worden ist.

Die Gesamtschulden der Gemeinde belaufen sich auf 5 798,891,14 M. für Zinsen und Tilgung dieser Schulden müssen 154 125,29 M. ausgegeben werden. Die Gemeindefinanzverwaltung ist veranschlagt mit 460 000 M. (120 000 M. mehr) und beträgt wie voriges Jahr 100 Proz der Staatssteuer. Die Resten mit weniger als 420 M. Einnahmen sollen steuerfrei bleiben. Die Gesamteinnahme aus den direkten Gemeindefeuern beträgt 984 000 M. gegen 838 000 M. im vorigen Jahre. Bemerkenswert ist, daß 128 000 M. an Mehreinnahmen zu verzeichnen sind, die infolge der mit den Gesellschaften neu abgeschlossenen Verträgen wegen Lieferung von Elektrizität, Gas und Wasser erzielt worden sind und wesentlich zur Balancierung des Etats beigetragen haben.

Der außerordentliche Etat weist an Ausgaben u. a. auf: 2 Millionen Mark als dritte Kaufgebote für das Tempelhofer Feld, welche Summe von der Feldaktiongesellschaft bezahlt wird; 800 000 M. für die Erbauung der Gemeindegemeinschaftsschule am Kladowplatz und 900 000 M. für die Erbauung einer höheren Mädchenschule; diese Summen sollen durch Anleihen gedeckt werden. Die Gesamtschulden der außerordentlichen Ausgaben betragen 8 731 000 M. gegen 2 111 000 M. im Jahre 1912.

Die Petition wegen der Veräußerung des Frankeschen Parks sowie der eventuelle Verkauf des Lehnschen Parkgrundstücks wurden in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt. — Zur Jahrhundertfeier wurden 200 M. bewilligt.

### Charlottenburg.

Neue Direktoren an Charlottenburger Schulen. Der Magistrat hat den Direktor des Realgymnasiums in Reinickendorf, Dr. Düvel, zum Direktor der Herderschule, und den Oberlehrer Prof. Neumann zum Direktor der in der Entwicklung begriffenen Realschule II gewählt.

Der hiesige Schwimmverein „Freie Schwimmer“ (M. d. V. S. V.) bezieht am Sonntag, den 6. März, nachm. 3 Uhr, sein 8. Schwimmfest in der Schwimmhalle des südlichen Volkshauses, Arminstr. 10. Es stehen Gruppenvorführungen, Damenschwimmen, Springen, Tauchen usw. auf dem Programm. Billets à 50 Pf. sind zu haben im Vorverkauf bei Franz Schmidt, Wilmersdorfer Str. 130.

### Lichtenberg.

Der zu heute Donnerstag um 6 Uhr nach dem Rathaus einberufenen öffentlichen Stadterordnetenversammlung geht eine geheime Sitzung voraus, so daß die Öffentlichkeit wohl nicht vor 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr hergesteilt werden dürfte. Neben der Reorganisation des Armenwesens, der Frage der Mittelschule für Mädchen als Übungsschule für das Oberlyzeum, sollen noch die Etatsberatungen beginnen.

### Stralau.

Mit der Festlegung des Voranschlags für das Steuerjahr 1913 beschäftigte sich die letzte Gemeindevertreterversammlung. Das Gesamteinnahmen der Gemeinde betragen 817 362,93 M., im Vorjahre 790 583,58 M. Die Gesamtschulden belaufen sich auf 585 768,40 M. Der Gemeindefeuerzuschlag bleibt auf 100 Proz bestehen. Genosse Wickenhoff wandte sich gegen die Erhebung der Steuer für Einkommen von 600 bis 900 M. Die Erhebung dieser Steuer habe im Gefolge, daß alle diejenigen, welche nicht zahlen können, an der weiteren Ausübung politischer Rechte behindert würden. Ein von unserem Redner eingebrachter Antrag hierzu wurde abgelehnt. Der Gemeindevorsteher gab die Zusicherung, daß die von Wickenhoff angeregten Fragen in nächster Zeit erwoogen werden sollen. Hierauf bekräftigte unser Vertreter, die Kosten für die Zahnpflege der Schulkinder völlig aus Gemeindegeldern zu bestreiten. Eine erhebliche Anzahl Eltern wären außerstande, für das Abwischen eines Zahnes 75 Pf. und für Revidieren 1 M. zu entrichten, darunter leide die Zahnpflege außerordentlich. Der Gemeindevorsteher versprach, zum 1. April eine Abänderung vorzunehmen. Nachdem die Vertretung noch die Mittel für die Unfallversicherung der Freiwilligen Feuerwehr (pro Person 2 M.) bewilligt hatte, wurde mitgeteilt, daß das geplante Abkommen mit der Großen Berliner Nummer perfekt sei. Danach sollen die Linie 9 von Stralau, Tunnelstraße-Rühlensstraße-Alexanderplatz-Spittelmarkt-Gohlensstraße und Linie 31 von Neukirchendamm-Alexanderplatz-Stettiner-Bahnhof mit einem Abstand von einer Viertelstunde demnächst eingesetzt werden.

### Waldhölzer.

Aus der Gemeindevertretung. In die Armenkommission wurde unter anderem auch Frau Neumann, Weher Str. 5, gewählt. Die Vorlage auf Neugestaltung der Reiseflossen der Beamten wurde nochmals an den zuständigen Ausschuss zurückgewiesen. Für die Errichtung eines Freibades an der Spree, bei „Reptenhain“, wurden zunächst 3000 M. bereit gestellt. Die Arbeiten wurden einem Nieder-Schönefelder Unternehmer zum Preis von 216 M. übertragen. Das Gesuch der Gemeindearbeiter auf Lohnaufbesserung wurde vom Genossen Jabel eingehend begründet. Trotzdem Redner darauf hinwies, daß die vor drei Jahren festgesetzten Löhne durch die eingetretene Teuerung weit überhöht seien und in verschiedenen Gemeinden schon höhere Löhne gezahlt würden, stimmten für die Aufbesserung nur unsere Genossen. Bei der 2. Lesung des Etats kam die von der öffentlichen Versammlung angenommene und von der Versammlungsleitung eingehende Resolution zur Sprache. Die Versammlung forderte in der Resolution, daß die Steuerjahre von 420 bis 900 M. nicht erhoben werden sollen. Hierbei wurde betont, daß die in der Staatskommission vertretene Anschauung, durch die Rationierung der untersten Steuerstufen würde Waldhölzer eine Zuständshälfte der Armen, jeder sozialpolitischen Einsicht entbehre. Der Schöffe W. wendete sich in seinen Ausführungen gegen diesen Passus der Resolution. Genosse Jabel erwiderte, daß derartige Forderungen von einem sozialen Geiste gewiß nicht getragen seien. Die Milderung der unteren Steuern sei nur ein Akt der Gerechtigkeit. Wenn 16 000 M. dem Grundbesitz erlassen würden, sollte es auch möglich sein, die Armen um 800 M. zu schonen. Trotz einigen platonischen Erklärungen der bürgerlichen Vertreter wurde der Antrag mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Der Etat balanciert mit folgenden Summen: Ordentliche Verwaltung 734 355 M., höhere Schule 55 920 M., Regenwasserleitung 6380 M., Schmutzwasseranlage 47 910 M., zusammen 847 565 M. Der Zuschlag zur Staatseinkommensteuer ist bei 150 Proz. geblieben. Für die neue Turnhalle wollen die V. C. B. die Elektrizität liefern unter der Bedingung,



daß der Vertrag auf fünf Jahre geschlossen wird unter jederzeitiger Rücktrittsfrist gegen Erstattung der buchmäßigen Herstellungskosten. Der Errichtung eines Hypothekendarlehen stimmte die Gemeindevertretung zu. Es sollen zweite Hypotheken bis 75 Proz. gegeben werden. Der Antrag soll, um möglichst Mittelspersonen auszuwählen, persönlich oder schriftlich beim Gemeindevorsteher gestellt werden. Von der Sitzbahndarstellung Köpenick wurde ersucht, im Sommerhalbjahr die Wagen nicht nach Bahnhof Köpenick, sondern nach Friedrichshagen und Bendershof gehen zu lassen; es wird dadurch ein vierteljährlicher Verkehr ermöglicht. Dem stimmte die Vertretung zu. Auf Antrag des Genossen Jabel wurde beschlossen, den Verti der in der zweiten Gemeindegemeinschaft gestohlenen Sachen zu erforschen. Ein Bezugsfall ist dadurch nicht geschaffen; es soll von Fall zu Fall entschieden werden.

### Hohen-Schönhausen.

Aus der Gemeindevertretung. Das Herabgehen der Nachfrage nach russischem Fleisch hat den Gemeindevorstand bewogen, der Vertretung die Aufhebung der Verkaufsstelle zu empfehlen. Unsere Genossen wandten sich ganz entschieden dagegen. Wenn die Fleischpreise mit den Fleischpreisen heruntergegangen sind, so sei das nur auf den Eigenbetrieb des russischen Fleisches zurückzuführen. Die Preise würden aber sofort wieder in die Höhe gehen, wenn die Verkaufsstelle aufgehoben werde. Die der Gemeinde entstehenden Unkosten dürften gar nicht in Frage kommen. Bei anderen Gelegenheiten, z. B. bei Festsetzung der von den Anliegern zu leistenden Sanalisationsbeiträgen, wo der Grundbesitz ganz bedeutende Zugeständnisse erhalten habe, seien von bürgerlicher Seite keine finanziellen Bedenken geltend gemacht worden. Die bürgerliche Mehrheit beschloß gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Vertreter die Aufhebung der Verkaufsstelle zum 31. März d. J.

Nach Erledigung der Tagesordnung hielt die Gemeindevertretung mit den beiden Vorständen der am Orte bestehenden Grundbesitzervereine eine Besprechung ab. Den Anlaß dazu gab die organisierte Erhebung von Einsprüchen gegen die erlassene Beitragsordnung zur Aufbringung der Sanalisationskosten. Der Zweck sollte die Herbeiführung einer Verständigung über diese Angelegenheit sein. Gemeindevorsteher Koenig gab bekannt, daß der Gemeindevorstand dazu Stellung genommen habe. Derselbe beabsichtige, falls die Grundbesitzervereine dafür sorgen wollten, daß alle Einsprüche zurückgezogen werden, der Gemeindevertretung eine Vorlage zu unterbreiten, wonach die Beiträge der Grundbesitzer im ehemaligen Gutsbezirk für Bauklasse A von 40 M. auf 30 M. und für Bauklasse B von 30 M. auf 15 M. für das laufende Frontmeter ermäßigt werden sollen. Die Gemeinde hätte dann 388 500 M. auf die allgemeine Steuerklasse zu übernehmen.

Die Grundbesitzer erklärten hierauf, zur Zahlung von Beiträgen überhaupt nicht verpflichtet zu sein. In ihren Kaufverträgen mit der Grundbesitzer- und Bauersgesellschaft wären die Kosten für Straßenregulierung und Sanalisation in der Kaufsumme mit einbezogen gewesen; auch sei bemerkt, daß sie zu solchen Kosten nicht mehr herangezogen werden können. Da sie der Gemeinde aber entgegenkommen wollten, würden sie für Bauklasse A statt 40 M. 5 M. und für Bauklasse B statt 30 M. 2,50 M. für angemessen halten. Die übrigen Kosten müsse die Allgemeinheit durch Erhöhung der kommunalen Zuschläge tragen. Die Hausbesitzer könnten, wenn sie niedrige Abgaben zu leisten haben, den Arbeitern auch billige Wohnungen verschaffen; lieber zahle letztere einige Mark Steuern mehr, wenn er nur billig wohnen könne. Den sozialdemokratischen Vertretern wurde noch zum Vorwurf gemacht, daß sie mit für die Belastung der Grundbesitzer einträten, die in Hohen-Schönhausen größtenteils nur von der Hand in den Mund leben.

Unsere Genossen führten dazu aus, daß die Bestimmungen über die Abgaben des Grundbesitzes in Hohen-Schönhausen äußerst

unzulante seien, weil die allgemeinen Steuergelder in hohem Maße für Einrichtungen in Anspruch genommen werden, die lediglich nur dem Grundbesitz dienen. Wenn ein Hausbesitzer dennoch nicht zurecht kommen könne, müsse er eben darauf verzichten, Hypothekendarlehen zu sein. Auf ihn könne im Interesse des Gemeinwohls keine Rücksicht genommen werden. Mit dem Märchen der niedrigen Abgaben und billigen Mieten könne man die Arbeiterschaft nicht ködern. Die Höhe der Mieten richte sich immer nach der Wohnungsfrage. Irig sei auch die Annahme, daß die Anlieger im ehemaligen Gutsbezirk laut Vertrag mit der Grundbesitzer-Gesellschaft, welche auch zugleich Gutsbesitzerin war, nicht zu den kommunalen Abgaben herangezogen werden können. Diese Abmachungen hätten nur so lange Wirkungskraft gehabt, als der Gutsbezirk selbständig gewesen sei. Als fächerlich müsse es bezeichnet werden, wenn die Grundbesitzer für das laufende Frontmeter nur 5 M. und 2,50 M. zahlen wollten, die übrigen Kosten aber der großen Masse der Steuerzahler aufgebürdet wissen möchten.

Hätten die Ausführungen der Grundbesitzer bewiesen, daß ihre kommunalen Bemühnisse gleich Null sind, so zeigte der Verlauf der Debatte, daß dieselben sogar nicht einmal in der Lage waren, den Erläuterungen der hiesigen kommunalen Verhältnisse zu folgen. Recht komisch mutet es darum an, wenn im „Lokalblatt“, dem Organ der Grundbesitzer, den Gemeindevertretern jede Sachkenntnis abgesprochen wird und für die nächste Wahl die Androhung erfolgt, daß andere Vertreter ins Ortsparlament eingewählt werden. Da für die Grundbesitzer größtenteils nur die dritte Klasse in Frage kommt, so sei hier erklärt, daß die Sozialdemokratie mit dem Agitationsmaterial, welches ihr durch die Innerfälligkeit der Grundbesitzer geliefert wird, denselben bei der nächsten Wahl eine noch erbärmlichere Niederlage bereiten wird, als es vordem der Fall war.

### Regel.

Ein goldenes Armband ist auf dem Wege von der Schulstr. 10 bis Brunowstr. 57 verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe bei Schröder, Brunowstr. 57, Hof I, abzugeben.

### Rosenthal-Wilhelmsdruf.

Am Sonnabend, den 8. März, findet im Lokal von Gustav Wilbrodt, Kronprinzenstr. 15, der zweite Elternabend, verbunden mit Rezitationen, Theater unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Freier Männerchor“ statt. Eintritt 20 Pf.

## Verfammlungen.

Vierter Wahlkreis. Die Genossen des Petersburger Viertels hatten zum Montag eine Mitgliederversammlung nach den „Prachsfällen des Ostens“, Frankfurt a. M., einberufen, in der Genosse Reichstagsabgeordneter Otto Büchner einen Vortrag über: „Preußen in Deutschland“ hielt. Ein Vortrag über: „Rassenstreit“, den die Genossen Zubeil und Cohen zugefagt hatten, wurde auf eine spätere Zeit verlegt, da Genosse Zubeil infolge wichtiger kommunaler Betätigung der Versammlung fernbleiben mußte. Genosse Büchner behandelte das Thema in großen Zügen. An der Hand eines umfangreichen Materials zeigte er, welchen ungeheuren Terrorismus die Junker anwenden, dieselben Junker, die in ihrer Presse und in den Parlamenten ständig Schuppsehe gegen den sozialdemokratischen Terrorismus fordern. Die Regierung sei buchstäblich abhängig von den Junkern, und wehe dem Minister, der es wagt, den Wünschen dieser Sippe entgegen zu handeln. Aber nicht nur in Preußen sind die konservativen Reaktionen ausschlaggebend, sondern durch die Uebermacht, die Preußen im Bundesrat hat, im ganzen Reiche. Nachdem der Redner die mannigfachen Gebiete der preußischen Reaktion gestreift hatte, wandte er sich zum

Schluss seiner Ausführungen dem „patriotischen“ Rummel zu, der jetzt gelegentlich der hundertsten Wiederkehr der sogenannten preussischen Befreiungskriege in Szene gesetzt wird. Büchner erkennt an — was auch noch kein Sozialdemokrat bisher bestritten —, daß die preussische Bevölkerung Opfer jeder Art gebracht hat und daß die Freiwilligen mit äußerster Anstrengung ihr Vaterland verteidigt haben. Sie kämpften für die Abschüttelung des französischen Joches, um ein freies Deutschland zu erringen. Napoleon wurde niedergeworfen, das freie Deutschland ist aber noch heute nur eine Utopie. Der preussische König dachte gar nicht daran, sein in der Not gegebenes Versprechen zu halten und jetzt, hundert Jahre später, haben wir noch kein freies Wahlrecht und warten auf die Einlösung eines Versprechens des jetzigen Königs. Die bevorstehende Landtagswahl gibt besonders Gelegenheit, die elenden preussischen Zustände zu beleuchten und zu bekämpfen. Die Sozialdemokratie muß den Kampf bis zum Siege führen, damit endlich das Wort: „Man muß sich schämen, ein Preuze zu sein“, seine Geltung mehr hat.

Der Vortrag wurde von den Anwesenden lebhaft applaudiert.

### Jugendveranstaltungen.

Arbeiter-Jugend Nowawes. Sonntag, den 9. März, Ausflug nach dem Grunewald. Treffpunkt mittags 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr im Jugendheim. Abmarsch pünktlich 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Für Nachzügler 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr im Fürstehof (Bannstr.) Die Eltern wollen ihre erwachsenen Söhne und Töchter auf diese Veranstaltung aufmerksam machen. Wiederbücher nicht vergessen.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Ein Berlin. Wanderfahrten am Sonntag, den 9. d. M.: I. Birkenwerder-Röhricht. Abf. Stett. 6,45 vorm. II. Hennigsdorf-Rinkenrug. Abf. Stett. Borsichb. 6,57 vorm. III. Natmsdorf-Hühngarten. Abf. Stett. B. 1,30 nachm. IV. Rotstour d. Photo-Abt. Hennigsdorf-Schönwalde. Abf. Stett. Borsichb. 8,12 vorm. V. Ercharion d. Wissensch. Abt. Waldmannsdorf-Röhntsmühle. Besichtigung einer Bauernhöferei. Abf. Stett. Borsichb. 7 vorm. VI. Kindererziehung. Besuch des Naturkunde-Museums. Treffpunkt 12 Uhr mittags Invalidenstraße, Ecke Hannoverstraße. Gäste willkommen.

### Eingegangene Druckchriften.

George Stephenson und die Vorgeschichte der Eisenbahnen von Dr. Biedenapp. 1 B., geb. 1,50 M. Stuttgart, Verlag der Technischen Monatshefte (Französische Verlagshandlung).  
 Mikro-Chemie und Mechanik. Von Prof. Aug. Kniplak. Kapital-Verlag, Berlin W. 57. 1 B.  
 Die Albanesen und die Großmächte von Dr. E. Georgelich. S. Hirzel, Leipzig. 2 B., geb. 3 M.  
 Universal-Bibliothek. 5501-08. Vom Keim zum Leben von Prof. Dr. R. Lampert. — 5504. Julius Caesar. Tragödie von B. Schaferspe. — 5505. Rinderhergen von B. Bourget. — 5506. Die Last. Drama von B. Jober. — 5507. Verbofen und andere Novellen von R. Lemm. — 5508-10. Die Welt von Buchenberg von B. Kurr. Abf. Einzelnummer 20 Pf. — Th. Reclam, Leipzig.

### Witterungsübericht vom 5. März 1913.

Stationen	Barometer			Wetter	Temp. u. d. R.	Wind			Temp. u. d. R.		
	Barometer	Wind	Stärke			Barometer	Wind	Stärke			
Stettin	759	SW	5	bedeckt	9	Hagen	784	SE	4	Schnee	-7
Damburg	760	SW	5	Regen	8	Petersburg	750	SE	5	thawig	-5
Berlin	763	SW	3	bedeckt	9	Stettin	765	SW	4	halb bb.	9
Frankf. a. M.	768	SW	4	Regen	9	Wien	748	SW	3	halb bb.	3
München	772	SW	5	bedeckt	4	Paris	770	SW	3	bedeckt	9
Wien	769	SW	3	halb bb.	0						

Wetterprognose für Donnerstag, den 6. März 1913.  
 Ein wenig kühler, zeitweise heiter, aber sehr besonders mit leichten Regenschauern und starken westlichen Winden.  
 Berliner Wetterbureau.

# Blusen und Röcke!




**Eleg. Bluse aus Volle**  
m. reich. Stickerei  
**10.50**




**Popeline-Bluse**  
sehr apart  
**5.75**



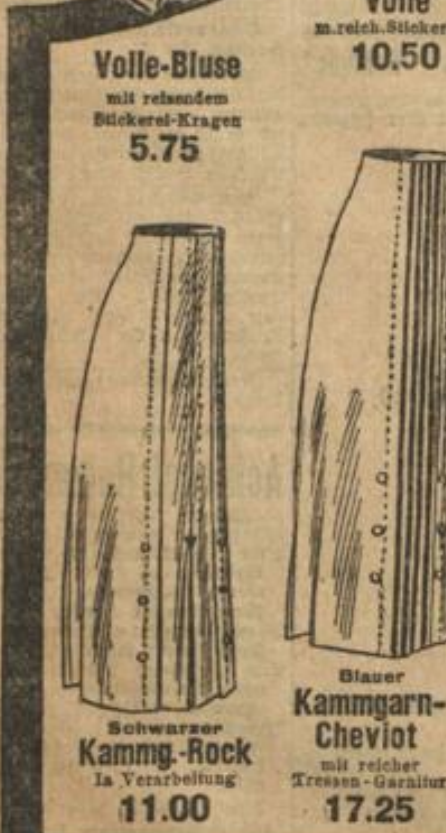
**Blauer Kammgarn-Cheviot**  
modern garniert  
**3.25**




**Musseline-Bluse**  
modern  
**5.00**



**Imit. Macramé-Bluse**  
sehr elegant  
**9.50**



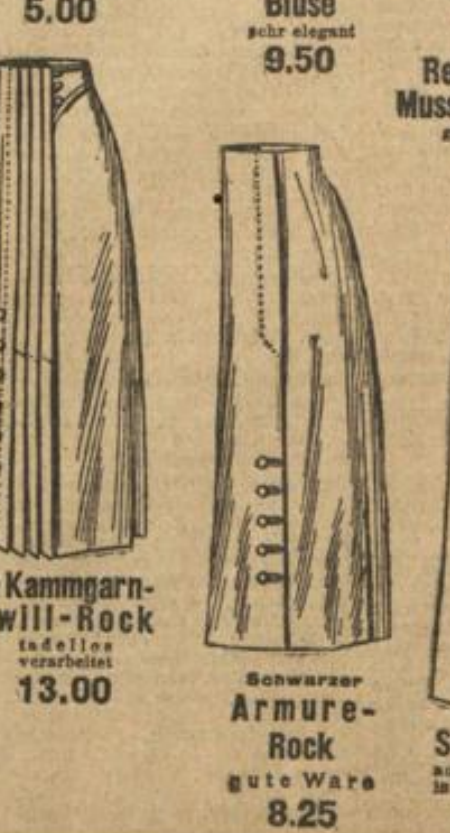
**Volle-Bluse**  
mit reizendem Stickerei-Kragen  
**5.75**



**Praktischer Rock**  
aus sehr schönen Phantasie-Stoffen  
**3.75**



**Blauer Kammgarn-Cheviot**  
gute Qualität  
**5.75**



**Reinwollene Musseline-Bluse**  
ganz gefüllt  
**2.95**



**Schick. Rock**  
aus „Card-Roll“ in viel. mod. Farben  
**10.25**

## C & A

**BRENNINKMEYER GMBH**

Königstrasse 33 Am Bf. Alexanderpl.      Chausseestr. 113 Ecke Invalidenstrasse

**Sonntags geschlossen**



